DD
119
.3
W43
1915X
c.1
ROBA

3 1761 04421 3916

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/rcksiedlungaus00webe

Pamph
Pol. Sci
Col
W

Rücksiedlung Auslanddeutscher nach dem Deutschen Reiche.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines doctor rerum politicarum

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau

vorgelegt von

Hans Siegfried Weber

LIBRAR
APR 28 192
UNIVERSITY OF TO

Jena 1915
Verlag von Gustav Fischer

Rücksiedlung Auslanddeutscher nach dem Deutschen Reiche.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines doctor rerum politicarum

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau

vorgelegt von

Hans Siegfried Weber

Jena 1915
Verlag von Gustav Fischer

Gedruckt mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Breslau.

Berichterstatter: Professor Dr. Adolf Weber.

Abdruck aus „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“
105. Band. 3. Folge. 50. Band.
Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster, Berlin

Meiner Mutter

und

dem Andenken meines Vaters

Inhaltsübersicht.

Seite

I. Die für die Rücksiedlung vorzugsweise in Betracht kommenden Auslanddeutschen 1
1. Die Deutschen in Galizien 1
2. Die Deutschen in Ungarn 3
3. Die Deutschen in Rußland 5
II. Die bisher stattgefundene Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche 19
1. Die von der Ansiedlungskommission angesetzten Rückwandrer 19
2. Die innere Kolonisation außerhalb der Ansiedlungsprovinzen und die Rücksiedlung Auslanddeutscher 38
3. Ersatz ausländischer Landarbeiter durch deutsche Rückwandrer 45
a) Rücksiedlungsbestrebungen von Professor Fabarius 47
b) Die Kleinsiedlungs-Genossenschaft in Ostrowo 48
c) Der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer 51
III. Die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege 63

I. Die für die Rücksiedlung vorzugsweise in Betracht kommenden Auslanddeutschen.

Es soll hier keineswegs das gesamte Auslanddeutschtum unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, inwieweit es nach dem Deutschen Reiche rückgesiedelt werden könnte. Eine derartige Aufgabe kann unmöglich gelöst werden, da wir über die Auslanddeutschen nicht in dem Maße genau unterrichtet sind, wie es hierzu notwendig wäre. Wir wollen uns lediglich auf die Bezirke des Auslanddeutschtums beschränken, aus denen bisher eine Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche stattgefunden hat. Es sind dies Galizien, Ungarn und Rußland.

Sowohl für eine Betrachtung der bereits stattgefundenen Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche, als auch für eine zukünftige Rücksiedlung ist es nicht nur von wissenschaftlichem, sondern auch von nationalem Interesse, wenn wir uns über die Entstehung, die Entwicklung, die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse dieser Auslanddeutschen ein Bild machen. Insbesondere werden wir auch zu berücksichtigen haben, warum eine Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche in gewissem Umfange bereits Platz gegriffen hat.

1. Die Deutschen in Galizien.

Als im Mittelalter die großartige deutsche Kolonisation überallhin über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus ihre überschüssige Volkskraft sandte, da fand auch, wie sonst, in polnischen Landen eine rege Einwanderung von Deutschen nach Galizien statt. Die galizischen Städte wurden damals nach deutschem Rechte regiert. Doch das Deutschtum jener Zeit ging allmählich zurück, wenn es auch nie ganz verschwunden ist.

Als im Jahre 1772 der größte Teil Galiziens an Oesterreich kam, siedelte Kaiser Joseph II. zur Hebung der Landeskultur deutsche Bauern in Galizien an; insbesondere waren es 12000 Rheinländer, die er ins Land rief. Joseph II. legte jedoch diese deutschen Ansiedlungen sehr unvorteilhaft an. Die einzelnen deutschen Ortschaften wurden über Galizien hin zerstreut und erhielten keine

Verbindungen miteinander. So kam es, daß ein jedes deutsche Dorf ohne Zusammenhang mit dem anderen sein eigenes Leben führte.

Trotz dieser unrichtigen Ansetzung haben sich die deutschen Kolonien fast ein Jahrhundert hindurch gut entwickelt und auch an ihrem Deutschtum keinen Schaden erlitten. Doch um die Mitte der 50er Jahre vorigen Jahrhunderts trat hier langsam eine Wendung ein, die mit der Zeit immer schlimmere Dimensionen annahm. Insbesondere als Oesterreich aus seiner Vormachtstellung im Deutschen Reiche ausschied und staatsrechtlich ein Nationalitätenstaat wurde, da konnten die Polen in Galizien ihre langverhaltene Abneigung gegen die Deutschen recht zum Ausdruck bringen. Die Reinlichkeit und Sauberkeit der deutschen Kolonien in Galizien stechen vorteilhaft vor den polnischen Ansiedlungen ab. Wie es stets zu gehen pflegt, kehrt sich der weniger kultivierte Volksstamm gegen den höher kultivierten allein aus dem instinktiven Gefühl des Neides heraus. Dementsprechend handelten auch die Polen den Deutschen gegenüber. An einzelnen Orten fand geradezu eine regelrechte Unterdrückung der Deutschen statt. Die Regierung ließ auch den Polen freie Hand: „Die Polen brachten es sogar zuwege, ein Landesschulgesetz zu beschließen und die Sanktion des österreichischen Kaisers zu erwirken, wonach an öffentlichen Schulen in Galizien nur die polnische und ruthenische, nicht aber die deutsche Unterrichtssprache eingeführt werden kann, woraus sich die Ungeheuerlichkeit ergibt, daß die deutsche Sprache in Galizien zwar als Landes- und Amtssprache, nicht aber als Unterrichtssprache anerkannt ist. Seit dem Jahre 1867 sind 35 deutsche Schulen, wonach bezeichnenderweise 34 auf katholische und nur eine auf evangelische Gemeinden entfallen, polonisiert worden“ [1]).

Unter diesen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß, wie ein genauer Kenner der deutschen Verhältnisse in Galizien urteilt, „die polnischen Einflüsse auf Sprache, Sitte und Lebensweise der Kolonisten unleugbar erkenntlich sind und rasch zunehmen. Die Behauptung, die Kolonisten haben sich 120 Jahre gehalten, sie werden sich auch weiter erhalten, ist nicht mehr begründet wie die, wer 100 Jahre alt geworden ist, kann auch 200 Jahre alt werden. Uebrigens kommen für den Rückgang in Galizien bloß die letzten 40 Jahre in Betracht; denn während der zentralistischen Verwaltung des Landes war alles in Schule und Amt deutsch, die Kolonisten selbst als Kulturpioniere gehegt und gepflegt, sie sprachen noch nicht die slawische Landessprache und waren überhaupt noch wurzelständiger.

Wer das Deutschtum in Galizien für lebensfähig hält, der muß ein geschichtliches Wunder erwarten; solche ereignen sich zwar

---

1) Hans Pokorny, Das Deutschtum in Galizien. In „Die deutsche Erde“, Gotha 1913, S. 93.

häufig im Lande bei Wahlen, aber nur zugunsten der Schachzizen. Wer aber das Deutschtum in Galizien nicht nur im Sonntags-, sondern auch im Werktagskleid kennt, der muß dessen Lebensfähigkeit bezweifeln und eine Verpflanzung in gesicherten Boden als Rettungswerk bezeichnen“ [1]).

Entsprechend diesen Harlosschen Ansichten hat denn auch die Ansiedlungskommission einen beträchtlichen Teil von Deutschen in Galizien zur Rückwanderung nach dem Deutschen Reiche veranlaßt. Es sind ihr deshalb heftige Vorwürfe gemacht worden. Einige Aufsätze in der „Ostmark“ [2]) geben ein Bild von dem Für und Wider die Rücksiedlung der Deutschen aus Galizien.

Im Jahre 1907 ist auch ein Bund der christlichen Deutschen in Galizien gegründet worden, der eine Resolution faßte, die ihre scharfe Spitze gegen die Deutsch-Galizier in den Ansiedlungs-Provinzen wandte: „So verlockend auch die Briefe für die Auswanderer sein mögen, so schwierig die Verhältnisse hier geworden sind, wir wollen doch hier aushalten und die väterliche Scholle nicht verlassen. Wir schwuren damals treu zu bleiben der väterlichen Sprache und Art, die wir von unseren Vätern ererbt haben und wie es jedes Volk tut, das Charakter hat“ [3]).

Man wird Achtung haben vor diesen deutschen Männern, die sich im Bunde der christlichen Deutschen in Galizien zusammengefunden haben, man wird es auch verstehen, daß diese deutschen Männer die Hoffnung nicht sinken lassen und trotz aller Fehlschläge mutig in die Zukunft schauen; aber dennoch wird man sagen müssen, daß nach Lage der Dinge die zweimalhunderttausend Deutschen in Galizien allmählich den Polonisierungsbestrebungen anheimfallen müssen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat mit vollem Recht eine Rücksiedlung von Deutschen aus Galizien stattgefunden.

2. Die Deutschen in Ungarn.

Das Deutschtum in Ungarn hat einen verschiedenartigen Ursprung. Bereits Gaisa II. von Ungarn rief im zwölften Jahrhundert „wahrscheinlich aus der Gegend der mittleren Mosel die Siebenbürger Sachsen in die fruchtbaren Gefilde von Hermannstadt“ [4]). Als im Jahre 1438 Ungarn unter die Herrschaft der Habsburger kam, da begann der Kampf um diese Lande mit den Türken, der 200 Jahre andauerte. „Die fruchtbarsten Gefilde an den Ufern der Donau wurden in diesem Türkenkriege in eine menschenarme Wüste verwandelt, in welcher Ackerbau und Gewerbe ganz darniederlagen.

---

1) Karl Harlos, Ist das Deutschtum in Galizien lebensfähig? In „Die deutsche Erde“, Gotha 1903, S. 105.

2) Jahrg. 1907, S. 97; Jahrg. 1908, S. 11/12, 36, 52.

3) Das Deutschtum in Galizien, herausgegeben von dem Bunde der christlichen Deutschen in Galizien. (Ohne Jahreszahl.)

4) Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte, Leipzig 1910, S. 33.

Um die Südgrenze durch eine lebendige Mauer kriegsgewohnter Untertanen gegen die drohenden Ueberfälle der Türken zu schützen, richtete Kaiser Leopold I. am 6. April 1690 ein Manifest an die gesamten Völker Albaniens, Serbiens und der Herzegowina und forderte sie auf, das türkische Joch abzuschütteln und in seine Staaten überzutreten“ [1]). Damals kamen auch deutsche Krieger in die ungarischen Lande und fanden dort eine Heimstätte. Diese Siedlungspolitik wurde dann von Kaiser Karl VI. und vor allem von Maria Theresia fortgesetzt. Maria Theresia bestellte eigne Agenten in Ulm, Köln, Frankfurt a. Main und Regensburg, die für die Anwerbung der erwünschten Ansiedler Sorge zu tragen hatten. „Es begann nun eine Blütezeit der deutschen Auswanderung, welche von 1763 bis 1773 dauerte. Das Ansiedlungswerk wurde insbesondere durch Errichtung einer eignen Kolonial-Kommission im Jahre 1766 gefördert“ [2]). Die Ansiedler stammten zumeist aus Württemberg, Baden, Hessen und der Rheinpfalz. Sie werden in Ungarn „Schwaben“ genannt.

Späterhin hat noch Joseph II. die Einwanderung von Deutschen nach Ungarn durch Erlaß eines besonderen Patentes begünstigt.

Die Magyaren haben jahrhundertelang in den Deutschen die vornehmsten Kulturträger ihres Landes gesehen. Sie wußten, daß von den Deutschen „keinerlei Gefahr erwächst, denn der Deutsch-Ungar fühlte sich als Reichsrasse und als ein lebendiger Teil des Großen-Ganzen, und auch er trug und schwang die Waffe bei Reichsgefahr und zum Besten des Reichsfriedens. Moderne Nationalpolitik, der gewaltige Gedanke, Volkstum und Sprache müßte in Ungarn einheitlich magyarisch werden, war in jenen Zeiten fremd“ [3]).

Aber diese Zeiten sind längst vergangen. Seitdem durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich die Magyaren die alleinigen Herren in Ungarn wurden, obwohl sie noch nicht die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten, gingen die über 2 Millionen Deutschen in Ungarn schweren Tagen entgegen. Mit Ausnahme der siebenbürgischen Schulen waren sämtliche deutsche Schulen der Gefahr ausgesetzt, vollständig vernichtet zu werden. Es schien, als ob das Deutschtum mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollte und die deutsche Sprache anrüchig sei. So haben sich denn, wie später noch dargelegt wird, Rücksiedlungsbestrebungen im Deutschen Reiche im Interesse der Erhaltung des Deutschtums in Ungarn geltend gemacht. Es ist jedoch zu bemerken, daß vor dem Kriege bereits ein neues Schulgesetz erlassen wurde, das den Deutschen und Rumänen die Aussicht bietet, die Schulen in der Muttersprache wieder zu errichten.

---

1) Richard v. Pfauntler, Das deutsche Sprachgebiet in Ungarn, in „Deutsche Erde“, Gotha 1912, S. 18.

2) Richard v. Pfauntler, a. a. O. S. 19.

3) Franz v. Krones, Die Begründung des deutschen Volkstums im Ungarland, Deutsche Erde“, 1902, S. 135.

3. Die Deutschen in Rußland.

Wenn man das Deutschtum in Rußland unter dem Gesichtspunkte der Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche betrachtet, so scheiden selbstverständlich die zirka 200000 deutsche Balten aus, da sie infolge ihrer aristokratischen Stellung nicht für eine Rücksiedlung im Wege der inneren Kolonisation in Betracht kommen.

Die Entstehung des für die Rücksiedlung geeigneten Kolonistendeutschtums in Rußland hat verschiedene Wurzeln. In Polen sind die ersten Anfänge des Deutschtums bis ins 13. Jahrhundert zu verfolgen. Wie die ungarischen Könige, hatten auch die polnischen Herrscher erkannt, daß die Deutschen die besten Kolonisatoren sind, und sie zu diesem Zwecke in das Land gezogen. Als dann die sächsischen Kurfürsten Könige von Polen wurden, da kamen viele um ihres Glaubens willen Verfolgte nach Polen. Auch der polnische Adel hatte am Ende des 18. Jahrhunderts deutsche Bauern auf seinen Gütern angesiedelt. Als durch die zweite Teilung Polens ein Teil des heutigen Russisch-Polens an Preußen kam, setzte Friedrich Wilhelm II. etwa 5500 württembergische Ansiedler hier an. Von den Nachkommen dieser preußischen Kolonisten haben manche wieder das Land verlassen, als Südpreußen an Rußland abgetreten wurde; doch auch viele sind damals russische Untertanen geworden.

Vor allem aber trieben russische Herrscher selbst eine zielbewußte Ansiedlung von Deutschen. Schon Peter der Große, der sich die Europäisierung Rußlands zum Ziele setzte, rief Deutsche nach seinen Ländern, um durch diese Kulturträger Rußland in den Kreis der europäischen Kulturnationen zu bringen.

Aber diese Ansiedlungspolitik Peters des Großen ging weniger darauf aus, große Massen Deutscher in Rußland anzusiedeln, als vielmehr deutsche Pioniere zur Hebung der Industrie nach Rußland zu ziehen.

Erst die Nachfolgerin Peters des Großen, Katharina II., trieb eine regelrechte Siedlungspolitik. „Peter der Große wollte dort einen Industriestaat schaffen, wo noch kein Agrikulturstaat, der bei einer naturgemäßen Entwicklung vorangehen muß, vorhanden war. Zu dieser Ansicht kam erst Katharina II. Diese Kaiserin hatte einen schärferen und klareren Blick als ihr großer Vorgänger. Sie sah und ersah den Grund der großen Armut in dem großen, länderreichen Rußland. Die Bodenkultur mußte gehoben werden: das war ihr Grundsatz“ [1]).

Große Länderstrecken an der Wolga, die bereits 1556 von den Russen erobert worden waren, waren noch vollständig unkultiviert und wurden bewohnt von Kirgisenhorden, die nicht daran dachten, das Land zu bebauen. Der Boden war nach Aussage der Reisenden sehr fruchtbar und Katharina II. wollte diese Wildnis urbar machen.

1) Pater Konrad Keller, Die deutschen katholischen Kolonien auf der Bergseite der Wolga in Rußland, in „Die deutsche Erde“, Jahrg. 1910, S. 184.

So wurde im Jahre 1762 von Katharina II. das erste Manifest erlassen, worin alle Reflektierende in Europa, ausgenommen die Juden, aufgefordert wurden, sich in Rußland niederzulassen. „Diese Aufforderung hatte nicht die erwartete Wirkung. Wenigstens erfolgte 1763 keine Anmeldung. Es ist dies übrigens auch begreiflich. Das Manifest enthielt außer der Aufforderung der Ansiedlung keine bestimmten Garantien zugunsten der künftigen bürgerlichen Stellung der Uebersiedler. . . . Es war notwendig, den Mangel des ersten Manifestes wettzumachen und die Vorurteile Europas zu zerstreuen. Diese Aufgabe erfüllte das Manifest vom 22. Juli 1763, welches der Eckstein unserer ganzen Kolonisation wurde“ [1]).

Außer reichlicher Unterstützung, die den Uebersiedlern zugesagt wurde, erhielten sie die Versicherung freier Religionsübung. Ihnen wurde auch für ewige Zeit Freiheit vom Militär- und Staatsdienst zugesagt [2]). Die russische Regierung begnügte sich aber keineswegs nur mit der Verbreitung dieses Manifestes unter den Deutschen. Es wurden auch Kommissäre nach Deutschland gesandt, um durch alle möglichen Künste Auswanderer zu gewinnen. Man kargte nicht, eine besondere Auswahl unter den zukünftigen Ansiedlern des russischen Reiches zu treffen. „Der Umstand, daß die Kommissäre unter die Zahl der Auswanderer, ohne Auswahl, Reflektierende mit vollständiger Unterhaltung und Berechnung der Staatskasse vom Orte und Tage der Einreihung in eine Partie aufnahmen, zog eine Menge unnützen Volkes herbei, welches den Forderungen zu einer erfolgreichen Kolonisation nicht entsprach, weder durch physische Gewohnheit, noch viel weniger seiner moralischen Veranlagung nach. Welchen Schlages die von den Kommissären angenommenen Kolonisatoren waren, davon legt ein Poem eines bankerotten Offiziers, Platen, das sich auf unsere Tage erhalten hat, beredtes Zeugnis ab. Da konnte — sagte er — wer da wollte, alt und jung, ja groß und klein zu diesem Gastgebot bald eingeladen sein. Ich kam auch allzugleich in den Kolonistenstand. Acht Schilling alle Tage bekam ich zu verzehren. Selten hatte einer der Emigranten, indem er sich zur Verfügung des Kommissärs stellte, eine andere Absicht, als sich die tägliche Nahrung zu sichern“ [3]).

Gleichzeitig mit ihrem Manifest hatte Katharina II. die Tuttelkanzlei errichtet, deren erster Präsident Graf Orlow war. „Diese Behörde hatte die Aufgabe, durch ihre Kommissäre im In- und Ausland die Auswanderer zu sammeln, nach Rußland zu begleiten und an den Ort der neuen Ansiedlung zu bringen“ [4]). Zuerst bestand diese Tuttelkanzlei lediglich in der Hauptstadt des russischen Reiches, späterhin jedoch wurde in Saratow eine besondere Lokalverwaltung der Tuttelkanzlei für die Kolonisten gegründet.

---

1) Staatsrat Klaus, Unsere Kolonien, Odessa 1887, S. 21/22.

2) Vgl. Peter Stenzel, Zur Entwicklungsgeschichte der Wolgakolonien, in der Deutschen Monatsschrift für Rußland, Reval 1913, S. 282/283.

3) Klaus, a. a. O. S. 33.

4) Pater Konrad Keller, Die deutschen Kolonien in Südrußland, Bd. 1, Odessa 1905, S. 44.

Außer der Besiedlung der Wolgagegend wurde auch von Katharina II. eine Ansiedlungspolitik in Südrußland getrieben. In glänzenden Siegen unter Rußlands großen Feldherren Suworow und Potemkin wurde dieses Land der Türkei abgenommen. Damit waren ungeheure Landstrecken an Rußland gefallen, die aber menschenleer und ohne jegliche Kultur brach da lagen. Zur Besiedlung dieser Ländereien wurden ganz besonders die Mennoniten in Preußen und der unter polnischer Oberhoheit stehenden freien Stadt Danzig gewonnen. Der mennonitische Geschichtsschreiber gibt als Veranlassung für die Uebersiedlung zahlreicher deutscher Mennoniten nach Rußland folgende Gründe an: „Es war unter der Regierung Friedrich Wilhelms II., als die Lage unserer Väter in Ostpreußen eine äußerst bedrängte wurde. Dazu war die Auswanderung verboten. Die da auswanderten, mußten sich fortstehlen. Es war ein buchstäbliches Erstickungssystem geschaffen, eine große Armut und damit ein Sinken der kulturellen, religiösen und sittlichen Zustände der einst so gerühmten Mennonitengemeinden nahm schreckenerregend zu. Viele waren bis zur dumpfen Hoffnungslosigkeit entmutigt. Amerika, obwohl schon wiederholte Züge von Mennoniten dorthin gegangen waren, war damals so sehr weit, die Schiffahrt dauerte Monate. Da erscholl, wie eine Wundermär, eine Kunde von Osten. Die große Kaiserin Katharina II. von Rußland erließ durch ihren Gesandten bei der Regierung der damals noch unter polnischer Oberhoheit stehenden freien Stadt Danzig, an die Mennoniten des Danziger Bezirkes (und indirekt an die Mennoniten des Königreichs Preußen) den Ruf, die neuerworbenen Riesengebiete von Neurußland besiedeln und kultivieren zu helfen. Volle Religionsfreiheit, Wehrlosigkeit für ewige Zeiten usw. und jeder Familie vier Hufen Land wurden versprochen — der prenßische Mennonitenhimmel auf Erden“ [1]).

Die Ansiedlungspolitik Katharinas II. war begleitet von einer großen Fürsorge für die Kolonisten. Katharina II. war eine Fürstin, die nicht nur ihren deutschen Ursprung nicht vergessen hatte, sondern auch alle Kulturerrungenschaften ihrer Zeit mit regstem Eifer verfolgte. Die Gedanken der damals tonangebenden Philosophen Frankreichs hatten die russische Kaiserin in ihren Bann gezogen, auch die Ansiedlungspolitik der Hohenzollern beeinflußte sie. So waren es kulturelle und wirtschaftliche Gesichtspunkte, die Rußlands große Kaiserin zur Ansiedlung ihrer deutschen Landeskinder veranlaßten. Nicht ohne Grund wird man in diesen Ansiedlungen einen Protest des Zeitalters der Humanität gegen das Leibeigenschaftswesen sehen können.

Insgesamt wurden etwa 25000 Deutsche in der Wolgagegend angesetzt [2]). Die Zahl der Mennoniten läßt sich nicht genau angeben.

Unter den Nachfolgern Katharinas II., Paul I. und Alexander I., wurde das Kolonisationswerk fortgesetzt, insbesondere Alexander I.

1) P. M. Friesen, Die altevangelische mennonitische Brüderschaft, Halbstadt (Südrußland) 1911, S. 71/72.

2) Vgl. hierzu Ernst Hasse, Deutsche Politik, Bd. 2, München 1905, S. 70.

entfaltete eine großzügige Besiedlungstätigkeit. Im allgemeinen hielt er sich an das Manifest Katharinas II., doch hatte er gelernt, vorsichtiger in der Auswahl der Ansiedler zu sein. Man wollte jetzt nur noch tüchtige Leute haben, von denen man etwas lernen konnte, so forderte der Ukas über die Ansiedlungsrechte der Kolonisten vom 20. Februar 1804: „Gute Landwirte, Leute, die im Weinbau, in der Anpflanzung von Maulbeerbäumen und anderen nützlichen Gewächsen hinreichend geübt oder in der Viehzucht, besonders aber in der Behandlung und Zucht der Schafrassen erfahren sind, überhaupt alle nötigen Kenntnisse für eine rationelle Landwirtschaft haben, die sollen genommen werden“ [1]).

Ganz besonders Südrußland und Bessarabien wurden von Alexander I. besiedelt. Wie unter Katharina II., so wurden auch von ihm Kommissäre nach Deutschland abgesandt, die das geeignete Ansiedlermaterial ausfindig machen sollten. Aber jetzt waren die Umstände, die viele in Deutschland zur Auswanderung drängten, für die russische Regierung jedenfalls erheblich bessere, als zur Zeit Katharinas II.

„Schon die Einfälle der Franzosen in den Jahren 1796 und 1800 hatten Deutschland furchtbar mitgenommen. In Württemberg wurde der Druck des ersten Königs und seine Abhängigkeit von Napoleon außerordentlich schwer empfunden. Hauptsächlich waren die Württemberger über die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht empört, da nach dem guten, alten Recht kein Württemberger zum Kriegsdienst genötigt werden durfte. Nach Artikel 37 der Rheinischen Bundesakte mußte Württemberg ein Heer von 12000 Mann zur Verfügung stellen. Dreimal mußte dieses Heer vollständig erneuert werden, zwischen 1805 und 1814. Nach Rußland gingen 15800 Mann, von denen kaum 1500 zurückkehrten. Dazu kamen entsetzliche Steuern. Man berechnet, daß im Jahre 1815 den Eigentümern von dem Reinertrag des Grundbesitzes nur $^1/_5$ blieb“ [2]).

Auch die Geschichtsschreiber der deutschen Kolonisten in Rußland heben einstimmig die schwere Lage der Deutschen in Deutschland hervor, die es als eine Erlösung betrachteten, nach Rußland auswandern zu können. So schrieb der evangelische Pfarrer Jakob Stach: „Zu Anfang unseres Jahrhunderts, als sämtliche Staaten Westeuropas vor die Wahl gestellt wurden, sich entweder dem despotischen Soldatenkaiser zu ergeben oder als Ueberwanderer nach der Strenge des Kriegsgesetzes behandelt zu werden, erging von Seiten des menschenfreundlichen Kaisers Alexander I. von Rußland durch seine Gesandten und Konsuln an Auswanderungslustige im Königreich Württemberg die Einladung, ihre Heimat zu verlassen und als Kolonisten nach Rußland zu kommen“ [3]).

1) Walter Hauff, Die Auswanderung der Schwaben nach Rußland im Anfange des vorigen Jahrhunderts, in „Die deutsche Erde“, Gotha 1909, S. 108.

2) Walter Hauff, a. a. O. S. 109.

3) Der deutsche Liebenthaler Kolonistenbezirk bei Odessa, in „Die deutsche Erde“ 1903, S. 44.

Der Pater Konrad Keller[1]) berichtet, wie in Straßburg eine Schreckensherrschaft aufgerichtet und das Münster zum Tempel der Vernunft eingeweiht wurde. Er erzählt dann weiter, wie die Revolution ihre Heere über den Rhein hinausschickte, und Güter und Kirchen ein Opfer der Plünderung wurden. Auch der traurigen Berühmtheit des Kurfürsten von Bayern, Max Joseph, der mehr als 70 Stifte und über 400 Klöster aufgehoben hat, gedenkt Keller.

Dieses furchtbare Leid, das über Deutschland gekommen war, ließ in manchem braven Bauern den Gedanken wachsen, das Land seiner Väter mit dem ihm unbekannten Gebiete in Südrußland zu vertauschen.

Für diese Kolonisten in Südrußland wurde eine besondere Behörde, das Fürsorgekomitee für die südlichen Kolonien, geschaffen.

Für das Zartum Polen wurde im Jahre 1815 ebenfalls von Alexander I. ein Ukas erlassen, worin Deutsche zur Auswanderung aufgefordert und ihnen weitgehende Privilegien eingeräumt wurden. Sie und ihre Söhne sollten vom Militärdienst befreit und auf Jahre hinaus von allen Abgaben entbunden sein. Im Jahre 1820 wurden den Ausländern noch weitgehendere Privilegien eingeräumt und Erleichterungen erwiesen[2]).

Zur Werbung von Kolonisten für Polen hatte die russische Regierung Agenten nach Preußen und Sachsen geschickt. Nach Ischchanian sind damals die deutschen Kolonien in Russisch-Polen, die heute noch bestehen, hauptsächlich entstanden.

Außer dieser von den russischen Herrschern geleiteten Ansiedlung von deutschen Bauern in Rußland fand eine Besiedlung Wolhyniens in den Jahren 1830/31 und 1862/64 statt. Diese deutschen Kolonisten waren bereits russische Untertanen in den polnischen Gebieten des russischen Reiches und hatten in den Revolutionszeiten treu zu dem russischen Zaren und russischen Reiche gehalten. Aus diesem Grunde wurden sie von der polnischen Bevölkerung bedrängt und schließlich von der russischen Regierung in Wolhynien angesiedelt. Teils kamen diese deutschen Kolonisten auf Apanagegütern unter, die dem Zaren gehörten, andererseits aber waren sie auch den polnischen Großgrundbesitzern willkommen. Diese pachteten ihnen Teile von ihren Besitzungen ab, und erhielten durch den Pachtzins die Mittel, um die Kontributionen, die ihnen infolge der Revolutionen auferlegt waren, zu zahlen. Im allgemeinen wurden diese deutschen Kolonisten in Wolhynien als Pächter angesiedelt.

Außerdem fand aber noch eine deutsche Kolonisation in Transkaukasien statt. Im Jahre 1817 wandten sich religiöse Schwärmer aus Württemberg dorthin, um hier sicher vor allen Einflüssen ihrem religiösen Sektenwesen obzuliegen. Späterhin fand noch vereinzelt

---

1) Die deutschen Kolonien in Südrußland, a. a. O. S. 25/26.

2) Vgl. hierzu Ischchanian, Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft, Berlin 1913, S. 35.

eine deutsche Auswanderung nach dem Kaukasus statt. Von irgendwelcher erheblichen Bedeutung ist diese jedoch nicht gewesen.

Insgesamt wird die deutsche Einwanderung nach Rußland, die von 1816—1826 stattfand, auf etwa 250000 Köpfe geschätzt [1]).

Betrachten wir nun noch in kurzen Zügen die Entwickelung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Kolonieen in Rußland.

Schon bei der Ansiedlungspolitik Katharinas II. haben wir gesehen, daß in der Wolgagegend allerlei Volk angesiedelt wurde, das von der Landwirtschaft sehr oft gar nichts verstand. Diese Tatsache bestätigt sich, wenn wir die Entwicklung der Wolga-Kolonisten verfolgen. Klauss äußert sich hierüber folgendermaßen: „Die große Mehrzahl dieser Masse bestand aus dem verschiedenartigsten, heruntergekommenen und aller moralischen Schranken barem Gesindel, laut dem typischen Ausdrucke der Kolonisten selbst der Abschaum Deutschlands (oder, wie man im Russischen sagt, der Bodensatz, die Hefe Deutschlands)“ [2]). Man darf auch nicht vergessen, daß die Regierung bei dieser ersten Besiedlung noch keine rechte Klarheit hatte, „es stellte sich der gänzliche Mangel richtiger Pläne der unbewohnten Ländereien und eine vollständige Unwissenheit über die ökonomischen Verhältnisse dieser Ländereien heraus“ [3]). Dazu haben es sich die russischen Beamten nicht nehmen lassen, von den 5 Millionen Rubel, die von der Regierung für die Kolonisation verausgabt wurden, einen Teil für sich in Anspruch zu nehmen. Dies gibt auch Klauss ausdrücklich zu [4]).

Zu alledem kamen noch die Einfälle der Kirgisen, unter denen die Kolonisten schwer zu leiden hatten. „Furchtbar müssen diese Nomaden in den jungen Ansiedlungen gewirtschaftet haben, noch haben sie die Enkel nicht vergessen, diese Sprache aus alter Zeit, noch weiß man, wie die vor dem Dorfe angebrachten, mit Brennstoff versehenen Stangen und ihr Feuerschein gemeinsam mit den sturmgezogenen Kirchenglocken der Nachbarskolonie das Signal gaben, daß wieder einmal das wilde Reitervolk auf seinen flinken Pferden in Sicht war, dessen Besuch die Bewohner des Dorfes ihre Kostbarkeiten nebst Frau und Kind im Keller verstecken und sich selbst mit verhaltenem Atem hinter Schloß und Riegel schwere Stunden durchleben ließ. Noch erzählt man sich, daß Mitte des vorigen Jahrhunderts die Mütter ihre schreienden Kleinen zu beschwichtigen suchten mit dem Rufe, die Kirgisen kommen“ [5]). So konnten sich gleich am Anfange die deutschen Kolonien an der Wolga nicht recht entwickeln.

Aber die größte Hemmung für die zukünftige Entwicklung mußte im Jahre 1816 die Annahme des russischen Mirsystems hervor-

1) Ernst Hasse, a. a. O. S. 70.
2) a. a. O. S. 182.
3) Klauss, a. a. O. S. 32.
4) a. a. O. S. 182.
5) Stenzel, a. a. O. S. 286.

rufen, wonach das ganze Land ca. alle 6 Jahre unter die männliche Bevölkerung der einzelnen Kolonien verteilt wird. Es ist ausgeschlossen, daß bei einer derartigen Wirtschaft ein enges Verwachsensein mit dem Boden stattfinden kann, da das Land immer von einem Landwirt auf den anderen übergeht. Von vornherein wird dadurch ein Festhalten an alten überkommenen Verhältnissen bewirkt, ein Fortschritt in der landwirtschaftlichen Technik ist unmöglich gemacht. So lautet denn das Urteil eines deutsch-russischen Pfarrers aus neuester Zeit: „Gesät wird, wie seit 100 Jahren, Weizen und Tabak; andere Getreidearten vereinzelt. Von einer richtigen Schwarzbrache wissen nur einige Gutspächter zu erzählen, die eben genug Land zu verschwenden haben“ [1]).

Aber die russische Regierung hat sich auch bereits früh diesen Uebergang der deutschen Bauern zum Mirsystem zunutze gemacht: „Sie zog es vor, die Wolga-Kolonien vollständig dem bei den russischen Bauern üblichen System des Landbesitzes anzupassen, und alle nachträglichen Landzuweisungen an diese Niederlassungen finden schon nicht mehr auf die Familien, sondern im Verhältnis der Zahl der Revisionsseelen statt“ [2]). Als nun die Bevölkerung wuchs und das Land immer das gleiche blieb, da stellte sich ein Landmangel ein, der viele Kolonien in die ärgste Bedrängnis führte.

Es ist nun in neuester Zeit von Adolf Lane darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich auch manche guten Kräfte unter den Wolga-Kolonisten finden: „Eine vollständige Verarmung eines Teils der Bevölkerung darf uns aber nicht über den wirklichen Stand der Dinge täuschen. Die Wolga-Kolonisten haben tüchtige Landwirte in ihrer Mitte und diese bilden den gesunden Kern, aus dem heraus und um den herum sich der Getreidehandel entwickelt. Dieser hat im Laufe des Jahrhunderts sowohl für Rußland als auch für das Ausland eine hervorragende Rolle gespielt. Die Wolgawasser- und Windmühlen werden in der letzten Zeit vielfach durch dumpfe Mühlen ersetzt, die ihren Besitzern zu großem Reichtum verhelfen. Der Handel mit dem Getreide bildet auch den Haupterwerbszweig der Bevölkerung. Seit über 100 Jahren unterhalten die Wolgakaufleute rege Beziehungen mit den großen Handelsplätzen, wie Nischij Nowgorod, Moskau, Petersburg und dem Ausland. Daneben wäre der gegenwärtig infolge der erschwerenden Bedingungen darniederliegende Tabakbau zu nennen, der eine Zeitlang aus einem Neben- zum Haupterwerbszweig einiger Kolonien der Wiesenseite emporstieg“ [3]).

Die Zahl der Wolga-Kolonisten wird von Zahn [4]) auf etwa 410000 angegeben.

Bei diesen Deutschen an der Wolgagegend hat sich im allgemeinen das Deutschtum erhalten, obwohl der deutsche Schulunterricht

1) Stenzel, a. a. O. S. 374.
2) Klauss, a. a. O. S. 191.
3) Adolf Lane, Deutsche Bauernkolonien in Rußland, Berlin 1910, S. 17.
4) Handbuch des Deutschtums im Auslande, Berlin 1906, S. 172.

arg daniederliegt. „Wenn man durch ein Dorf kommt und die Leute auf den Bänken vor ihren Häusern sitzen sieht, so bemerkt man manches Gesicht, das den mitteldeutschen Bauerntypus in voller Reinheit gewahrt hat. Auch die Sprache ist deutsch genug, und es hat sich manche ältere Ausdrucksweise erhalten, die heute fremdartig klingt oder einen ganz anderen Sinn hat. Wenn von jemand gesagt wird, daß er ein ausschweifendes Leben führt, so heißt das, daß er gern spazieren geht, und der Pastor, der ein arg weltlicher Herr genannt wird, ist im Umgang mit den Leuten zuvorkommend und auch freundlich. Die Gefahr, vom russischen Wesen berührt zu werden, ist nur an einzelnen Orten erheblich“ [1]).

Von vornherein waren die deutschen Ansiedler, die in Südrußland angesetzt wurden, von bedeutend besserer Qualität als die Deutschen an der Wolga. Die russische Regierung hat, wie bereits hervorgehoben, für die Ansiedlungen in Südrußland tüchtige Landwirte ausgewählt. Wenn auch eine derartige Auswahl mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft ist, so hat die Entwicklung der deutschen Kolonien in Rußland dennoch gezeigt, daß diese deutschen Bauern sich ganz prachtvoll bewährt haben. Sie sind dem russischen Staate das wertvollste Material geworden, um Südrußland zu einer der wirtschaftlich hervorragendsten Gegenden des russischen Reiches zu machen.

„Die Bedingungen zu einer fortgehenden, gedeihlichen Entwicklung der Kolonien waren jedenfalls vorhanden, einmal in dem Fleiße und der Ordnungsliebe des deutschen Volkes überhaupt, sodann in den großen Begünstigungen, welche gerade diesen Ansiedlern zuteil wurden“ [2]). Die Fürsorge der russischen Regierung für diese deutschen Kolonisten soll gewiß nicht gering geachtet werden, sie hat Millionen für die deutschen Kolonien ausgegeben und hat den fruchtbaren Boden der Schwarzerde den deutschen Einwanderern zur Verfügung gestellt. Doch nicht der Boden allein macht es, sondern die Menschen, die darauf wohnen und wirtschaften. Diese Deutschen haben den Boden bebaut und der Kultur erschlossen. Der ganzen russischen Volkswirtschaft kam dies zugute. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, haben die Deutschen in Südrußland der Regierung das längst wiedererstattet, was sie einst erhalten haben.

Ueber die wirtschaftlichen Fähigkeiten der deutschen Kolonisten in Südrußland gab es sowohl in russischen Kreisen als auch bei allen Reisenden, die das Land besuchten, nur ein Urteil. So schreibt Haxthausen: „Die Mehrzahl der Kolonien ist blühend, und die Leute sind nach schweren Jahren nach und nach wohlhabend, zum Teil reich geworden. Sie haben allmählich eine Heimat in dem fremden Land gefunden“ [3]). Und der russische Generalstabsoffizier Paw-

1) Hans Pokorny, Die Deutschen an der Wolga, in „Die deutsche Erde“, Jahrgang 1908, S. 141/142.

2) Friedrich Mathäi, Die deutschen Ansiedlungen in Rußland, Leipzig 1866, S. 42.

3) A. v. Haxthausen, Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die bäuerlichen Einrichtungen Rußlands, 2. Teil, Hannover 1847, S. 267.

lowitsch gibt folgendes Urteil ab: „Der äußere Anblick der deutschen Kolonien unterscheidet sich auffallend von allen übrigen Niederlassungen im Gouvernement, sie bilden gewissermaßen Oasen in der Wüste. Aber nicht nur in der äußeren Erscheinung ist dieser Unterschied bemerkbar, und diese Kolonien können mit Recht Musterwirtschaften genannt werden. Die von Baumpflanzungen und Gärten umgebenen Bauernhöfe, die hübschen, regelmäßigen Gebäude, deren Sauberkeit von innen und außen, die Zweckmäßigkeit der landwirtschaftlichen Einrichtungen fallen jedem in die Augen, der die Niederlassungen besucht“ [1]). In einem Romane von Danilevskijsch, der im Jahre 1862 erschienen ist, „Die Flüchtlinge in Neurußland“, wird von diesen deutschen Siedlungen gesprochen: „Was findet Ihr da wunderbar, ein Deutscher vermag alles und noch dazu kein russischer, sondern ein ausländischer Deutscher, ein schwäbischer Schwab“ [2]).

Bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Tüchtigkeit dieser deutschen Bauern darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß sie eine Bestellung, wie sie in Deutschland gang und gäbe ist, nicht durchführen. Der Boden, den sie bewirtschaften, ist ungemein fruchtbar. Aus diesem Grunde hat eine Raubwirtschaft Platz finden können. Das Land wird eben, wenn es genügend abgeworfen hat, einige Jahre brachliegen gelassen, bis der erwünschte Erfolg wieder eintritt. Bisweilen ist in letzter Zeit durch diese unzweckmäßige Wirtschaft ein Rückgang mancher Kolonien zu verzeichnen. Von manchen Pfarrern wurde darauf hingewirkt, die Bauern von ihrer bisherigen Wirtschaftsweise abzubringen. So hat z. B. auch Pastor Stach sich dies angelegen sein lassen: „Bessere Bearbeitung des Bodens, sorgfältiges Brachen und Düngen, gründliches Studium der Landwirtschaft, gemeinnützige Bestrebungen in Handel und Verkehr, Aufbesserung der Viehzucht, sorgfältige Pflege der Haustiere, Einmütigkeit im Ordnen aller Gemeinverhältnisse, bessere Ausbildung der Söhne und namentlich der Töchter, das sind die Aufgaben der Kolonien, an deren Lösung unablässig gearbeitet werden muß, wenn sie sich in Zukunft ihren Ruhm bewahren und, was die Hauptsache ist, ihrem Vaterlande denjenigen Nutzen bringen wollen, den man von ihnen erwarten kann“ [3]).

Diese deutschen Bauern in Südrußland sind aber trotzdem im allgemeinen recht wohlhabend, ja vielfach sind sie sehr reich. Dr. Ernst Jenny, der selbst jahrelang Rittergutsbesitzer in Südrußland war, hat mir erzählt, daß es sich bei manchen dieser deutschen Kolonisten um gewaltige Summen handelt, die im Besitze der Familien sind. Er meint, daß man bei einer genauen Untersuchung der Vermögensverhältnisse auf einen Reichtum stoßen würde, von dem man sich kaum eine Vorstellung machen könnte. Adolf Lane [4]) weist z. B. nach, daß im Odessaer Kreise, nach Umrechnung in Geldwert, vier

1) Nach Mathäi, a. a. O. S. 67.
2) Zitiert nach Hoetzsch, Rußland, Berlin 1913, S. 488.
3) Stach, in „Die deutsche Erde“, a. a. O. S. 33.
4) Ueber deutsche Bauern in Südrußland, in „Die deutsche Erde“, 1901, S. 52.

Familien je 350000, 100000, 60000 und 40000 Rubel, ein Vermögen von 10—40000 Rubel etwa 25 Familien, von 4—10 etwa 30, von 1—4000 Rubel etwa 100.

Doch dieses Gold, das glänzt, hat auch eine üble Erscheinung bei manchen Kolonisten hervorgerufen, deren Kenntnis ich Dr. Jenny verdanke. Manche dieser Deutschen sind Güterschlächter, die sich überall da festsetzen, wo irgendeinem bedrängten Gutsbesitzer oder auch Bauern das Messer am Halse steckt. Sie kaufen dann diese Güter auf, bewirtschaften sie nicht etwa, sondern suchen sie lediglich mit Gewinn zu verkaufen. Durch eine Menge derartiger Schiebungen gewinnen sie natürlich Geld, und daran hängt ihr Herz. Sie sind dann keine Landwirte mehr, sondern Güterschlächter schlimmster Art.

Die deutsche Sprache haben diese über 400000 Deutschen in Südrußland alle beibehalten. „An ihrem altväterlichen Deutsch kann man heute noch feststellen, ob die Wiege ihrer Ahnen in der Pfalz, in Schwaben oder Oberbayern gestanden, So unglaublich breite Dialekte findet man in Deutschland gar nicht mehr. Dort haben sie sich längst abgeschliffen“ [1]). Der Unterricht in den Schulen ist auch das ganze Jahrhundert deutsch geblieben. Aber irgendwelches höheres deutsches Bildungsstreben ist diesen deutschen Kolonisten im allgemeinen nicht zuzusprechen. Stach [2]) meint sogar, „daß der Bildungstrieb in den russischen Bauerngemeinden in stetem Zunehmen begriffen ist, während viele deutschen Kolonisten in neuerer Zeit der Schule gegenüber sich mehr oder weniger gleichgültig verhalten. Der Kolonist zahlt für die Schule, was er zahlen muß, aber er fühlt doch darin eine gewisse Ungerechtigkeit, daß man seine Schule, die doch eigentlich eine Gemeindeschule war, isoliert hat. So hört man vielfach aus dem Munde der Kolonisten die Aeußerung: ‚Wir haben nur noch ein Recht an der Schule, und das ist Zahlen‘“.

Die deutschen Bauern in Südrußland sind zu zwei Dritteln evangelisch und zu einem Drittel katholisch. Der Pfarrer bildet bei jenen Deutschen, die fast ausnahmslos streng religiös sind, die einzige Stelle, von der Bildung und Fortschritt ausgeht.

Obwohl die Deutschen in Russisch-Polen, deren Zahl auf ca. $^1/_2$ Million sich beläuft, uns geographisch am nächsten liegen, so hat man dennoch sich am wenigsten mit ihrer Entwicklung beschäftigt. Es ist über diese deutschen Kolonien eigentlich kaum etwas Nennenswertes erschienen. Das einzige Material hierüber ruht in den einzelnen evangelischen Gemeinden Russisch-Polens.

Man darf wohl annehmen, daß die Schulen am besten organisiert sind von allen deutschen Kolonien in Rußland. Wie sonst, hat auch hier die evangelische Geistlichkeit — es kommen im allgemeinen nur evangelische Deutsche in Betracht — einen großen Ein-

1) Prosoroff (Pseudonym für Ernst Jenny) im „Roten Tag“ aus Höniger, Das Deutschtum im Auslande, Leipzig 1913, S. 54.

2) Die Gefahren für das Deutschtum in den Kolonien Südrußlands, in Deutsche Monatsschrift für Rußland, Reval 1913, S. 465.

fluß auf die Kolonisten. Leider ist gerade von den Pfarrern die Polonisierung der deutschen Gemeinden eifrig betrieben worden, über die noch später Näheres ausgeführt werden soll.

Im allgemeinen wird bei einer Schilderung der Bedeutung der deutschen Kolonien in Russisch-Polen angeführt, daß die ganze industrielle Entwicklung Polens lediglich ein Werk der Deutschen gewesen ist. So war z. B. im Jahre „1821 Lodz noch ein Städtchen mit 800 Einwohnern, heute eine zwar wenig, schon aber durch den gewaltigen Fabrikbetrieb imponierende Stadt mit gegen 70000 Deutschen bei über 300000 Einwohnern“ [1]).

Aber auch die landwirtschaftliche Hebung Polens beruht vor allem auf der Tüchtigkeit der deutschen Bauern. Sie machen wenigstens doch die Hälfte sämtlicher Deutschen in Polen aus. Ueber diese deutschen Kolonisten schreibt der Präsident des Kameralhofes von Kjelce, Orlow: „Das Aeußere einer deutschen Wirtschaft stellt sich als etwas Abgerundetes und streng Durchdachtes dar. Ganz anders ist die Wirtschaft eines eingesessenen polnischen Bauern, der ein Landstück von gleichem Umfange bewirtschaftet. Während polnisches Bauernland zu 100 Rubel für den Morgen verkauft wird, werden deutsche Ländereien mit vollständiger Wirtschaftseinrichtung, sowie mit Gärten auf 200 Rubel für den Morgen eingeschätzt. . . . Die Ueberlegenheit der deutschen Kultur im Verhältnis zur polnischen fällt in der hiesigen Gegend recht reell in die Augen. Die deutschen Bauernwirtschaften sind sogar besser organisiert als die (polnischen) Gutswirtschaften“ [2]).

Zur Charakteristik der deutschen Ansiedler ist auch folgende Aeußerung des Polen Grabowski recht lehrreich. „Sie sind im großen und ganzen sehr fleißige, redliche, systematische und zähe Leute. Sie sind sehr argwöhnisch, wenig gesellig, umzäunen ihre Anwesen, pflanzen Bäume und halten bissige Hunde. Für uns Polen ist der deutsche Kolonist ein Feind wegen seines aggressiven und rücksichtslosen Rassen-Individualismus und seines Individualismus, der auf einer ernsten Natur beruht, welche sich nichts aus dem Beifall der Umgebung macht, während wir Sklaven der Gefallsucht sind“ [3]).

Wenig wissen wir auch über die Entwicklung und wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Kolonien in Wolhynien. Es sind wohl etwas mehr als 60000 Deutsche in Wolhynien. Aus diesem Lande haben sie im Laufe einer kurzen Zeit einen fruchtbaren Winkel Rußlands geschaffen. Standen hier früher undurchdringliche Wälder, so ist heute das Land durchzogen von fruchtbaren Aeckern und Wiesen. Was Wolhynien heute ist, ist es ganz allein durch die 60000 Deutschen geworden. In beharrlicher und treuer Arbeit haben sie als Pächter sich zu Wohlstand emporgeschwungen. „Der Wol-

1) B. Ischchanian, a. a. O. S. 35/36.

2) Die wirtschaftliche Lage und die Schulungsmittel der Bauern in den Gouvernements des Zartums Polen, Kjelce, 1898, S. 30—33, zitiert nach Georg Cleinow, Die Zukunft Polens, Bd. 1, Leipzig 1906, S. 135.

3) Aus „Das Deutschtum im Ausland“, Berlin 1914, Heft 22, S. 180.

hynier arbeitet meist selbst in der Mitte seiner Familie oder seiner Verwandten. Er ist sozusagen etwas patriarchalischer, als der südrussische Kolonist, der sehr gern fremde Arbeiter, so auch Wolgakolonisten, in seiner Wirtschaft beschäftigt“ [1]).

Freilich dieses Abgesondertsein hat auch in den deutschen Kolonisten in Wolhynien ganz besondere Züge geprägt. Er ist, wie mir Pfarrer Althausen, der jahrelang dort Pfarrer war, erzählte, sozusagen ein Waldmensch geworden. Von tiefinniger Religiosität durchzogen, haben diese zerstreuten Kolonien sich ihre eigenen Geistlichen unter den Ihren erwählt. Wie die Schulverhältnisse in Wolhynien liegen, darüber kann man kein allgemeines Urteil fällen, sondern nur in bezug auf einige Kolonien. Es gibt jedenfalls dort Kolonien, die sich eine gute deutsche Schule geschaffen haben und unterhalten.

Von den Ansiedlungen der Deutschen in Transkaukasien ist nicht allzuviel zu berichten. Es sind heute wohl kaum noch 10000 Deutsche dort vorhanden.

Allen diesen deutschen Bauernkolonisten drohte seit dem Jahre 1871 der Untergang. Damals wurden alle die Vergünstigungen, die ihnen einst zuteil geworden waren, aufgehoben. Sie wurden in die russische Armee eingereiht, aber sie haben sich damit abgefunden und in Treue dem russischen Zaren ergeben. Wohl haben sie die deutsche Kultur immer hochgehalten, aber sich dennoch stets als Glieder des russischen Staates gefühlt.

Trotzdem ging die Regierung gegen diese Deutschen vor und suchte sie allmählich auszurotten. Das Gespenst von dem Einfall der deutschen Heere in Rußland hat ja schon lange die panslavistischen Kreise erfüllt. Daß Rußland das nächste Eroberungsziel des Deutschen Reiches sein sollte, darüber war bei diesen Leuten seit dem deutsch-österreichischen Bündnisse kein Zweifel mehr. Die deutschen Bauern bekamen dies zu schmecken, sobald der Panslavismus ans Ruder kam.

Es sind anfangs keine groben Mittel, mit denen die Ausrottungspolitik des Deutschtums in Rußland betrieben wurde. Zuerst ließ der russische Staat den Großgrundbesitzern in Wolhynien freie Hand, gegen die deutschen Pächter vorzugehen. Nachdem diese Herren ihr Amt richtig aufgefaßt hatten, verdrängte auch die Regierung ihrerseits die deutschen Bauern vom Boden.

Es ist nicht uninteressant, wie diese Politik im einzelnen durchgeführt wurde. Es sei auf einen Bericht eines Pfarrers aus Wolhynien verwiesen, den Lane in seiner Schrift [2]) zum Abdruck bringt.

Im Jahre 1911 wurde bei der Duma der Stolypinsche Gesetzentwurf eingebracht, wonach allen Deutschen das Pachten und Kaufen von Land in Wolhynien verboten werden sollte, „was einer Vernichtung der Kolonien gleichkäme“ [3]).

1) Adolf Lane, Deutsche Bauernkolonien in Rußland, a. a. O. S. 10.

2) Lane, Deutsche Bauernkolonien in Rußland, a. a. O. S. 13/14.

3) Faure, Die Lage der Auswanderer in der alten und neuen Heimat, in „Das Deutschtum im Auslande“, 1913, S. 741.

„Es müsse deshalb vorgegangen werden gegen — wie die Diskussion wörtlich sagte — ‚das Bestreben der germanischen Rasse, die deutsche Kolonisierung zu einem System der friedlichen Eroberung der Nachbarlande auszugestalten'. Die Vorlage, die ‚ausländischen Ansiedlern, sowie nicht orthodoxen Uebersiedlern aus dem Weichselgebiete, die sich in den Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien niedergelassen haben, den Erwerb wie auch die Pacht von Grundbesitz auf dem flachen Lande verbot', ist zurückgezogen worden, weil sie in der Duma keine Mehrheit gefunden hatte und ist auch in einer neuen gemilderten Gestalt noch nicht wieder zur Verhandlung gekommen. Indem alle deutschen Abgeordneten ihr Verbleiben in der Oktoberfraktion von der Ablehnung abhängig machten, erzwangen sie diese, und darauf zog die Regierung den Entwurf zurück. Sie ist so weniger durch sich selbst bedeutsam geworden als durch ihre Wirkung. Denn sie führte zu Auseinandersetzungen in der Oktoberfraktion, in der ja auch Abgeordnete nichtrussischer Nationalität saßen, und sie führte weiterhin zu einer Lockerung dieser deutschen Bevölkerung im ganzen russischen Süden von ihrer Scholle, da die Verwaltung bereits daran ging, wenigstens an einzelnen Stellen, ungefähr in dem Sinne des — noch gar nicht Gesetz gewordenen — Entwurfes zu handeln. Diese Lockerung rief eine starke Abwanderung hervor, teilweise nach überseeischen Gebieten, z. B. Kanada, teilweise nach dem Deutschen Reich und teilweise nach den Ostseeprovinzen" [1]).

Aber auch der Süden und insbesondere die Wolgagegend wurden von der Russifizierungspolitik ergriffen. Von vornherein war die Wolgagegend am ungünstigsten gestellt, da hier die russischen Einrichtungen überall Platz griffen. Dadurch, daß man den dortigen Deutschen die Möglichkeit nahm, sich weiter auszudehnen, indem ihnen kein Land zur Verfügung gestellt wurde, hatte man viele Kolonien dem wirtschaftlichen Ruin nahe gebracht und die dort wohnenden Deutschen zur Auswanderung gezwungen. Auch gegen die deutsche Schule konnte man an der Wolga leicht vorgehen und hat sich nicht gescheut, in diesem Sinne zu wirken.

Die Deutschen in Südrußland mußten die Abkehr der russischen Regierung von den bewährten Grundsätzen eines Alexanders I. ebenfalls in stärkstem Maße empfinden. Die Berichte, die zu uns nach Deutschland gekommen sind, können natürlich nur sehr spärlich sein, da sowohl die deutschen Pfarrer als auch die deutschen Lehrer sich niemals anmaßen durften, irgend etwas darüber zu berichten.

Wie sehr auch der Süden zu leiden hatte, ergibt sich aus einer Aeußerung, die Walter Hauff [2]) anführt: „Mit Ingrimm erzählte mir ein alter Schwab, dessen Eltern aus Reichenbach bei Göppingen eingewandert waren, sie hätten sich in ihrem Dorfe für alle Fälle eine

---

1) Otto Hoetzsch, Rußland, Berlin 1913, S. 488/489.

2) Die Auswanderung der Schwaben nach Rußland im Anfange des vorigen Jahrhunderts, „Deutsche Erde", 1909, S. 111.

Kasse eingerichtet, in die jeder einzahlte, je nachdem die Ernte ausgefallen war. Eines schönen Tages hatte der Regierungsbeamte erklärt, die russische Regierung wolle die Kasse verwalten und, um dem fortgesetzten Drucke zu entgehen, hätten sie schließlich zugestimmt. Gesehen hatten sie seitdem von dem Gelde nichts mehr."

Es ist selbstverständlich, daß solche Handlungen, die sich doch wahrscheinlich in den verschiedensten deutschen Bezirken wiederholt haben, nicht ohne Einfluß auf die gesamten Deutschen in Südrußland bleiben konnten. Diese deutschen Kolonisten mußten fühlen, wie ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen wurde. Der Ton der echtrussischen Organe, die einen großen Einfluß auf die Regierung hatten, konnte auch ihnen nicht verborgen bleiben. Was für einen Eindruck mußten die Ausführungen in einer russischen Zeitschrift machen: „Wie können wir solche Menschen für unsere Mitbürger halten? Warum sitzen sie (die Kolonisten) hier, wenn ihr Herz in Berlin ist; warum drängen sie sich in unsere Mitte hinein? Wir brauchen weder sie, noch ihre Dreschmaschinen, laßt sie dahin gehen, woher sie gekommen sind." Der Ton ist hier noch gemäßigt, gegenüber den Hetzorganen, die, wie die Nowoje Wremja in ihren Haßartikeln die Ausrottung des Deutschtums in Rußland mit Haut und Haaren wollten.

In Russisch-Polen ging man daran den deutschen Schulunterricht zu untergraben. Doch all dies hätte niemals hingereicht, die deutschen Bauern so stark in Gefahr zu bringen, ihr Deutschtum zu verlieren, als die Polonisierungsbestrebungen einer Anzahl deutsch-evangelischer Pfarrer. Ein evangelischer Geistlicher schreibt hierüber: „Das Konsistorium lutherischer Konfession hatte schon bereits seit 1870 für polnische Art sich erwärmt und sein Ziel darin gesetzt, die deutschen Polen für das Polentum zu gewinnen. Während man aber damals noch in Zusammenstellungen, welche unter Mitwirkung der Geistlichkeit zustande gekommen war, die polonisierten Deutschen jämmerliche Zwittergestalten nannte, die von den Nationalpolen nicht als Polen anerkannt und von den Deutschen bemitleidet, wenn nicht verachtet wurden, wenn damals die Pastoren selbst im Gegensatze zum Konsistorium gegen Katholisierung, aber auch gegen Polonisierungsversuche in den deutschen Schulen protestierten, so sind Urteil und Geschmack darin heute ja anders geworden" [1]). Arthur Rohde [2]) hat in seiner Schrift Zeugnisse von Deutschen dafür angeführt, die beweisen, wie der evangelische Pfarrer überall versucht, die polnische Sprache zur Herrschaft zu bringen. Er stellt die Namen von 61 deutschen evangelischen Pfarrern zusammen, von denen nur 10 als deutsch zu bezeichnen sind. Auch bietet er Beispiele dafür, wie deutsche Pastoren sich an die Spitze der revolutionären polnischen Bewegung gestellt haben, die das Weichselgebiet wieder zum Königreich Polen machen wollen.

1) Alexander Faure, Die Deutschen in Russisch-Polen, München 1907, S. 24.

2) Die evangelischen Deutschen in Russisch-Polen, ihr drohender Untergang und die Möglichkeit ihrer Rettung, Lissa i. P. 1910.

Es sind nun keineswegs diese beiden evangelischen Pfarrer, die die Polonisierungsbestrebungen der deutschen Geistlichkeit in Polen brandmarken, sondern auch ein so unbefangener Beurteiler, wie Georg Cleinow[1]), der die polnischen Verhältnisse sehr genau kennt, kommt zu demselben Urteil.

II. Die bisher stattgefundene Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche.

1. Die von der Ansiedlungskommission angesetzten Rückwandrer.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier an dieser Stelle die ganze Entstehung und Entwicklung der neupreußischen Kolonisation in den Provinzen Westpreußen und Posen zu schildern.

Aber trotz dieser Voraussetzung wird einiges hervorgehoben werden müssen, um ein rechtes Bild von den von der Ansiedlungskommission angesetzten Auslanddeutschen zu erhalten. So wird man nicht umhin können, in kurzen Strichen den Hintergrund zu zeichnen, auf dem sich die Ansiedlungstätigkeit abspielt.

Das Ansiedlungsgesetz ist hervorgegangen aus der Erkenntnis der Polengefahr, die für den preußischen Staat besteht. „Wer sie noch leugnet, hat", wie der Historiker Martin Spahn schreibt, „entweder keinen Einblick in die Verhältnisse, oder es geht ihm die Fähigkeit ab, die politische Lage und die Erfordernisse eines Staates zutreffend zu erwägen"[2]). Spahn fährt in seinem Aufsatze dann weiter fort, daß sich der preußische Staat den Polen gegenüber in der Defensive befindet.

Aus dieser Erkenntnis der Defensivstellung heraus erließ Otto v. Bismarck das Ansiedlungsgesetz im Jahre 1886. Die Ziele des Gesetzes werden am prägnantesten in dem Satze zum Ausdruck gebracht: „Zur Stärkung und Vermehrung des deutschen Elementes gegen polonisierende Bestrebungen sollen deutsche Bauern und Arbeiter angesiedelt werden". Bismarck hat den Sinn des Gesetzes in seiner großen Polenrede in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Januar 1886 mit den Worten bezeichnet, die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst zum Vorteil der Deutschen zu bessern.

Nationalpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen im Dienste der Vermehrung des Deutschtums in den beiden Ansiedlungsprovinzen ergriffen werden oder, wie v. Both[3]) gesagt hat, die polnische Frage soll im Wege der inneren Kolonisation gelöst werden. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß die Zukunft

---

1) In: Die Zukunft Polens, Bd. 1, S. 133/35.

2) Martin Spahn, Beitrag zur Polenpolitik, in der Zeitschrift „Hochland", Jahrgang 1908, zitiert nach Joh. Altkemper, Deutschtum und Polentum, Leipzig 1910, S. 59.

3) v. Both, Die staatliche Ansiedlungstätigkeit in Westpreußen und Posen, in „Die Ostmark", herausgegeben von Mitscherlich, Leipzig 1911, S. 75.

eines Volkstums auf der bäuerlichen Unterschicht im weitesten Sinne des Wortes beruht.

Der Entwurf des Ansiedlungsgesetzes sieht die Ansetzung von 40000 Deutschen als zweckentsprechend vor. Gleich zu Beginn der Ansiedlungstätigkeit erhob sich die Frage, woher Kolonisten nehmen. „Man dachte an westfälische Bauernsöhne, an die Schwaben Friedrichs des Großen, daneben an einheimische auswandernde Landwirte“ [1]).

Auch eine Aeußerung des Landwirtschaftsministers v. Lucius in den Landtagsverhandlungen am 22. Februar 1886 bestätigt diese Ansicht: „Auf der anderen Seite ist es etwas, was durch die ganze letzte Generation hindurchgeht, daß man erkennt, daß es wünschenswert ist, daß einem Teil unserer überflüssigen Kräfte, der sich jetzt der Auswanderung zuwendet, die Gelegenheit in der Heimat geboten wird, sich hier ansässig und seßhaft zu machen“ [2]).

Aber alle diese Voraussetzungen gingen nicht in Erfüllung. Es fehlte in der Tat in Deutschland an geeigneten Ansiedlungslustigen für die neupreußische Kolonisation in den polnischen Gebieten. Von vornherein ging selbstverständlich die Absicht der Regierung dahin, die Zahl der Deutschen in den Ansiedlungsprovinzen zu vermehren. Es sollten demnach weniger Einheimische aus Westpreußen und Posen angesiedelt werden, als vielmehr Deutsche aus den übrigen preußischen Provinzen und deutschen Staaten. Doch notgedrungen mußte sich die Ansiedlungskommission in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit damit abfinden, mehr als die Hälfte ihrer Ansiedler aus den Provinzen Posen und Westpreußen zu nehmen. Bis zum Jahre 1888 betrug der Prozentsatz der aus den Ansiedlungsprovinzen Gebürtigen 53, und auch in den nächstfolgenden Jahren, bis zum Jahre 1896, machten die Ansiedler aus den Ansiedlungsprovinzen mehr als über 40 Proz. aus. Dabei fand noch eine Beschränkung in der Ansiedlung statt. Es wurden jährlich nur 200 Familien angesiedelt.

Die Werbekraft der Ansiedlungskommission bei dem deutschen Bauerntum unseres Vaterlandes war gering. Erst Ende der 90er Jahre mehrten sich die Ansiedler aus dem Westen. Aber auch damit gelang es der Ansiedlungskommission keineswegs, die Zahl der Ansiedler über durchschnittlich 500 bis zum Jahre 1902 zu vermehren. Eine verstärkte Ansiedlungstätigkeit trat erst seit 1902/03 ein, als Rückwandrer in größerer Zahl angesiedelt wurden. Wohl waren auch schon bereits in den Jahren vorher Auslanddeutsche von der Ansiedlungskommission angesetzt worden, doch betrug ihr Prozentsatz unter der Zahl der Ansiedler im Durchschnitt 12. Im Jahre 1903 jedoch wurden 460 Auslanddeutsche unter 1476 Ansiedlern oder 31,7 Proz. angesiedelt. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der Auslanddeutschen 377 unter 1480, im Jahre 1905 639 unter 1527

1) Gustav v. Heyer, Die Entwicklung des Ansiedlungsgedankens, in „25 Jahre Ansiedlung“, Lissa i. P. 1911, S. 8.

2) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Herausgegeben von der Ansiedlungskommission Berlin 1907, S. 16.

oder 41,8 Proz., im Jahre 1906 514 unter 1568 oder 32,8 Proz. Bis zum Jahre 1906 betrug die Zahl der Auslanddeutschen 2435 bei insgesamt 11957 Ansiedlern; ihr prozentualer Anteil war 20,4. In den folgenden Jahren wurden erheblich mehr Auslanddeutsche angesetzt als in den früheren Jahren. Im Jahre 1907 waren es 676 Rückwandrer unter 1660 Ansiedlern, im Jahre 1908 594 unter 1526, im Jahre 1909 454 unter 1386, im Jahre 1910 353 unter 1598, im Jahre 1911 437 unter 1443.

Seit dem Jahre 1912 läßt die Ansiedlungstätigkeit beträchtlich nach; es betrug in diesem Jahre die Zahl der angesetzten Personen nur 864, darunter 249 Rückwandrer und im folgenden Jahre 1913 sogar nur 823, worunter 247 Rückwandrer waren. Im Kriegsjahre 1914 befanden sich 91 Auslanddeutsche unter den 426 Ansiedlern [1]).

Von sämtlichen angesetzten Renten- und Pachtansiedlern stammen aus den Ansiedlungsprovinzen 5706 = 26,3 Proz., aus dem übrigen Deutschland 10550 = 48,7 Proz., aus dem Auslanddeutschtum 5480 = 25 Proz. Unter der Gesamtzahl von 21683 Ansiedlern nehmen also die Auslanddeutschen den vierten Teil ein.

Bei einer Betrachtung der Arbeiter und Handwerker, die sich in den Ansiedlungsdörfern und Ansiedlungen befinden, ist zu unterscheiden, ob es sich um Leute handelt, die auf eigenem Grund und Boden oder auf Gütern, die noch im Großbetrieb bewirtschaftet wurden, angesiedelt sind, oder ob sie bei den Ansiedlern Wohnung haben.

Die Ansiedlungskommission hat vom Jahre 1886—1900 wenig Wert auf die Gründung von selbständigen Arbeiterstellen gelegt. Ihre Zahl betrug bis zum Jahre 1900 nur 436; darunter befinden sich auch sehr viele Handwerkerstellen. Diese 436 Stellen sind selbstverständlich, da es sich um Rentengüter handelt, unter der oben angegebenen Zahl von Renten- und Pachtansiedlern enthalten. Wie hoch die Zahl der Rückwandrer, die als Arbeiter angesiedelt sind, ist, läßt sich nicht genau sagen, doch ist anzunehmen, daß wenigstens die Hälfte von diesen 436 Stellen von Rückwandrern besetzt sind.

Seit 1900 gründete die Ansiedlungskommission Arbeitermietstellen, wofür die Mieter 100—120 Mark Mietzins jährlich zu zahlen hatten. Diese Arbeitermietstellen wurden hauptsächlich im Interesse der Rückwandrer geschaffen. Bis zum Jahre 1907 bestanden 806 Mietwohnungen in 458 Häusern [2]), die zur Hälfte von Rückwandrern besetzt waren. Selbstverständlich werden diese Arbeitermietstellen nicht als Renten- oder Pachtstellen bezeichnet.

Seit dem Jahre 1907 sah sich die Ansiedlungskommission veranlaßt, das System der Auslegung von Arbeitermietstellen einzustellen.

1) Auf Grund der Jahresberichte der Ansiedlungskommission.

2) Diese Zahlen sind von Gaede in seinem Aufsatz: „Innere Kolonisation und Kleinwohnungswesen in der Ostmark", in der Zeitschrift „Das Land", Jahrg. 21, Berlin 1912, S. 402, angegeben.

Derartige Arbeiterstellen werden allmählich in Rentengüter umgewandelt, so daß Ende 1914 nur noch 104 Wohnungen vermietet waren.

Seit 1907 wurde jedoch von den Rentengütern ein höherer Prozentsatz wie bisher, als Arbeiterstellen ausgelegt. Bis Ende 1909 wurden ca. 900 Arbeiter-Rentenstellen zu Eigentum gegen Rente gegründet. Der Anteil der Rückwandrer daran beträgt 30,4 Proz. (nach den Untersuchungen von Gaede) [1]). Nach dem letzten Jahresberichte von 1914 sind insgesamt 2426 Häuslerstellen zu Rente vergeben worden. Im allgemeinen wird sich wohl der von Gaede angegebene Prozentsatz der Rückwandrer gehalten haben. Es wären demnach ungefähr $^1/_3$ dieser Stellen im Besitze von Rückwandrern. Da alle diese Arbeiterstellen Rentengüter sind, so sind sie selbstverständlich in der oben angegebenen Zahl der Renten- und Pachtansiedler enthalten. Man erhält dadurch eine ungefähre Angabe, wie viele von den 5427 als Renten- oder Pachtansiedler angesetzten Rückwandrern Arbeiterstellen innehaben. Nach unserer angegebenen Berechnung wären demnach ca. 800 von den 5427 Rückwandrern auf Arbeiterstellen angesetzt.

Weiterhin befinden sich aber auch noch 635 Rückwandrerfamilien in Ansiedlungsdörfern und Ansiedlungen bei Ansiedlern. Meist haben die Rückwandreransiedler sich ihre Leute aus der Heimat mitgebracht.

Außerdem fanden sehr viele Rückwandrer auf den Ansiedlungsgütern, solange diese im Großbetrieb bewirtschaftet wurden, Anstellung als Arbeiter und Handwerker. Leider hat die Ansiedlungskommission über diese Zahl der deutschen Arbeiter auf ihren Gütern erst in der letzten Zeit genauere Zahlen angegeben. Wenn auch die Zahl der Arbeiter stets schwankt und abnehmen muß von dem Zeitpunkte an, wo das Gut aufgeteilt wird, so wäre dennoch eine Angabe für die einzelnen Jahre recht wünschenswert. Aber schließlich erhält man ja auch ein Bild, wenn man einige Jahre herausgreift. So befanden sich Ende 1909 1769 deutsche Arbeiter- und Handwerkerfamilien und 331 ledige deutsche Arbeiter auf den Ansiedlungsgütern; davon betrug die Zahl der Rückwandrerfamilien 1052, dazu kamen noch 149 ledige Rückwandrer. Im Jahre 1910 wurden 1494 Arbeiterfamilien und 334 ledige Arbeiter auf den Ansiedlungsgütern beschäftigt; darunter waren 908 Rückwandrerfamilien und 169 ledige Rückwandrer. In dem letzten Berichte über das Jahr 1914 hat die Ansiedlungskommission keine Zahlen über die von ihr beschäftigten Arbeiter angegeben.

Die Herkunft der Rückwandrer läßt sich leider nur bei den Renten- und Pachtansiedlern angeben, auch hier handelt es sich nur um eine ungefähre Angabe. Von diesen ca. 5480 Rückwandrern stammen aus Rußland 4900, aus Galizien 500 und aus Ungarn 80.

1) Gaede, Ergebnis einer Untersuchung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Arbeiter-Rentenstellen der Ansiedlungskommission. Drucksache zu No. 2 der Tagesordnung der Sitzung der Ansiedlungskommission vom 29. Januar 1912 (ohne Seitenzahlen).

Die Ansiedlungskommission gibt mir als aus Russisch-Polen stammend ca. 3540 Familien an; die übrigen aus Rußland gebürtigen Familien verteilen sich auf Wolhynien, Südrußland und die Wolgagegend. Jedoch nehmen darunter die aus Wolhynien Stammenden den größten Prozentsatz ein. Die südrussischen und Wolga-Deutschen sind gering an Zahl vertreten.

Es ist nun interessant zu sehen, wie diese Rückwandrer zur Ansiedlungskommission gekommen sind. Im allgemeinen hat eine Werbung stattgefunden, um unter den Auslanddeutschen die Rückwanderung nach den Ansiedlungsprovinzen anzuregen.

Eine Ausnahme machen jedoch mehrere deutsch-russische Familien, die im Jahre 1887, also gleich zu Beginn der Ansiedlungstätigkeit, in Bobrau im Kreise Straßburg als Pächter angesetzt wurden. „Die Leute, welche sich mit einer Bittschrift an Fürst Bismarck gewandt haben, besaßen nicht das Geringste an Hab und Gut und wurden daher seitens der Ansiedlungskommission mit einem Vorschuß von 2000 M. versehen, wofür sie sich das lebende und tote Inventar anschaffen konnten“ [1]).

Aber diese Leute haben auch keine weiteren Deutschen aus Rußland nachgezogen. Erst durch die Werbung der Landbank hat die Ansiedlungskommission einen stärkeren Zuzug von deutsch-russischen Rückwanderern erhalten. Die Landbank ist 1895, wie Ludwig Bernhard [2]) ausführt, im engen Bunde mit den Führern des Deutschen Ostmarkenvereins gegründet worden. Nach Stumpfe [3]) verdankt die Ansiedlungskommission einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres Zuzuges aus Rußland der Agitation der Landbank und ihres Hauptagenten Moses. Stumpfe schreibt: „Ich habe mehrere deutsch-russische Kolonisten der Ansiedlungskommission gefragt, wodurch sie in ihre neue Heimat gekommen sind, und habe die Antwort erhalten, sie hätten sich bei der Landbank ankaufen wollen, welche bei ihnen agitiert habe, und hätten erst in Deutschland von dem Bestehen der Ansiedlungskommission erfahren, bei welcher sie dann schließlich gekauft hätten.“ Die Ansicht von Stumpfe ist jedenfalls falsch, als wenn nun die überwiegende Mehrzahl der deutsch-russischen Rückwandrer durch die Landbank in die Ansiedlungsprovinzen gekommen wäre.

Weit mehr Ansiedler, als durch die Landbank, sind durch Professor Fabarius-Witzenhausen zur Ansiedlungskommission gekommen. Fabarius hat im Jahre 1898 in Coblenz den „Evangelischen Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer“ begründet und hierbei den wunderschönen Gedanken zu verwirklichen gesucht, „nach Lage der Dinge und der neueren Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland einerseits, sowie der Lage des Deutschtums in Amerika und in Osteuropa andererseits die Auswanderung und Rückwanderung so-

1) Heinrich Sohnrey, Das Ansiedlungswesen in Posen und Westpreußen, in der Zeitschrift „Das Land“, Berlin 1897, S. 265.

2) Ludwig Bernhard, Die Polenfrage, Leipzig 1910, S. 569.

3) Stumpfe, Polenfrage und Ansiedlungskommission, Berlin 1902, S. 223.

wohl theoretisch wie praktisch zusammen zu behandeln“ [1]). Fabarius gründete dann in Witzenhausen die Kolonialschule, und hier wurde der Versuch gemacht, schwäbische Kolonisten aus Südungarn und Galizien als Landarbeiter für die deutsche Landwirtschaft zum Ersatz für die polnischen und slawischen Sachsengänger herbeizuziehen.

Dies gelang in großartiger Weise. Ein Teil dieser deutschen Kolonisten wurde zur Rückwanderung nach den Ostmarken veranlaßt. „Der Festigung der durch diese Arbeit geschaffenen Beziehungen, sowie der Schaffung neuer Verbindungen galt eine im Herbst 1900 unternommene Reise von Fabarius und Aldinger nach Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Rußland und Galizien“ [2]). So wurden deutsche Kolonisten aus Südrußland und Wolhynien zur Rückwanderung veranlaßt. „Der Ansiedlungskommission wurde nahegelegt, deutsche Bauern aus Wolhynien in ihren Gebieten anzusetzen, was seither im wachsenden Maße erfolgte. Dreimal bereiste der damalige Geschäftsführer des Vereins die in Betracht kommenden Gegenden Rußlands. Durch die dankenswerte Beihilfe des Hilfsausschusses für die Notleidenden Rußlands wurden die recht beträchtlichen Mittel beschafft, die diese ganze umfangreiche und mühsame Arbeit erforderte. Frühjahr 1908 wurde in Witzenhausen bei dem evangelischen Hauptverein eine besondere Abteilung für deutsche Rückwandrer eingerichtet“ [1]). Im Jahre 1909 wurde diese Stelle aufgelöst, da der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer gegründet wurde. Jedenfalls hat Professor Fabarius eine reiche Werbetätigkeit für die Rückwanderung nach den Ansiedlungsprovinzen entfaltet. Durch ihn sind wohl 1000 Ansiedler der Ansiedlungskommission zugeführt worden.

Auch Pfarrer Rosenberg, der Gründer der Kleinsiedlungs-Genossenschaft Ostrowo, der lange Zeit in Russisch-Polen Pfarrer war, hat befruchtend auf die Auswanderung von Deutschen aus Russisch-Polen nach den Ansiedlungsprovinzen eingewirkt. Rosenberg erkannte, daß die deutschen Bauern in Russisch-Polen durch die Unterdrückung der deutschen Schule und des deutschen Gottesdienstes nicht nur durch die russischen Behörden, sondern vornehmlich auch durch die evangelische Geistlichkeit der Polonisierung anheimfallen würden. Er erließ, als er in den Ansiedlungsprovinzen Pfarrer wurde, einen Aufruf an die evangelischen Deutschen in Polen, um sie zur Rückwanderung zu bewegen. So haben sich denn viele um Erhaltung ihres Glaubens willen nach der deutschen Heimat aufgemacht und durch die Ansiedlungskommission eine Heimstätte gefunden.

Es mag vielleicht nach unseren bisherigen Berichten über die Werbungstätigkeit auffallen, daß die Ansiedlungskommission selbst keinerlei Werbung in dem Ausland unter dem Deutschtum vor-

1) Nach persönlichen Mitteilungen von Professor Fabarius.
2) Pfarrer Griesebach, Auswanderer und Wandererfürsorge, Leipzig 1910, S. 9 u. 10.

genommen hat. Stumpfe[1]) hat auch deswegen der Ansiedlungskommission starke Vorwürfe gemacht und zum Vergleiche hingewiesen auf die großartige Werbetätigkeit Friedrichs des Großen in den außerpreußischen Staaten. Aber man darf doch nicht vergessen, daß alle Verhältnisse heute ganz anders geordnet sind als zu jener Zeit. Die Ansiedlungskommission konnte keine offizielle Werbetätigkeit entfalten, da hieraus allzuleicht Konflikte mit den Regierungen entstanden wären. Es ist auch wahrscheinlich, daß bei einer derartigen Werbetätigkeit, wenn sie von der Ansiedlungskommission selbst ausgegangen wäre, der ganze Zustrom von den russischen Behörden unterdrückt worden wäre.

Darüber kann gar kein Zweifel sein, daß der erste Präsident der Ansiedlungskommission, v. Wittenburg, sofort klaren Blickes die Bedeutung des Auslanddeutschtums für die Zwecke der Ansiedlung erkannte und sich auch die Werbetätigkeit nutzbar machte. Dies war aber doch die Hauptsache. Es lag ganz und gar in der alldeutschen Natur des Präsidenten v. Wittenburg begründet, den Brüdern im Auslande eine Heimstätte in den Ansiedlungsprovinzen zu bereiten. So manches Aktenstück ruht noch in den Schränken der Ansiedlungskommission, das beweist, wie Wittenburg die Uebersiedlung der deutschen Rückwandrer durchführte.

Aber auch die direkte Werbung hat die Ansiedlungskommission in gewissem Sinne dennoch unterstützt. Sie hat sich in Verbindung gesetzt mit den in Odessa, Kiew, Moskau und in Warschau befindlichen deutschen Hilfskomitees, die sich der Rückwandrer annahmen[2]).

Aber man unterschätze auch nicht neben der direkten Werbung die Bedeutung der indirekten Werbung. Die bereits in den Ansiedlungsprovinzen angesetzten Rückwandrer haben doch ihre Verwandten und Bekannten von ihrem Schicksale in der deutschen Heimat benachrichtigt und ihnen erzählt von den geordneten Zuständen im Deutschen Reiche, von der schönen Aufnahme, die sie in ihrem alten Vaterlande gefunden haben. Sie haben die Berichte der Ansiedlungskommission mitgeschickt, die von dem Neuland, das in Deutschland vorhanden ist, Zeugnis ablegen sollten. Auf diese Weise sind Tausende zur Rückwanderung nach dem Deutschen Reiche geworben worden.

Aber bei der Werbung allein darf es ja nicht bleiben; die Hauptsache ist die Ansiedlung. Es ist klar, daß nicht jeder Rückwandrer genommen werden konnte. Zuerst mußte er einen Fragebogen ausfüllen. Schon dadurch erhielt die Ansiedlungskommission einen gewissen Ueberblick darüber, ob er für die deutschen Verhältnisse geeignet war. Aber das allein konnte nicht genügen. Man wird erst recht das Risiko, das die Ansiedlungskommission bei der Ansetzung von Rückwandrern übernahm, erkennen, wenn man die Ansiedlung von Reichsdeutschen damit vergleicht. Bei diesen einheimischen

1) a. a. O. S. 208 und folgende.

2) Vgl. hierzu die von der Ansiedlungskommission in zwangloser Reihenfolge herausgegebenen Flugschriften „Neues Bauernland".

Bewerbern konnte die Ansiedlungskommission, um Sicherheit zu haben, einen wirklich brauchbaren Ansiedler anzusetzen, bei dem Landrate, bei dem Bürgermeister oder sonst einer Behörde Erkundigungen einziehen. Bei jedem Rückwandrer fiel aber derartiges von vornherein weg, da es eine solche Auskunftsstelle nicht gab, und das Risiko mußte noch größer sein, da „anfangs sehr viele schiffbrüchige Existenzen, Grundstücksspekulanten und Angehörige von Gesellschaftsschichten, die der körperlichen Arbeit ungewohnt sind, in großer Zahl die Ansiedlungskommission mit Ansiedlungsanträgen bestürmten. Erst allmählich ließ sich der Bedarf aus Leuten zusammenziehen, die aus dem eigentlichen Bauernstande oder aus der ländlichen Arbeiterbevölkerung hervorgegangen und darin verblieben waren oder dahin zurückzukehren wünschten“ [1]). Wenn man alles dieses berücksichtigt, so wird man erst klar erkennen, was für ein weitschauendes Verständnis der erste Präsident, v. Wittenburg, an den Tag legte, als er deutsche Rückwandrer ansiedelte. Hier siegte das warme Nationalgefühl über alle bureaukratischen Engherzigkeiten, die Zweifel an dem Werte und der Bedeutung der Rückwandrer erhoben.

Die Ansetzung der Rückwandrer erfolgte nun, wie sich bereits aus unseren Darlegungen ergibt, in dreifacher Weise: 1) als Rentenstellenbesitzer, 2) als Pachtansiedler, 3) als Arbeiter auf Ansiedlungsgütern. Im allgemeinen werden bei der Entscheidung, welche Art der Ansiedlung für den Rückwandrer geeignet ist, die bisherige Tätigkeit und das mitgebrachte Kapital ausschlaggebend sein. Ob Arbeiter oder Ansiedler, darüber wird sich ja sehr leicht auf Grund von einigen Unterlagen die Entscheidung fällen lassen. Sehr oft haben die Rückwandrer auf Ansiedlungsgütern, die im Großbetrieb bewirtschaftet wurden, sich das genügende Vermögen erspart, um eine selbständige Stelle zu erwerben.

Zur Ansetzung als Rentenansiedler bedarf es natürlich einer entsprechenden Geldsumme, die je nach der Größe des Gutes verschieden ist. Es ist dazu ein Vermögen von wenigstens 3500 M. erforderlich.

Für die Ansetzung vieler Rückwandrer hat aber die Ansiedlungskommission eine neue Art der Ansiedlung angewandt: die Ueberlassung in Zeitpacht. „Es wurden so die Rückwandrer angesiedelt, die wenig Kapital, aber große Landansprüche mitbrachten und die angesiedelt werden mußten, wenn man sie nicht der Auswanderung über See preisgeben wollte“ [2]), so hat die Denkschrift der Ansiedlungskommission die Entstehung der Pachtansiedlung motiviert. Zum Erwerb einer Pachtstelle sind 2500 M. erforderlich. Bis 1914 waren 2288 Pachtstellen vergeben worden. Wie hoch der Anteil der Rückwandrer daran ist, läßt sich leider nicht angeben.

Eine weitere, höchst wichtige Frage besteht darin, ob die Auslanddeutschen mit Einheimischen vermischt, oder gesondert für sich an-

1) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, a. a. O. S. 65.
2) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, a. a. O. S. 69.

gesiedelt werden sollen. Für diese erstere Art der Ansetzung spricht, daß die Rückwandrer so am besten in die deutschen Verhältnisse eingewöhnt werden. Nach der Ansiedlungskommission besteht „in landsmännisch geschlossenen Ansiedlungen die Gefahr, daß die Ansiedler zu eigensinnig bei ihren einheimischen Gewohnheiten beharren und versauern“ [1]). Der Kolonisator wird auch mit der fernen Zukunft rechnen müssen und im Auge behalten, daß durch die allmähliche Vermischung der Auslanddeutschen und der verschiedenen deutschen Volksstämme ein neuer Bauernschlag entsteht.

Freilich bestehen gegen diese Mischung der Ansiedler ganz erhebliche Bedenken. Die Ansiedler vermischen sich nicht so schnell, wie angenommen wird, mit den Einheimischen. Ueberhaupt stehen sie sich bisweilen fremd gegenüber, wenn sie aus den verschiedensten Gegenden zusammengewürfelt sind. In der „Ostmark“ hat ein Kundiger nicht mit Unrecht gesagt: „Der Deutsche hängt weniger an der Scholle, doch stark an der Sippe. Wo er letztere findet, wird er immer gern hingehen. Ein junger Schwabe, der Lust hat auszuwandern, wird nicht mehr so leicht nach Amerika gehen, sondern unter gleichen Bedingungen lieber seine Volksgenossen in der Ostmark aufsuchen“ [2]). Auch Mathäi hat für das Gedeihen der deutschen Kolonien in Rußland als Voraussetzung die gemeinsame Herkunft der Ansiedler angesehen: „Mustern wir der Reihe nach sämtliche deutschen Kolonien Rußlands und Ungarns, so werden wir finden, daß diejenigen unter ihnen am besten gediehen sind, sich am raschesten zu einem dauernden Wohlstande emporgeschwungen haben, deren ursprüngliche Ansiedler in ihrer Heimat ein und demselben Landesstamme, ein und derselben Konfession angehört haben. . . . . Selbst das Band einer gemeinsamen Konfession ist nicht genügend, das Gedeihen einer Kolonie zu sichern, wenn nicht auch deren Bewohner ein und demselben Volksstamme, womöglich auch ein und derselben Gegend angehören“ [3]).

An diesen beiden Aeußerungen wird man nicht vorübergehen können, ohne das Werk der Ansiedlungen erheblich zu schädigen. So hat auch die Ansiedlungskommission trotz ihres Bestrebens, die verschiedenen Landsmannschaften und insbesondere auch die Rückwandrer zu mischen, dennoch die Rückwandrer nicht allzuweit getrennt voneinander angesiedelt. Es befinden sich meist in einer Ansiedlung mehrere Rückwandrerfamlien aus derselben Gegend zusammen. Freilich ist es nicht immer durchgeführt worden, die einzelnen Rückwandrer zusammen anzusiedeln, da man sich allzusehr von dem Prinzip der gemischten Ansiedlung leiten ließ. Daß dadurch die Rückwandrer sich nicht recht wohl fühlen, bedarf weiter keiner Worte. Aber zugunsten der Siedlungstätigkeit der Ansiedlungskommission könnte man einwenden, daß nur so die Rückwandrer in die deutsche Kultur eingefügt werden konnten.

1) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, a. a. O. S. 67.

2) Ein Beitrag zur Ostmarkenpolitik von einem katholischen Westdeutschen, in der Zeitschrift „Die Ostmark“, Berlin 1906 S. 120.

3) Mathäi, a. a. O. S. 221.

Bereits bei der Mischung der Auslanddeutschen mit den Einheimischen spielte schon die Eingewöhnung in die deutschen Verhältnisse eine große Rolle. Hier liegt ein schwieriges Problem in der ganzen Ansiedlung der Rückwandrer. Der Auslanddeutsche ist wie eine Pflanze aus dem Erdreich, in dem sie fest wurzelte, herausgerissen. Wenn er auch im Auslande gelebt hat, so hat er doch durch seine deutsche Umgebung das Fleckchen Erde, auf dem er hauste, lieb gewonnen. An dieser seiner Heimaterde hängt auch der deutsche Bauer im Ausland. Wilhelm von Polenz hat die ganze Tragik des von seiner Väterscholle losgelösten Bauern in seinem Romane: „Der Büttnerbauer" geschildert. Etwas von dieser Tragik des Büttnerbauern liegt auch in dem deutschen Rückwandrer, der nun in sein altes Heimatland zurückkehrt, doch in eine Gegend kommt, die ihm durch und durch fremd ist. Es ist eine schwere Kunst, dem Auslanddeutschen eine neue Heimat zu schaffen. Man muß auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse und seinen seelischen Zustand Rücksicht nehmen. Wird dies in allzu grober Weise vernachlässigt, so kommt es eben bisweilen vor, daß der Rückwandrer bei Nacht und Nebel davonläuft, ganz unabhängig davon, ob er bereits eine Anzahlung geleistet hat oder nicht.

Man wird der Ansiedlungskommission unbedingt das Lob aussprechen müssen, daß sie es verstanden hat, den Rückwandrer in die deutschen Verhältnisse einzugewöhnen. So schwierig der Anfang ist, ebenso notwendig ist es, daß gerade diese Schwierigkeiten überwunden werden, da hierin das rechte Gedeihen der Ansiedlungen begründet ist. Die Hauptlast für die Eingewöhnung der Auslanddeutschen ruht auf den Schultern der Gutsverwalter. Von Both hebt dies mit Recht hervor: „Wenn man die Arbeiten der Ansiedlungskommission richtig würdigen will, muß man auch der mühevollen und an Verantwortung reichen Tätigkeit der Gutsverwalter gedenken. Sie stehen in vorderster Linie; sie haben die landwirtschaftliche Verwaltung zu führen und die Besiedlung zu machen, mit den Ansiedlern zu verhandeln, ihre vielfachen Wünsche an erster Stelle entgegenzunehmen, den Aufbau der Gehöfte und die Einrichtung der kleinen Wirtschaften zu unterstützen, kurz: überall mit Rat und Tat beizustehen. Sie sind die vielgeplagten Väter ihrer Ansiedler. Von der Tüchtigkeit und dem Interesse des Gutsverwalters hängt das Gedeihen einer Ansiedlung vielfach ab. Wer es verstanden hat, wohlwollend und unparteiisch die Besiedlung durchzuführen, den begleitet sein Leben hindurch das dankbare Gedenken seiner Ansiedler" [1]).

Daß die Gutsverwalter diese ihre Tätigkeit im Dienste der Auslanddeutschen recht durchgeführt haben, darüber unterrichtet ein Brief eines Rückwandrers, der schreibt: „Der liebe Herr Verwalter K. ist wie ein Vater zu uns gewesen, er hat uns in jeder Weise

1) Heinrich v. Both, in 25 Jahre Ansiedlung, a. a. O., S. 21.

immer gütig und freundlich mit Rat und Tat in vielen Schwierigkeiten beigestanden, wir sind ihm sehr, sehr dankbar“)[1].

Freilich darf es auch hier nicht verschwiegen werden, daß bisweilen juristischer Formalismus der Referenten den Verwaltern ihre Tätigkeit im Dienste der Eingewöhnung der Rückwandrer erschwerte. Vom grauen Aktentisch aus läßt sich eben keine Entscheidung treffen, die allein aus praktischen Erfahrungen heraus getroffen werden kann.

Vor allem halte ich aber eine Tatsache bei der Eingewöhnung der Rückwandrer für sehr wertvoll: die Fürsorge geeigneter Geistlichen. Wir haben in den Ansiedlungsprovinzen fünf Pfarrer, die früher in deutschen Kolonien in Rußland tätig waren. Es sind dies in der Provinz Posen die Pfarrer Rosenberg in Kempen, Hänschke in Wilhelmsau und Althausen in Raschkow, in Westpreußen zwei Brüder v. Wilbert. Es kann keine Frage sein, daß die Tätigkeit solcher Männer, die die ganzen Verhältnisse der Rückwandrer in der alten Heimat genau kennen, überaus segensreich ist. Ich habe aus dem Munde manches Rückwandrers gehört, daß sie in diesen Pfarrern die rechten Ratgeber für ihre Bedürfnisse gefunden haben.

Keineswegs möchte ich damit sagen, daß nun die einheimischen deutschen Pfarrer nicht fähig wären, sich in die Seele der Auslanddeutschen zu versetzen, aber immerhin wird es ihnen erheblich schwerer. Es vermag eindringlicher Eifer oft nicht das zu ersetzen, was allein die lebendige Anschauung kann.

Auch die Brüdergemeinde hat großen Einfluß auf die Rückwandrer und läßt sie sehr schnell die deutschen Verhältnisse liebgewinnen. Meist waren schon in Rußland die deutschen Kolonisten Freunde oder Anhänger der Brüdergemeinde und haben sich dann in den Ansiedlungsprovinzen wieder zusammengefunden. Durch die Brüdergemeinde wird insbesondere ein inniges Zusammenleben der Rückwandrer mit den Einheimischen gefördert. Dies ist umso notwendiger, da sich vielfach die deutschen Bauern den Rückwandrern gegenüber abschließen.

Vielfach werden die Auslanddeutschen von den Einheimischen als Fremdlinge angesehen. Auch im Laufe der Zeit will sich keine rechte Harmonie herstellen lassen. Wohl hat v. Both[2]) hervorgehoben, daß sich erfreulicherweise die Ehen von Einheimischen und Rückwandrern mehren, aber ich glaube dennoch, daß sich leider die Einheimischen mit den Rückwandrern nicht recht zusammenfinden wollen. Nun ist ja auch freilich nicht zu verkennen, daß die Zeit noch zu kurz ist, seitdem sich die Rückwandrer auf deutschem Boden befinden, um hierüber ein endgültiges Urteil fällen zu wollen.

Mit diesem selben Vorbehalt, wie hier bei dem Verhältnis der Einheimischen zu den Rückwandrern, könnte man ebenfalls eine

---

1) In der Flugschrift „Neues Bauernland“, 1908.
2) In „Die deutsche Ostmark“, a. a. O. S. 429.

Betrachtung der wirtschaftlichen Fähigkeiten der Rückwandrer beginnen. Es ist nicht uninteressant, daß die Urteile der Zeitgenossen über die hohenzollernsche Kolonisation dieser gegenüber vollständig absprechend waren. Ja, hervorragende Männer gingen soweit, die Ansetzung von Nichtpreußen als vollständig verfehlt anzusehen [1]). So weit ist nun meines Wissens noch kein Beurteiler der Rückwandrer gegangen. Jedenfalls hüte man sich, diejenigen als kompetent anzusehen, die auf Grund einer flüchtigen Reise durch die Ansiedlungsprovinzen oder womöglich gar auf Grund der ersten Einblicke in die Ansiedlung von Rückwandrern die Fähigkeiten der Rückwandrer recht beurteilen zu können glauben.

Auch halte ich es für verfehlt, die Auslanddeutschen ganz allein nach dem Orte ihrer Herkunft in bestimmte Kategorien einzuteilen. Es gibt doch in den verschiedensten Gegenden Rußlands und Galiziens eben Tüchtige und Untüchtige. Aber dies hindert jedoch nicht, auszusprechen, daß die Ansiedlungskommission mit den Deutschen aus der Wolgagegend die schlechtesten Erfahrungen gemacht hat.

Will man ein Gesamturteil über die Auslanddeutschen abgeben, die bei der Ansiedelungskommission untergekommen sind, so wird man nicht umhin können, anzuerkennen, daß sich zwischen Rückwandrern und Einheimischen eigentlich im Grunde genommen gar kein Unterschied in bezug auf die wirtschaftlichen Fähigkeiten feststellen läßt. Gewiß, in den ersten Jahren, ja vielfach nur in den ersten Monaten, müssen sich die Rückwandrer in die ganz anderen landwirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands eingewöhnen, aber dies geschieht eben sehr rasch.

Bei aller Zurückhaltung hat bereits 1906 die Ansiedlungskommission über die Rückwandrer folgendes Urteil fällen können: „Die Ansiedlung deutscher Rückwandrer aus Rußland bedeutet zwar vielfach die Einfügung einer von der hiesigen sehr verschiedenen niedrigeren Kultur in die geordneten Verhältnisse der Ansiedlungsprovinzen. Diese Rückwandrer haben sich aber bisher als bildungsfähig erwiesen, allgemein und namentlich, was den landwirtschaftlichen Betrieb anlangt“ [2]).

Daß die Ansiedlungskommission mit den Rückwandrern zufrieden war, geht auch daraus hervor, daß sich von Jahr zu Jahr die Zahl der angesetzten Rückwandrer vermehrte. Es ist in keiner Weise hier ein Rückschlag eingetreten.

Ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit zeigen auch die Rückwandrer ganz besonders als Pachtansiedler. Es wurde bereits hervorgehoben, daß dieses System ganz besonders zur Ansetzung von Rückwandrern angewandt wurde. Diese Pächter haben der Ansiedlungskommission das Entgegenkommen, mit dem sie bedacht wurden, in reichstem Maße gedankt. Alljährlich gehen meist über 200 Pachtstellen in den

---

1) Vgl, Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, a. a. O. S. 7/8.
2) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, a. a. O. S. 67.

Besitz zu Eigentum über. So handelt es sich denn bei der ganzen Pachtansiedlung tatsächlich um Pächter, die allmählich sich das Geld zum Erwerb ihrer Stelle ersparen.

Ganz besonders bewährten sich aber die auf Ansiedlungsgütern untergebrachten Rückwandrer. Die meisten dieser Rückwandrer ersparten sich ein kleines Vermögen, um so in den Besitz einer Arbeiter-Rentenstelle zu kommen. Selbst ein so kritischer Beobachter wie Belgard, der im allgemeinen die Ansiedlung von Rückwandrern in den Ansiedlungsprovinzen als mißlungen ansieht, kann nicht umhin, dennoch folgendes Urteil über die Rückwandrer als Arbeiter auf Ansiedlungsgütern zu fällen: „Allerdings findet man nicht selten fleißige Leute unter ihnen, die sich vor keiner Arbeit scheuen; so fand ich sie verschiedentlich auf Ansiedlungsgütern in Großbetrieb-Arbeiten, um sich dann mit den Ersparnissen einiger Jahre ein Anwesen zu gründen“ [1]).

Gaede spricht sich in seinen Untersuchungen über die Rückwandrer als Arbeiter folgendermaßen aus: „In den ersten Jahren der Rückwanderung aus Rußland erschien es sehr fraglich, ob es gelingen würde, Rückwandrer in den Ansiedlungsprovinzen als Arbeiter seßhaft zu machen. Denn die Leute hatten in Rußland, wo die Bodenerträge bei extensivster Wirtschaft ausgereicht hatten, das Leben zu fristen, bei wenig Arbeit gut gelebt und zeigten wenig Neigung, die hohen Anforderungen zu erfüllen, die neuzeitliche Bodenkultur und Viehpflege an den Landarbeiter stellen. Durch die Beschäftigung auf Ansiedlungsgütern ist ihnen das Einleben in die deutschen Verhältnisse erleichtert worden und durch die Gewährung von Prämien für den späteren Erwerb einer Ansiedlerstelle ist es gelungen, eine große Anzahl Rückwandrerfamilien in den Ansiedlungsprovinzen festzuhalten, die sonst in das außereuropäische Ausland, insbesondere Amerika abgewandert wären. Ihnen sind weitere Familien aus dem Arbeiterstande gefolgt, so daß jetzt in jedem Jahre eine größere Anzahl von Arbeiterrentenstellen an Rückwandrer vergeben werden kann“ [2]).

Wie sehr aber auch die sofort als Rentenstellenbesitzer angesetzten Rückwandrer es verstanden haben, ihre Stelle recht zu bewirtschaften und einen großen Ertrag herauszuarbeiten, habe ich von manchem Gutsverwalter gehört. Da sind sehr viele Rückwandrer, die sich das Geld geliehen hatten, das zum Erwerb einer Stelle notwendig war. Sie haben die geliehene Summe im Laufe der Zeit nicht nur zurückgeben können und sich dadurch ein schuldenfreies Dasein geschaffen, sondern sie haben es noch fertig gebracht, für Söhne oder Schwiegersöhne ein Rentengut in den Ansiedlungsprovinzen zu kaufen.

Auch sind einige Restgüter größeren Umfanges von Rückwandrern gekauft worden. Auch hier haben sie sich als Gutsbesitzer vollauf bewährt.

1) Martin Belgard, Parzellierung und innere Kolonisation. Leipzig 1907, S. 342.
2) Gaede, Ergebnis einer Untersuchung usw. A. a. O. (ohne Seitenzahl).

Dem aufmerksamen Beobachter jedoch wird bisweilen nicht entgehen, daß nach Jahren noch bisweilen die Rückwandrer Angewohnheiten, die sie aus ihrer Heimat mitgebracht haben, nicht ablegen. So haben sowohl manche aus Galizien, wie aus Rußland stammende Rückwandrer eine besondere Vorliebe für die Pferdezucht und vernachlässigen darüber die Rindviehzucht. In Rußland und Galizien wird eben der Pferdezüchter ganz besonders hoch geachtet. Es soll mit diesen Ausführungen keineswegs gesagt sein, daß nun die Gesamtheit der Rückwandrer eine Nichtbefähigung für die Viehzucht aufweist. Es ergibt sich schon aus dem Geschäftsbericht der Molkerei-Genossenschaften, daß die Rückwandrer einen hohen Anteil an dem Geschäftsgewinn haben. Hieraus kann aber selbstverständlich auf die Viehzüchterei der einzelnen geschlossen werden.

Freilich gibt es auch unter den Rückwandrern Ansiedler, die eine Lotterwirtschaft führen, wie dies ebenso gut unter den einheimischen Deutschen der Fall ist. Merkwürdigerweise steckt diese Untüchtigkeit an. So habe ich immer gefunden, wo unbrauchbare Rückwandrer zu finden waren, sich diese nie vereinzelt vorfanden, sondern immer in der Mehrzahl.

Aber auch dort, wo tüchtige Auslanddeutsche ihre Wirtschaft führten, gab es immer mehrere zusammen. Ja man kann fast zwischen Ansiedlungen tüchtiger Rückwandrer und zwischen solchen untüchtiger Rückwandrer scheiden.

Wenn man noch eine allgemeine Erscheinung bei den Rückwandrern hervorhebt, so ist es das Zusammentreffen von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und religiöser Innigkeit in der Form der Herrenhuter Brüdergemeinde. Bereits in Russisch-Polen waren diese Rückwandrer Anhänger oder Freunde der Herrenhuter Brüdergemeinde. Es sind dann ganze Gemeinden nach den Ansiedlungsprovinzen übergesiedelt. Dort haben sie sich in einer Gemeinde wieder zusammengefunden und in ernster Arbeit werden die Pflichten des Alltages ebenso erfüllt, wie die religiöse Gemeinschaftspflege nicht vernachlässigt wird. Das Ora et labora, das Beten und Arbeiten, hat bei den Herrenhutern seine Früchte gezeitigt; diese Ansiedlungen sind unter allen der Ansiedlungskommission die wirtschaftlich hervorragendsten.

Damit sind wir auch zu einer Betrachtung der sittlichen und religiösen Verhältnisse der Rückwandrer gekommen. In den Rückwandrern wohnt ein starkes Suchen nach Gott. Schon draußen im Auslande lebten sie in inniger religiöser Gemeinschaft zusammen, sie wurden zwar nicht in wünschenswertem Maße von Pfarrern versorgt, aber um so mehr haben sie sich selbst die geistlichen Führer unter den ihren erwählt. So muten diese deutschen Kolonien im Auslande den Reisenden vielfach an wie die Gemeinden im alten Israel oder wie die ersten Apostel-Gemeinden. Doch diese Entwicklung hat es auch mit sich gebracht, daß die Rückwandrer in religiöser Beziehung Gefahren ausgesetzt sind und unter ihnen bereits in Rußland das

Sektenwesen starken Einfluß hatte[1]). Auch in den Ansiedlungsprovinzen kommt es deshalb leicht vor, daß die Rückwandrer sich von der Landeskirche fernhalten wollen, da die Pfarrer ihnen nicht fromm genug sind.

Aber noch etwas anderes mutet uns vielfach bei den Rückwandrern fremd an: die Kluft zwischen religiösem Glauben und sittlichem Handeln. Von dem russischen Wesen ist oft viel in ihre Seele gedrungen, sie besitzen nicht das deutsche Pflichtbewußtsein und die deutsche Geradheit, oft Hörer des Wortes Gottes, aber nicht Täter sind sie. Die Verbindung von irdisch-sittlichen Pflichten mit der religiösen Gedankenwelt ist ihnen verborgen geblieben. Es ist gerade die Aufgabe der Seelsorger, aber auch der Amtsvorsteher oder Bezirkskommissare, die Rückwandrer auch zu deutschen Staatsbürgern zu erziehen.

Ueberall dort aber, wo Rückwandrer der Brüdergemeinde angehören, ist jenes ausländische Wesen, das ihnen anhaftete, verschwunden. Die Brüdergemeinde hat ihre Anhänger zu pflichtbewußten Deutschen erzogen.

Soweit ich die Verhältnisse übersehen kann, scheint mir die bereits erwähnte Brüdergemeinde dazu geschaffen zu sein, den Rückwandrern manches zu bieten. Gerade die Brüdergemeinde ist eine kirchliche Gemeinschaft, die „nicht um des Bekenntnisses willen eine besondere Kirche bildet. Weder hat sie irgendeine besondere, nur von ihnen vertretene Lehre auf ihre Fahne geschrieben, noch protestiert sie gegen irgendeinen Punkt im Bekenntnis der evangelischen Kirche“ [2]).

Auf der anderen Seite bietet die Brüdergemeinde durch ihre wochentäglichen gottesdienstlichen Versammlungen dem religiösen Sucher manches und pflegt die brüderliche innige christliche Gemeinschaft. So veranstaltet religiöse Besprechungen die Brüdergemeinde wochentäglich einmal im Hause dieses Bruders, dann wieder in dem jenes. Durch diese Betätigungen kann jedenfalls die Brüdergemeinde einen tiefgreifenden Einfluß auf das Leben und die sittlichen Anschauungen des Rückwandrers ausüben, wie sie dies bereits schon getan hat. Es erhebt sich die Frage, ob es nicht möglich ist, das Wirkungsgebiet der Brüdergemeinde zu vergrößern.

Was die Bildungsstufe der Rückwandrer anbetrifft, so steht diese natürlich im allgemeinen hinter der deutschen sehr zurück. Wie soll es auch möglich sein, die deutsche Volksschule in Galizien oder Rußland so einzurichten, wie sie der preußische Staat sein Eigen nennen darf. In einigen Gegenden, aus denen die Rückwandrer stammen, liegt der Schulunterricht sehr darnieder, teils infolge der Ausrottung der deutschen Schulen durch die russische Regierung, dann aber auch durch die deutschen Bauern selbst, die eine

1) Vgl. Pastor Stach, Die Gefahren für das Deutschtum in den Kolonien Südrußlands. Deutsche Monatsschr. f. Rußland, Reval 1913, S. 465.

2) B. Burkhardt, Drei Fragen nach dem Wesen der Brüdergemeinde, Herrenhut (ohne Jahr), S. 3.

Schulbildung für unnötig erachten. Aus diesen Gründen finden sich unter den Rückwandrern eine Menge Analphabeten. Pfarrer Fischer, jetzt in Langenolingen, Kreis Gnesen, hat sich dieser Rückwandrer besonders angenommen. Erst in seinem Pfarrhause in Raschkow, dann aber in einem besonderen Erziehungshaus für Rückwandrersöhne, dem Johannisheim für Landmission in Langenolingen lernten diese Rückwandrer lesen und schreiben. Wie mir Pfarrer Fischer mitteilt, sind so mehr als über 100 Rückwandrer unterrichtet worden. Auch sind manche gekommen, die sich vor ihren Kindern schämten, als diese schreiben und lesen lernten.

Demgegenüber kann ich aber auch davon berichten, daß ich viele Rückwandrer kennen lernte, die eine durchaus gute Schulbildung hinter sich hatten und sich auch durch eignen Fleiß noch fortbildeten. Solche Ansiedler haben in den Ansiedlungsgemeinden Vertrauensstellen inne und sind z. B. Rendanten von Spar- und Darlehnskassen, Leiter von Genossenschaften usw.

Wert ist darauf zu legen, daß die Rückwandrerkinder in die deutsche Kultur recht eingeführt werden. Hierzu bedarf es vor allem geschickter Lehrer. Es gibt nun manche Lehrer, die sich anfänglich von den Rückwandrerkindern etwas abgestoßen fühlen und sie nicht für voll ansehen. Ungeduldig mit den geringen Fortschritten, die sie zu machen scheinen, und keine rechten Pädagogen, werfen sie schnell die Flinte ins Korn. Aber ich habe auch manchen Lehrer kennen gelernt, der mir freudestrahlend davon erzählte, wie er den willigen Söhnen und Töchtern der Rückwandrer deutsches Wesen erschloß und seine Saat auf guten Boden fiel.

Es ist noch zu untersuchen, welche Bedeutung die Rückwandrer für die Ansiedlungsprovinzen und für das Deutsche Reich haben. Von vornherein kann man sagen, daß es nicht möglich gewesen wäre, ohne die Rückwandrer das Ansiedlungswerk so durchzuführen, wie es Bismarcks Absicht gewesen war; nehmen doch die Rückwanderer ein Viertel sämtlicher Ansiedler in Posen und Westpreußen ein. Sie haben 66400 ha oder 133600 Morgen im Besitz. Wenn man bedenkt, daß die Rückwandrerfamilien alle sehr kinderreich sind und man durchschnittlich auf eine Familie 6—8 Kinder rechnen kann, so ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß 60000 Rückwandrer in den Ansiedlungsprovinzen eine neue Heimat gefunden haben.

Oft kann man die Behauptung hören, daß die ganze Ansiedlungstätigkeit überhaupt nicht das Deutschtum vermehrt hat. Eine solche Ansicht beruht auf einem Irrtum, wie sich allein aus dem statistischen Material ergibt. Es waren vorhanden 1905 in dem Regierungsbezirk Danzig 511423, im Jahre 1910 533620 Deutsche, Polen dagegen 1905 129545, 1910 102080. In dem Regierungsbezirk Marienwerder 1905 550262 und 1910 565323 Deutsche; Polen 1905 366663 und 1910 373773. Im Regierungsbezirk Bromberg waren 354714 Deutsche 1905, 1910 379488; Polen 1905 365167, 1910

378 831 [1]). An diesem für die Deutschen günstigen Resultat der Volkszählung haben die Rückwandrer jedenfalls einen beträchtlichen Anteil.

Für die Zukunft der Deutschen in den Ansiedlungsprovinzen ist die natürliche Vermehrung von Deutschen und Polen von großer Bedeutung. Nun ist der Zustand derart, daß die „Polinnen absolut viel mehr Kinder zur Welt bringen, als die deutschen Frauen; denn es kommen, ausschließlich der verwitweten und geschiedenen, auf eine verheiratete deutsche Frau 4,86 und auf eine verheiratete Polin 5,88 Kinder (in der Provinz Posen). Durchschnittlich kommen auf eine deutsche verheiratete Frau, welche geboren hatte, in den Städten 4,26 und auf dem Lande 5,32 Kinder, dagegen bei den Polinnen 5,27 bzw. 6,11 Kinder [2]). Jedenfalls ist der Unterschied zwischen den deutschen Frauen und den Polinnen auf dem Lande kein erheblich großer. Es wäre vielleicht nicht uninteressant, genauer zu untersuchen, inwieweit die Rückwandrerfrauen daran beteiligt sind. Daß sie einen Einfluß darauf gehabt haben, ist meines Erachtens gar nicht zu bezweifeln, da die Rückwandrerfamilien ungemein kinderreich sind. Familien von 6 bis 8 Kindern sind als der Durchschnitt zu betrachten. In diesem Kinderreichtum der Rückwandrer liegt eine gewisse Gewähr dafür, daß auch in Zukunft in den Ansiedlungsprovinzen die Verhältniszahl der Deutschen gegenüber den Polen zugunsten der Deutschen aufrecht erhalten werden kann.

Weiterhin ist zu beachten, daß die Rückwandrer überhaupt die Veranlassung für die Ansiedlungskommission gaben, Arbeiterstellen zu begründen. So schreibt Both: „Bis vor 8—10 Jahren schien es überhaupt unmöglich, deutsche Landarbeiter aus dem Westen hierher zu ziehen. Wer daheim Arbeiter war, wollte hier selbst Besitzer werden. Erst durch die Rückwandrer aus Rußland, die viel unbemittelte Leute mitbrachten, ist die Arbeiteransiedlung in Fluß gekommen“ [3]). Nun erst stellte sich heraus, daß auch Einheimische auf Landarbeiterstellen unterkommen wollten.

Gerade die Arbeiteransiedlung bedeutet aber in den Ansiedlungsprovinzen noch mehr, als für die übrigen preußischen Provinzen. Nur wenn der Landarbeiter deutsch ist, ist es auch möglich, im wirtschaftlichen Kampfe gegen die Polen zu bestehen. Aus der Unterschicht des Volkes heraus ergänzt sich letzten Endes die übrige Bevölkerung. Nicht mit Unrecht bezeichnet man denn auch alle Staatsbürger mit dem Gesamtnamen: Volk, wobei man doch weniger an die oberen, als an die unteren Bevölkerungsschichten denkt.

Nun haben auch in Posen und Westpreußen die Ansiedler sehr erheblich unter Arbeitermangel zu leiden. „Ganz besonders wird der Mangel an unverheirateten Knechten und Mägden empfunden. Weib-

1) Max Brösike, Einiges über Deutsche und Polen nach der Volkszählung 1910, in der Zeitschrift des Kgl. Preuß. statist Landesamtes, Berlin 1912, S. 87.

2) Max Brösike, Deutsche und Polen in der Provinz Posen im Lichte der Statistik, Zeitschr. des Kgl. Preuß. statist. Landesamtes, Berlin 1912, S. 381—393.

3) In „Die deutsche Ostmark“, a. a. O. S. 430.

liches Dienstpersonal ist besonders schwer zu bekommen, dieses zieht die Beschäftigung in Stadt und Fabrik vor. Die Frauen haben oft so große Abneigung gegen die Arbeit und den Aufenthalt auf dem Lande, daß sie ihre Männer zwingen, in der Stadt Arbeit zu suchen. Die mittleren und kleineren Landwirte, besonders auch die Ansiedler, haben unter den ungünstigen Arbeiterverhältnissen noch mehr zu leiden, wie die Großgrundbesitzer“ [1]), so urteilt ein genauer Kenner der Arbeiterverhältnisse in den Ansiedlungsprovinzen. Es ist aus diesem Grunde kein Wunder, daß von den 2968 Arbeiterfamilien und 10296 ledigen Arbeitern, die sich 1911 in den Ansiedlungsdörfern befanden, etwa die Hälfte nach der Ansicht von Gaede [2]) polnischer Nationalität war.

Wenn diese Verhältnisse Ende 1911 derart lagen, so haben sie sich inzwischen wohl noch durch die Ansetzung von Rückwandrern erheblich verbessert. Aber 1911 wäre der Anteil der Deutschen in den Ansiedlungsdörfern noch geringer gewesen, wenn nicht die große Anzahl Rückwandrer als Arbeiter Unterkommen gefunden hätten.

Kurz wollen wir auch unsere Ansicht noch darüber äußern, inwieweit die ganzen kulturellen Verhältnisse der Rückwandrer von Bedeutung für die Zwecke der Ansiedlungskommission sind. Belgard hat sich darüber sehr absprechend geäußert: „Man mag nun auch optimistisch über die politisch wertvollen Eigenschaften der in den Kolonien befindlichen 1925 Rückwandrer denken; das eigentliche Wesen der staatlichen Ansiedlungstätigkeit ist jedenfalls nicht mit der Niederlassung dieser wirtschaftlich und geistig niedrig stehenden Schicht erfaßt“ [3]). Eine entgegengesetzte Anschauung wird vielfach verfochten, indem behauptet wird, daß die kulturell niedriger stehenden Volksschichten im Kampfe mit kulturell Höherstehenden aus Gründen der Bedürfnislosigkeit den Sieg erringen werden. Ein bedürfnisloses Volk ist nach der Ansicht dieser mit seiner niedrigen Lebenshaltung härter und den Schwierigkeiten des Lebens mehr gewachsen [4]).

v. Massow stellt dieser Anschauung eine andere gegenüber, die meines Erachtens viel richtiger ist: „Was die Völker lebensfähig macht, ist das Quantum Arbeit, das sie für ihre Existenz und Entwicklung einsetzen“ [5]). In dieser Anwendung der Arbeitsenergie sieht v. Massow den Grund, warum unter Umständen ein kulturell höher stehendes Volk nicht mehr imstande ist, sich vielseitiger und lebhafter zu entwickeln, da es von dem Arbeitskapital der Vergangenheit zehrt, während ein weniger kultiviertes Volk noch seine ganze Kraft einsetzt. v. Massow kommt dann zu dem Schlusse, daß bei

---

1) Hermann Wagner, Die Land- und Forstwirtschaft, in „Die deutsche Ostmark“, a. a. O. S. 302.

2) Innere Kolonisation und Kleinwohnungswesen, a. a. O. S. 404.

3) Belgard, a. a. O. S. 313.

4) Vgl. hierzu W. v. Massow, Die Polennot im deutschen Osten, Berlin 1903, S. 159/162.

5) v. Massow, a. a. O. S. 160.

gleicher Arbeitsenergie es ganz undenkbar ist, daß das niedere Kulturniveau das höhere verdrängen könnte. Es wird immer umgekehrt sein, die höhere Kultur muß Sieger sein.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkte die Rückwandrer, so wird einerseits zuzugeben sein, daß sie nicht die Kultur besitzen, wie die einheimischen Deutschen, aber auf der anderen Seite wird man stets im Auge behalten müssen, daß es sich doch um Auslanddeutsche, d. h. um Leute deutschen Stammes handelt, denen wir, soweit wir die geschichtlichen Erfahrungen in Rechnung ziehen können, die deutsche Kultur, wie sie sich in dem letzten Jahrhundert entwickelt hat, vermitteln können. Man mag noch so wenig voreingenommen von Rassen- und völkischen Vorurteilen sein, so wird man dennoch zugeben müssen, daß es unbedingt Unterschiede zwischen den Völkern gibt und der auslösenden Kraft der nationalen Kultur gewisse Grenzen gesetzt sind. So wird man auch von dem kulturellen Gesichtspunkte aus entschieden die Ansetzung der deutschen Rückwandrer der Ansiedlung von Letten und Esten, wie dies z. B. von Stumpfe vorgeschlagen wurde[1]), vorziehen.

Aber keineswegs nur die Ansiedlungsprovinzen, sondern auch das gesamte Deutsche Reich hat von diesen Rückwandrern einen erheblichen Vorteil. Als Friedrich der Große seinerzeit die Kolonisation durchführte, da sprach er aus, daß der Reichtum eines Herrschers in der Zahl seiner Landeskinder bestehe. Es ist von Beheim-Schwarzbach und von Gustav v. Schmoller ausgerechnet worden, daß beim Tode Friedrichs des Großen ein Zwanzigstel bis ein Drittel der Bevölkerung Preußens aus Kolonisten und Kolonistennachkömmlingen bestand. Wenn wir auch bis heute weniger von den zweiten Generationen der Rückwandrer sprechen können, so ist es doch schon genug, daß wir jetzt bereits durch die Ansetzung der Rückwandrer die preußische und damit auch die deutsche Bevölkerung um 60000 Seelen vermehrt haben. Wenn man in Generationen denkt und, schon vorausschauend, die Zahl der Rückwandrer nach vielleicht 10—15 Jahren vorwegnimmt, so würde man sicherlich bereits auf die doppelte Anzahl, also 120000 Rückwandrer, kommen und wenn diese 120000 nun wieder 15 Jahre im Lande bleiben und sich vermehren, so würden wir bereits das Drei- bis Vierfache annehmen können.

Wenn die Rückwandrer ihren Kinderreichtum beibehalten, so wird auch das übrige Deutschland durch die Kinder und Kindeskinder der Rückwandrer bevölkert werden.

Bereits heute haben auch schon im deutschen Heere eine Menge Rückwandrer ihrer Dienstpflicht genügt. v. Both[2]) hat seinerzeit angenommen, daß sicherlich 5000 Rückwandrer dem deutschen Heere als Rekruten zugeführt worden sind, die ohne die Ansiedlung in ausländischen Heeren gedient hätten. Ich glaube, daß diese Zahl viel zu niedrig gegriffen ist. Man darf sicherlich jetzt annehmen,

1) a. a. O. S. 99.
2) In „Die deutsche Ostmark", a. a. O. S. 429.

daß wenigstens 10000 Rückwandrer im deutschen Heere wider unsere Feinde kämpfen. Einige Rückwandrer haben mir freudestrahlend davon erzählt, wie sie selbst einst bei Plewna mitgekämpft haben und es nun jetzt noch erleben können, daß Söhne und Schwiegersöhne gegen die russischen Horden das deutsche Vaterland verteidigen.

Für das deutsche Volk bedeutet aber diese Ansiedlung deutscher Rückwandrer auch eine Zuführung neuer produktiver Kraft. Der preußische Staat und das Deutsche Reich haben eine Vermehrung des deutschen Volksvermögens durch diese Rückwandrer zu verzeichnen. Im Jahre 1907 gab die Ansiedlungskommission das durch die Rückwandrer eingebrachte Vermögen auf 13 Milllionen M. an. Die Zahl der Rückwandrer belief sich damals auf 2435. Inzwischen hat sie sich verdoppelt, und darf man wohl entsprechend der von der Ansiedlungskommission angestellten Rechnung das gesamte, von den Rückwandrern eingebrachte Vermögen auf wenigstens 48 Millionen M. schätzen.

Bei einer Veranschlagung der Steuerkraft der Rückwandrer für den preußischen Staat und das Deutsche Reich setzte die Ansiedlungskommission nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches die jährliche Steuerkraft mit 50 M. auf den Kopf der Bevölkerung ein. Dementsprechend wäre die jährliche Steuerkraft der 60000 Rückwandrer auf 3 Millionen M. zu veranschlagen.

2. Die innere Kolonisation außerhalb der Ansiedlungsprovinzen und die Rücksiedlung Auslanddeutscher.

Durch Einrichtung der Ansiedlungskommission wurde die innere Kolonisation wieder aufgenommen, die einst in bewundernswerter Weise von den Hohenzollern, insbesondere von Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen in Preußen vollzogen wurde. Die Ansiedlungstätigkeit in Posen und Westpreußen fußt auch auf der Einführung des Rentengutes, wonach an Stelle eines einmaligen Kaufpreises eine jährliche Rente von 3 Proz. tritt.

Das Rentengutsprinzip wurde für das übrige Preußen durch das Rentengutsgesetz vom 27. Juni 1890 angewandt. Aber erst durch das Gesetz vom 7. Juli 1891 hatte dieses Rentengutsgesetz eine praktische Bedeutung erlangt, da damit der Staatskredit der Rentenbanken für die Errichtung von Rentengütern flüssig gemacht wurde. Der Verkäufer erhält von den Rentenbanken als Kolonisator oder Rentengutsausgeber Rentenbriefe von $3^1/_2$ oder 4 Proz., die er jederzeit an der Börse versilbern kann. Der Rentengutskäufer, der Kolonist, ist demgegenüber verpflichtet, an die Rentenbank eine jährliche Rente von $3\,1/_2$ oder 4 Proz. und außerdem noch $1/_2$ Proz. zur Tilgung zu zahlen. Die Rente ist von seiten des Staates unkündbar und wirkt infolge des Tilgungszwanges sozusagen wie eine Sparkasse, da das Rentengut innerhalb $60^1/_2$ oder $56^1/_{12}$ Jahren in den Besitz des Rentengutskäufers übergeht. Es besteht also hier ein bemerkenswerter Unterschied gegenüber den Rentengütern, die

von der Ansiedlungskommission ausgelegt sind und an und für sich nicht mit einer Tilgungsrente beliehen sind.

Mit der Ausführung der Rentengutsgesetze wurden die Generalkommissionen betraut. Sie entscheiden letzten Endes, ob ein von dem Kolonisator ausgelegtes Gut die Eigenschaft eines Rentenguts erhalten und auf die Rentenbank übernommen werden kann. Doch muß man sich vor Augen halten, daß die Generalkommissionen eine grundverschiedene Tätigkeit gegenüber der Ansiedlungskommission ausüben. Sie sind nur eine Vermittlungsbehörde zwischen Kolonisator und Kolonisten. „Nicht die Generalkommission, wie wunderbarer Weise von vielen, selbst von Behörden angenommen wird, sondern der Verkäufer hat nach den Rentengutsgesetzen die Rolle des Kolonisators. Er hat die Käufer zu beschaffen und die Rentengutsverträge-Punktationen abzuschließen; er hat die Erwerber mit den nötigen Naturalien auszustatten und ihnen im Anfang die Führung der Wirtschaft zu ermöglichen; er hat sie bei den Bauten zu unterstützen usw. Er trägt endlich auch die Gefahr, ob die nötige Anzahl zahlungsfähiger Käufer gefunden wird“ [1]).

Als die Generalkommissionen in den Jahren 1891—1892 ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Rentengüter begannen, waren damals infolge der schlechten Jahre die Güterpreise sehr gesunken. Die Gutsbesitzer suchten infolgedessen ihre sich schlecht rentierenden Güter auf die bequeme Weise der Aufteilung in Rentengüter an den Mann zu bringen. So fand ein großes Angebot an Gütern statt. Da ein eigentlicher Kolonisator fehlte, kamen private Vermittler, die die Kolonisation durchführten.

„Das Sprechzimmer der damals tätigen Spezialkommissare glich dem eines vielbeschäftigten Arztes, in dem ein Patient den anderen ablöste und jeder der erste sein wollte, sein mußte, der herankam“ [2]).

„Die wichtigsten Vermittler waren der einst so berühmte Heinrichsdorff, Moses, Cohn, Kronheim und andere, durch welche wohl mehrere tausend Stellen begründet worden sind. Nun soll unumwunden zugegeben werden, daß durch ihre Vermittlung nicht nur schlechte, sondern auch eine ganze Anzahl brauchbarer Kolonien entstanden sind. Ihre Hauptstärke lag jedoch, was nur zu natürlich ist, in der eigentlichen Verkaufsvermittlung und nicht sowohl auch in der Fürsorge für das gute Fortkommen der Ansiedler. Das letztere ließ daher sehr häufig viel zu wünschen übrig. Der Sinn dieser Vermittler war eben in erster Linie auf das schnelle Verdienen der Verkaufsprovision gerichtet und war frei von jeder sozialen gemeinnützigen Anwandlung“ [3]).

---

1) H. Metz, Innere Kolonisation in den Provinzen Brandenburg und Pommern, 1891—1901. Erfahrungen und Verfahren der Kgl. Generalkommission in Frankfurt a. O., Berlin 1902, S. 19.

2) Alfred Meyer, Zur Frage der Aufhebung der Generalkommissionen, im „Archiv für innere Kolonisation“, B. 1, Berlin 1909, S. 216.

3) E. Stumpfe, Die deutschen und polnischen Ansiedlungsgesellschaften, ihre Aufgabe, Organisation und Tätigkeit, im „Archiv für innere Kolonisation“, Bd. 1, Berlin 1909, S. 11.

In dem Jahre 1893 wurden von den Generalkommissionen aus einer Fläche von 13296 ha 1490 Rentengüter, im Jahre 1894 aus einer Fläche von 21829 ha 1237 Rentengüter, und 1896 aus einer Fläche von 14177 ha 1167 Rentengüter begründet. Mit dem Jahre 1897 fällt dann die Zahl der Rentengüter auf 916, und in den folgenden Jahren fiel die Anzahl der begründeten Rentengüter immer mehr, bis im Jahre 1904 der niedrigste Stand von 376 Rentengütern erreicht wurde.

In den allerersten Jahren schufen die privaten Parzellanten diese ungeheuer große Zahl von Rentengütern. Rückwandrer sind von ihnen keine angesiedelt worden, da sie selbstverständlich gar nicht geneigt waren, ein derartiges Risiko zu übernehmen. „Möglichst von benachbarten Gemeinden und Gütern sucht der private Parzellant seine Ansiedler zu gewinnen. Abgesehen davon, daß sie am leichtesten anzuwerben sind und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, ebenso wie ihre Tüchtigkeit am besten zu erkennen ist, genießen die aus der Nähe gebürtigen Bewerber den Vorzug, nicht aus den Boden-, Klima- und Marktverhältnissen, an die sie von Jugend auf gewöhnt sind, herausgerissen zu werden“ [1]).

Als das erste Ansiedlungsunternehmen, das den Namen eines wirklichen Kolonisators verdient, ist die im Jahre 1895 zu Berlin begründete Landbank anzusehen. Das Aktienkapital betrug anfangs 5 Mill. M. und ist im Laufe der Zeit auf 20 Mill. M. erhöht worden. Außerdem wurden für 20 Mill. M. Obligationen ausgegeben. Trotzdem die Landbank eine auf privatwirtschaftlicher Grundlage stehende Ansiedlungsgesellschaft ist, hat sie für die innere Kolonisation durchaus segensreich gewirkt. Sie konnte lebensfähige Stellen dadurch begründen, daß sie sich auch mit dem übrigen Gütergeschäft abgab. Der hieraus erzielte Gewinn ersetzte die, privatwirtschaftlich betrachtet, unmöglich sich rentabel erweisende innere Kolonisation. Es ist durchaus verkehrt, die Landbank, wie es vielfach geschieht, zu bekämpfen. Ein so hervorragender Kenner, wie Stumpfe, hat ausgesprochen, „daß es unbedingt anerkannt werden muß, daß die Landbank bei ihren Rentengutsgründungen nicht kapitalistisch arbeitet, sondern sich in den Dienst des Gemeinwohls stellt und in gleicher Weise arbeitet, wie die anderen gemeinnützigen Institute“ [2]).

Die Landbank hat unter ihren Käufern 69 Rückwandrer zu verzeichnen. Im Verhältnis zu den aus dem Deutschen Reiche stammenden Käufern, deren Zahl 6873 beträgt, ist diese Zahl sehr gering. Die Landbank hat mir geschrieben, daß sie bei der großen Nachfrage einheimischer Rentengutkäufer noch keine Gelegenheit gehabt hat, Auslanddeutsche in größerer Anzahl anzusiedeln, so daß ihr bedeutungsvolle Erfahrungen auf diesem Gebiete fehlen. Gegenüber der angegebenen von Stumpfe erwähnten Werbungstätigkeit der

1) Martin Belgard, a. a. O. S. 69.
2) a. a. O., Archiv für innere Kolonisation, Bd. 1, S. 32.

Landbank in Rußland scheint jedoch die Sachlage eine andere zu sein. Wahrscheinlich haben die von der Landbank angeworbenen Rückwandrer die Ansiedlung durch die Ansiedlungskommission für vorteilhafter angesehen, als die durch die Landbank, und sind ihr deshalb untreu geworden. Die 69 angesetzten Rückwandrer haben sich jedenfalls in die deutschen Verhältnisse eingelebt und sind infolgedessen aus dem Gesichtskreise der Landbank verschwunden.

Das erste sogenannte gemeinnützige Siedlungsunternehmen, das sich nur mit der inneren Kolonisation beschäftigte, war die 1898 begründete Deutsche Ansiedlungs-Gesellschaft, die zu ihren Gründern hervorragende, um die Förderung der inneren Kolonisation hochverdiente Männer hat. Es seien nur genannt Professor Max Sering, Ministerialdirektor Hugo Thiel und der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim. Nur 2 Jahre hat die Gesellschaft bestanden und mußte ihre Tätigkeit aus Gründen einstellen, die in dem mangelnden Interesse von amtlichen und nichtamtlichen Seiten gegenüber der Kolonisation lagen. Die Gesellschaft hat jedoch lebensfähige Gebilde geschaffen. Es wurden von ihr auch einige Rückwandrer angesiedelt, die von Professor Fabarius in Witzenhausen vermittelt wurden.

Das Wirken der Deutschen Ansiedlungs-Gesellschaft war aber keineswegs vergebens; sie ist die Wegbahnerin für die jetzt einsetzenden Gründungen von gemeinnützigen Landgesellschaften. In dem Zusammenwirken mit der Frankfurter Generalkommission und ihrem Präsidenten Metz hat sie das sogenannte Frankfurter Ansiedlungsverfahren geschaffen, das den Generalkommissionen die Bahn zu neuem Wirken eröffnete.

Zwei Jahre nach dem Eingehen der Deutschen Ansiedlungs-Gesellschaft wurde in Pommern die Pommersche Ansiedlungs-Gesellschaft begründet, die den Reigen der gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften eröffnete. Hier beteiligte sich der preußische Staat anfangs mit 100000 M., später mit insgesamt 3250000 M. Der Staat hat sich Sitz und Stimme im Aufsichtsrat vorbehalten, und vor allem steht ihm das Recht der Bestätigung der Wahlen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates und seines Stellvertreters, und der Wahlen, der Anstellungsbedingungen und der Dienstanweisungen der Geschäftsführer zu. Die Pommersche Ansiedlungs-Gesellschaft ging später in die Pommersche Landgesellschaft über. Von den bisher von der Pommerschen Landgesellschaft angesetzten 466 Ansiedlern stammen 423 aus der Provinz Pommern selbst. Im Jahre 1907 wurden 5 Rückwandrer angesiedelt. Hierzu schreibt mir die Pommersche Landgesellschaft: „Die Ansiedlung hat uns infolge der Forderungen der Rückwandrer sehr viel Schwierigkeiten bereitet. Die Ansiedler stammten aus dem Dongebiet. In den letzten Jahren haben wir von den drei verbliebenen Rückwandrern wenig gehört. Wir nehmen also an, daß sie sich allmählich in die Verhältnisse eingelebt haben. ... Jedenfalls sind unsere Bemühungen durch Vermittelung des Fürsorgevereins für deutsche Rückwandrer, russische Rückwandrer

anzusiedeln, trotz erheblicher Mittel, die wir dafür aufgewandt haben, vollständig erfolglos geblieben."

Im Jahre 1906 wurde für die Provinz Ostpreußen vom preußischen Staate die Ostpreußische Landgesellschaft gegründet mit der Aufgabe, die Bauern- und Arbeiterstellen in Ostpreußen durch Aufteilung von Grundstücken in Verbindung mit der Befestigung des vorhandenen Bauernbesitzes zu vermehren. Der preußische Staat nimmt in der Ostpreußischen Landgesellschaft dieselbe Stellung ein, wie bei der Pommerschen Landgesellschaft.

Das Stammkapital der Ostpreußischen Landgesellschaft beträgt 7651000 M.; dieser Betrag ist vom preußischen Staate zur größeren Hälfte, von kommunalen und sonstigen Verbänden und Privaten zur kleineren Hälfte aufgebracht.

Seit dem Jahre 1909 verzichtet der Staat auf seine ihm zustehende Dividende zugunsten der Zwecke der inneren Kolonisation. Aus diesem Fonds wird von der Ostpreußischen Landgesellschaft dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer eine Provision für die Beschaffung von Ansiedlungsmaterial zur Verfügung gestellt[1]).

Schon gleich im Anfange ihrer Tätigkeit siedelte die Ostpreußische Landgesellschaft Rückwandrer aus Rußland auf ihren Ansiedlungen an. Die Zahl betrug nach dem Geschäftsbericht von 1906—1908 34, während von den Ansiedlern aus Ostpreußen 220 und aus dem übrigen Deutschland 113 stammen.

Es ist dieser kleine Anfang um so bemerkenswerter, als die Landgesellschaft ausdrücklich auf die Heranziehung von Ansiedlern aus dem Westen verzichtet hat. „Von der Ansiedlungskommission erhielt sie die gewünschte Ueberweisung von in Ostpreußen geborenen Käufern, und hat dadurch Ostpreußen eine große Zahl tüchtiger Familien erhalten, die sich ohne ihr Landangebot außerhalb der Provinz angekauft hätten. Aber für ihre Pflicht im nationalen Interesse hat es die Landgesellschaft gehalten, russischen Rückwandrern Land zu verkaufen"[2]).

Die Ansetzung von Rückwandrern wuchs von Jahr zu Jahr. Nach dem Jahresbericht von 1914 beträgt die Zahl der Rückwandrer 364. Aus Ostpreußen stammen 667 Ansiedler, aus dem übrigen Deutschland 591. 300 Rückwandrer sind auf Bauernstellen untergebracht.

Aus Wolhynien stammen die meisten Rückwandrer, aus Russisch-Polen der kleinere Teil, und noch weniger aus dem übrigen Rußland. Leider ist es nicht möglich, genauere Zahlenangaben zu machen, da darüber keine genaue Bezeichnung in den Listen angegeben und alle Rückwandrer lediglich als russische Rückwandrer bezeichnet sind.

Ueber die Tüchtigkeit der Rückwandrer hat mir Direktor Classen von der Ostpreußischen Landgesellschaft berichtet: „Sowohl in meiner Eigenschaft als Beamter der Kgl. Ansiedlungskommission

1) Vgl. Jahresbericht 1909/10, S. 31.
2) Jahresbericht 1906/08, S. 14.

wie als Beamter der Ostpreußischen Landgesellschaft habe ich unendlich viel Gelegenheit gehabt, russische Rückwandrer als Ansiedler anzusetzen, wie auch deren Arbeit als Ansiedler zu beobachten.

Auf Grund der von mir gemachten Erfahrungen kann ich nur versichern, daß die russischen Rückwandrer, insbesondere diejenigen aus Wolhynien, meiner Auffassung nach durchaus geeignete Ansiedler sind. Schlechte Elemente gibt es unter sämtlichen Ansiedlungsbewerbern, so auch selbstverständlich unter den russischen Rückwandrern. Es ist der Prozentsatz der untüchtigen Ansiedler unter den russischen Rückwandrern aber nicht größer als unter den anderen Ansiedlungslustigen.

Im allgemeinen leben die russischen Ansiedler sich leicht in die hiesigen Verhältnisse ein und sind sparsam und durchaus wirtschaftlich. Aufgefallen ist es mir, daß es unter den russischen Rückwandrern auch eine ganz nennenswerte Anzahl von Ansiedlern gibt, die recht intelligent sind. Besonders ist mir in der letzten Zeit aufgefallen, daß wir Ansiedler aus Rußland erhielten, die mit der Anwendung künstlicher Düngemittel und auch in der Wiesenbehandlung sehr genau Bescheid wußten. Die Zahl der von uns angesetzten russischen Ansiedler, die nicht vorangekommen sind, ist sehr gering.

In den letzten Jahren unserer Tätigkeit haben wir auch Zuzug von Ansiedlern aus Bessarabien gehabt. Unsere Erfahrungen über diese Ansiedler sind noch zu gering, als daß wir in der Lage wären, über sie schon jetzt ein endgültiges Urteil abzugeben. Wir haben aus Bessarabien einige Ansiedler erhalten, die ganz außergewöhnlich tüchtig sind, während wiederum die Tüchtigkeit anderer sehr zu wünschen übrig läßt. Insbesondere läßt die Tüchtigkeit einiger Ansiedler aus Bessarabien zu wünschen übrig, die mit verhältnismäßig recht großem Vermögen zu uns gekommen sind.

Ich kann auf Grund meiner Erfahrungen nur wiederholen, daß die Erfahrunugen, die wir mit russischen Rückwandrern gemacht haben, im allgemeinen durchaus günstig gewesen sind."

Für die Provinz Brandenburg wurde im Jahre 1910 die Landgesellschaft „Eigne Scholle" zu Frankfurt a. O gegründet. Auch hier ist der preußische Staat mit 3 Millionen Kapital beteiligt.

Die Zahl der Rückwandrer unter den angesetzten Ansiedlern ist verhältnismäßig gering. Sie beträgt 25. Von den übrigen Ansiedlern kamen aus Berlin 35, aus der Provinz Brandenburg 72, aus der Provinz Sachsen 47 und aus dem übrigen Deutschland 218.

Bei dem von der Landgesellschaft „Eigne Scholle" erworbenen Boden ist, da es sich um eine sehr intensive Wirtschaft handelt, die Vorbedingung für den Erfolg eine starke Eingewöhnung in die deutschen Verhältnisse. Aus diesem Grunde haben, wie die „Eigne Scholle" mir berichtet, die Rückwandrer, die in Brandenburg ihre zweite Stelle bewirtschaften, nachdem sie bereits im Osten ihre erste Stelle mit Erfolg veräußert haben, überall Erfolge aufzuweisen

während diejenigen, die direkt aus Rußland kamen, wenig Erfolg erzielten.

Für die übrigen preußischen Provinzen sind erst in den allerletzten Jahren Landgesellschaften unter Beihilfe des preußischen Staates gegründet worden, so für Sachsen die „Gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft Sachsenland“ in Halle a. S., für Schleswig-Holstein die „Schleswig-Holsteinsche Ansiedlungsgesellschaft“, beziehungsweise jetzt die „Höfebank“, für Schlesien die „Schlesische Landgesellschaft“, für Hessen-Nassau die Hessische Siedlungsgesellschaft in Cassel und für Hannover die „Hannoversche Siedlungsgesellschaft“ in Hannover. Alle diese Gesellschaften stecken noch sehr in den Anfängen. Auch haben sie gegenüber den bereits längere Jahre bestehenden Landgesellschaften keine Besiedlungen größeren Umfanges durchgeführt. Aber es ist doch interessant, daß z. B. die „Schlesische Landgesellschaft“ vor dem Kriege Verträge mit verschiedenen Rückwandrern geschlossen hatte, die jedoch infolge des Ausbruchs des Krieges rückgängig gemacht werden mußten.

Bei allen diesen Landgesellschaften, die zurzeit mit der Landbank zusammen die Träger der inneren Kolonisation in Preußen sind, handelt es sich in der Hauptsache um eine bäuerliche Kolonisation.

In den Jahren von 1891—1906 hatte man sich wenig um die Ansetzung von Landarbeitern gekümmert. Mit dem Jahre 1907 beginnt auf dem Gebiete der Landarbeiteransiedlung eine neue Epoche durch den Ministerialerlaß vom 8. Januar 1907, wonach auch der Rentenbankkredit für Stellen bis zur Größe von 0,125 ha gewährt wird. Aber auch diese Landarbeiteransiedlung hat keineswegs den gewünschten Erfolg gehabt. Der Spezialkommissar der Generalkommission Frankfurt a. O., Hans Riechert, läßt sich über den Erfolg der Arbeiteransiedlung seit 1907 folgendermaßen aus: „Von allen Freunden der inneren Kolonisation lebhaft begrüßt, hat dieser Erlaß den Grund gelegt zu einer Reihe günstiger Ergebnisse auf dem Gebiete der Ansetzung gewerblicher Arbeiter, während die Landarbeiteransiedlung trotzdem nur verhältnismäßig geringe Erfolge erzielte“ [1]).

Gewiß haben einige Landgesellschaften, insbesondere die Ostpreußische Landgesellschaft, Landarbeiterstellen gegründet, aber sie sind doch verhältnismäßig sehr gering an Zahl. Die Ostpreußische Landgesellschaft hat 521 Arbeiterstellen ausgelegt und 70 davon mit Rückwanderern besetzt.

Wir wollen nicht hier an dieser Stelle die einzelnen, in den letzten Jahren gegründeten Kleinsiedlungsgenossenschaften der Reihe nach anführen. Im Verhältnis zu den Erfolgen lohnt es sich wirklich nicht. Für die Zukunft muß jedenfalls vor allem auch Wert auf die Schaffung von Landarbeiterstellen gelegt werden.

---

1) Kleinsiedlung, im Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, 8. Ergänzungsheft, Jena 1913, S. 48.

3. Ersatz ausländischer Landarbeiter durch deutsche Rückwandrer.

Bereits seit 1890 beginnt in Deutschland ein stärkerer Zuzug von ausländischen Wanderarbeitern, die zu einem großen Teile in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Wir sind zwar nicht genau über die Zahl dieser Wanderarbeiter unterrichtet; aber es ist doch wohl anzunehmen, daß die Zahl der Wanderarbeiter von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Auf Grund der Ausländerlisten der preußischen Landratsämter hat Bodenstein [1]) die Zahl der ausländischen Arbeiter in Preußen für 1905 mit 454000, für 1906 mit 605000, für 1907 mit 733000 und für 1908 mit 780000 geschätzt.

Ein noch genaueres Bild von der Zahl der Wanderarbeiter erhalten wir durch die Feldarbeiter-Zentrale, die im Jahre 1905 begründet wurde. Freilich die Legitimierung der Wanderarbeiter durch diese Feldarbeiter-Zentrale erfolgt erst seit dem Jahre 1907. Damit erhielt diese Stelle eine behördliche Funktion für Preußen.

Es sind im Jahre 1908/09 für die Landwirtschaft 335824 Wanderarbeiter legitimiert worden, darunter ca. 250000 Polen, für die Industrie 229247; im Jahre 1909/10 für die Landwirtschaft 363983, darunter 280000 Polen, für die Industrie 242232; im Jahre 1910/11 für die Landwirtschaft 387902, darunter 320000 Polen, für die Industrie 308123; im Jahre 1911/12 für die Landwirtschaft 397364, darunter 360000 Polen, für die Industrie 332211; im Jahre 1912/13 für die Landwirtschaft 411706, darunter 350000 Polen, für die Industrie 355509 [2]). Nun ist aber zu berücksichtigen, daß sich diese Legitimation nur für Preußen und einige Nachbarstaaten versteht, während Süddeutschland vollständig davon ausgeschlossen ist. Die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter erhöht sich dadurch um ein ganz Beträchtliches, wie sich auch aus den Ausführungen auf der dritten Konferenz für Auswandererwesen, die vom Caritasverband für das katholische Deutschland veranstaltet wurde, ergibt. Hier ist festgetellt worden, daß die Einwanderung aus den einzelnen, für die Wanderarbeiter in Betracht kommenden Teilen keineswegs durch die Legitimierung der Feldarbeiter-Zentrale erfaßt wird [3]).

Wir werden demnach die Zahl der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter auf mindestens eine halbe Million schätzen.

Wenn auch hier nicht der Ort ist, um genau die Gründe zu untersuchen, warum ausländische Wanderarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt werden, so ist dennoch zu sagen, daß dieser Uebelstand in der Hauptsache hervorgerufen wurde durch die große Landflucht, die in Deutschland in den letzten Jahrzehnten stattgefunden

---

1) Der Arbeitsmarkt in Industrie und Landwirtschaft und seine Organisation, Vortrag bei der Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Berlin 1909, S. 17/18.

2) Nach den Berichten über die Tätigkeit der deutschen Feldarbeiterzentralstelle.

3) In „Das Auswandererproblem", 4. Heft, Die dritte Konferenz für das Auswandererwesen in Dresden, über die ausländischen Saisonarbeiter in Deutschland, Freiburg i. B. 1912.

hat. Brösike hat in der Zeitschrift des preußisch-statistischen Landesamtes nachgewiesen, daß durchschnittlich alljährlich 200000 Personen vom Lande nach der Stadt und in die Industrie abwandern, während das Land bei Ausfüllung aller ländlichen Arbeitsplätze jährlich nur 125000 abgeben könne. Bodenstein fügt hier hinzu: „Ob diese Zahl für die letzten Jahre noch zutrifft, mag sehr zweifelhaft sein. Der Bedarf an Arbeitskräften scheint mir in Wirklichkeit wesentlich höher zu sein“ [1]).

Freilich wird man auch zu berücksichtigen haben, daß, wie Regierungspräsident v. Schwerin [2]) gesagt hat: „Der ausländische Arbeiter genommen wird, weil der inländische fehlt, und der inländische fortzieht, weil der ausländische kommt.“

Die Einwanderung der ausländischen Wanderarbeiter ist für die Landwirtschaft und für das deutsche Volk höchst unliebsam und hat bedenkliche Folgen gezeitigt. Wenn auch die polnischen Wanderarbeiter nicht im Deutschen Reiche ansässig werden dürfen und sozusagen einen Weihnachtsurlaub, der vom 20. Dezember bis zum 1. Februar dauert, bekommen, so lassen sich dennoch manche im Deutschen Reiche nieder. Dadurch erhalten die Polen eine Verstärkung. Weiterhin wird aber eine Menge deutschen Kapitals nach dem Auslande getragen. Es ist von Trzcinski [3]) angegeben worden, daß die Wanderarbeiter aus dem Großherzogtum Posen Ersparnisse von 100—175 Mark alljährlich machen. Cleinow [4]) gibt die Arbeiten des Warschauer statistischen Komitees an, wonach die Wanderarbeiter pro Kopf in Deutschland Ersparnisse alljährlich von 70 Rubel machen.

Außerdem werden uns aber noch Krankheiten eingeschleppt und gerät unsere Landwirtschaft in eine Abhängigkeit vom Auslande. Ganz besonders vor dem Kriege tauchte bereits die Frage auf, ob Rußland mit Ablauf der Handelsvertragsperiode die Pässe für die Saisonarbeiter nach Deutschland verweigern wird.

Alles dies ist aber im Verhältnis noch gering gegenüber der Tatsache, daß durch die ausländischen Wanderarbeiter der deutsche Landarbeiterstand allmählich vernichtet wird. Wir haben bereits einen Satz von Schwerin angeführt, der zum Ausdruck bringt, daß die deutschen Landarbeiter wegziehen, wenn die Ausländer kommen. Auch Schiele [5]) gelangt bei seinen Beobachtungen zu demselben Resultate.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat man denn versucht, die ausländischen Wanderarbeiter durch Rückwandrer zu ersetzen. Wir werden in folgendem diese Bestrebungen schildern:

1) a. a. O. S. 11.

2) Die Bedeutung der Grundbesitzverteilung vom nationalen Standpunkt aus, in dem Jahrbuche „Ostland“, 1913, S. 31.

3) Russisch-Polnische und Galizische Wanderarbeiter im Großherzogtum Posen, Stuttgart 1906, S. 108.

4) a. a. O. S. 235.

5) Die Schicksalsstunde der deutschen Landwirtschaft, in: Ueber innere Kolonisation und städtische Wohnungspflege, Berlin 1913, S. 24/35.

a) Rücksiedlungsbestrebungen von Professor Fabarius

Das Verdienst, als erster eine Rücksiedlung von Auslanddeutschen nach dem Deutschen Reiche in die Wege geleitet zu haben, gebührt dem früheren Divisionspfarrer Fabarius in Coblenz, der späterhin Professor und Direktor der Kolonialschule in Witzenhausen wurde. Bereits im Jahre 1898, als von Fabarius der evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer mit seinem Sitze in Coblenz begründet wurde, betonte er, daß die Auswanderung und Rückwanderung sowohl theoretisch wie auch praktisch zusammen behandelt werden müßten.

Als dann späterhin, ebenfalls noch im Jahre 1898, Fabarius nach Witzenhausen übersiedelte und hier die Leitung der von ihm begründeten Kolonialschule übernahm, war ihm die Möglichkeit geboten, einen praktischen Versuch mit seinen Ideen über die Rückwanderung zu machen. Von der deutschen Kolonialschule wurde die Domäne Witzenhausen mit polnischen Arbeitern übernommen. Man empfand es als: „gegen die Ehre einer deutschen Kolonialschule verstoßend, wenn man bei der großen Zahl der aus dem Südosten Europas auswandernden Deutschen hier im Herzen Deutschlands Polen statt notleidende deutsche Arbeiter beschäftigte. Ein Versuch mußte gemacht werden, deutsche statt polnische Arbeiter zu gewinnen. Damals ging das Gerücht, daß die Siebenbürger Sachsen wegen wirtschaftlicher Notlage in großen Scharen auswanderten. Man wandte sich an Professor Wittstock-Hermannstadt, der jedoch das Gerücht zerstreute und auf die Banater Schwaben verwies“ [1]).

Wie mir Professor Fabarius mitteilte, wandte er sich nun an den Lehrer Jökel in der Batschka. Dieser ging sofort bereitwilligst auf die Pläne ein, ebenso die Bewohner seines Ortes, deren Vorfahren vor etwa 150 Jahren vornehmlich aus der Rheinpfalz dorthin ausgewandert waren. Bereits im Frühjahr 1899 trafen die ersten 30—40 Mann von dort ein. Dieser Vorgang regte auf Grund von Mitteilungen an andere landwirtschaftliche Kreise zur Nachahmung an, und daraufhin hat der evangelische Hauptverein bereits in demselben Sommer noch mehrere hundert solcher Deutschen als Sommerarbeiter aus der Batschka herübergeholt.

Professor Fabarius ging nicht direkt auf die Auswanderung dieser Deutschen aus Ungarn aus, sondern er wollte vornehmlich ihre Kapitalkraft und ihr Deutschbewußtsein stärken und auffrischen. Dann aber dachte er doch daran, diese Leute von der in Ungarn sehr im Schwunge gehenden Auswanderungslust nach Amerika abzuhalten und sie zur Rückwanderung nach den deutschen Ostmarken zu bewegen.

Im Jahre 1900 waren bereits über 4000 solchen Deutschen aus Ungarn Arbeit in Deutschland von dem evangelischen Hauptverein vermittelt worden. Für diesen Zweig seiner Arbeit nahm

1) Griesebach, a. a. O. S. 8.

der evangelische Hauptverein den Namen: „Deutscher Heinrich, zur Wohlfahrtspflege der ungarischen Wanderarbeiter“ an.

Die ungarische Regierung wurde gegen diese Arbeit mißtrauisch und wandte sich schließlich gegen den deutschen Lehrer Jökel mit Gefängnisstrafen, so daß er die Vermittelungstätigkeit aufgeben mußte. Da nun dieser Weg nach Ungarn verschlossen war, so suchte Fabarius die Arbeit neu anzuknüpfen und wandte sich an die Deutschen in Wolhynien und an der Wolga. Es wurde auch ein Geschäftsführer von dem Hauptvereine angestellt, der Pfarrer Liz. Faure. Damals wurden denn, wie wir bereits berichtet haben, der Ansiedlungskommission deutsche Bauern aus Wolhynien zur Ansiedlung in den Ansiedlungsprovinzen vermittelt. Außerdem erhielt die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft deutsche Rückwandrer zur Ansiedlung überwiesen. Auf Grund der Arbeit von Professor Fabarius geschah die Ansiedlung Deutscher aus dem Kaukasusgebiet in Deutsch-Ostafrika. Von vornherein hat Fabarius aber diesen Versuch für durchaus verkehrt gehalten und dem damaligen Leiter der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes und dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg in einer ausführlichen Denkschrift auseinandergesetzt, daß sich die Leute aus dem Kaukasusgebiete wenig zur Ansiedlung eignen.

Tausende von deutsch-russischen Wanderarbeitern wurden von Fabarius für das Deutsche Reich gewonnen. „Diese Arbeit war naturgemäß nicht möglich, ohne eine umfassende Propaganda unter den Deutschen Rußlands. Dreimal bereiste der damalige Geschäftsführer des Vereins die in Betracht kommenden Gegenden Rußlands. Durch die dankenswerte Beihilfe des Hilfsausschusses für die Notleidenden Rußlands wurden die recht beträchtlichen Mittel beschafft, die diese ganze umfangreiche und mühsame Arbeit erforderte. Frühjahr 1908 wurde in Witzenhausen bei dem evangelischen Hauptverein eine besondere Abteilung für Rückwandrer eingerichtet“ [1]). Im August 1908 wurde die Rückwandrerstelle auf Betreiben von Pfarrer Faure nach Berlin verlegt, und im Frühjahr 1901 wurde ein neuer Verein, der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer, gegründet, durch den dann die Rücksiedlungsbestrebungen von Professor Fabarius auf eine breitere Grundlage gestellt wurden.

b) Die Kleinsiedlungs-Genossenschaft in Ostrowo.

Einen zweiten Anstoß erhielt die Rücksiedlung von Deutschen aus Rußland, in der Hauptsache von Deutschen aus Polen, durch den Pfarrer Joseph Rosenberg. Rosenberg war lange Zeit Geistlicher in Russisch-Polen und Wolhynien gewesen, er hatte dort die Not der deutschen Kolonisten kennen gelernt und insbesondere erkennen müssen, daß die evangelischen Deutschen in Russisch-Polen allmählich der Polonisierung durch die evangelische Geistlichkeit anheimfallen. Pfarrer in Ostrowo geworden, musste nun Rosenberg es er-

1) Griesebach, a. a. O. S. 10.

leben, wie alljährlich Hunderttausende von Polen als Wanderarbeiter über die Grenze kamen. Hier wollte er Abhilfe schaffen. Sowohl dem deutschen Landwirt als auch den deutschen Kolonisten in Rußland sollte geholfen werden. Es wurde im Jahre 1905 in Ostrowo ein Hilfsausschuß für deutsche Rückwandrer errichtet, der es sich zur Aufgabe machte, deutsche Rückwandrer an Stelle der polnischen Wanderarbeiter in Deutschland zu beschäftigen. Vom preußischen Staat wurde Rosenberg das Recht verliehen, diesen rückwandernden Deutschen die notwendige amtliche Bescheinigung für ihren Aufenthalt zu geben. Bereits im Jahre 1907 waren über 800 Deutsche aus Rußland durch die Vermittlungstätigkeit von Rosenberg nach Deutschland gekommen. Insgesamt sind wohl bis heute 20 000 deutsche Rückwandrer durch Rosenberg vermittelt worden. Trotz Arbeiterzentrale und Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer besteht noch jetzt die Vermittlungsstelle von Rosenberg.

Aber Pfarrer Rosenberg ist nicht bei diesem Unternehmen stehengeblieben. Er erkannte auch, daß es notwendig ist, daß der Rückwandrer in Deutschland ein festes Heim erhält. Es kam ihm darauf an, einen festen deutschen Arbeiterstamm in den Ostmarken zu schaffen. Gegenüber den polnischen Wanderarbeitern, die alljährlich in die Industriegegenden strömten, dort Ersparnisse machten und in die Ansiedlungsprovinzen zurückkehrten und sich dort eine Stelle kauften, wollte Rosenberg eine deutsche Kleinsiedlung großen Stils betreiben. Wohl erkannte er auch die Landflucht, aber demgegenüber stand für ihn, wie er in seiner Schrift ausführte, fest, „daß Landarbeiter fest angesiedelt werden müssen, wenn sie nicht in die Städte abwandern sollen. Die Landflucht kann nur gehoben werden, wenn dem Arbeiter auf dem Lande ein festes Heim und Aussicht zum Aufrücken geboten wird. Das Land muß in den Vorteilen, die es dem Arbeiter bietet, mit der Stadt wetteifern können. Der Arbeiter muß einen Vorteil darin sehen, auf dem Lande zu bleiben“ [1]).

Rosenberg hat in seiner Schrift den Plan entwickelt, wie der Rückwandrer zuerst eine ganz kleine Stelle erwirbt mit 3 Morgen Land. Er muß auf Sommerarbeit gehen, gewiß, aber der so angesiedelte Arbeiter bleibt dem Osten erhalten. Wenn er so einige Jahre auf Wanderarbeit gegangen ist, dann hat er sich allmählich so viel erspart, um eine größere Stelle zu erwerben. Den Anspruch auf diese Stelle hat er aber nur, wenn er nachwnisbar sich als tüchtiger Landarbeiter bewährt hat und seine Pflichten gewissenhaft erfüllt. Durch dieses allmähliche Aufrücken soll der Landarbeiter selbständiger Bauer werden und die Sachsengängerei aufgeben.

Rosenberg wollte, daß in den Ostmarken von der Ansiedlungskommission sein Kleinsiedlungsprojekt durchgeführt würde und

1) Joseph Rosenberg, „Endlich gelöst!“ Die Ostmarkenfrage, die Landarbeiterfrage, Leipzig 1905, S. 23.

überhaupt vorläufig an Stelle der Bauernkolonisation die Kleinkolonisation trete. Die Ansiedler für diese Kolonisation glaubte Rosenberg in den Deutschen Russisch-Polens gefunden zu haben. Schon als Pfarrer in Rußland hatte er einen offenen Brief an das lutherische Konsistorium gerichtet und dazu gemahnt, abzulassen von der Polonisierung der evangelischen Deutschen; jetzt in Deutschland war sein ganzes Bestreben darauf gerichtet, die Deutschen Russisch-Polens nach dem Deutschen Reiche zurückzusiedeln.

Die Ansiedlungskommission hat diesen Rosenbergschen Gedanken nicht aufgenommen. Es wurde von Rosenberg im Jahre 1906 die Deutsche Kleinsiedlungs-Genossenschaft in Ostrowo gegründet. Mit nur 63 Mitgliedern, die etwa 30000 M. Anteile besaßen, begann die Tätigkeit. Durch die unermüdliche und erfolgreiche Arbeit von Rosenberg und dem Generalsekretär der Genossenschaft, Pastor Mahler, der über 200 öffentliche Vorträge gehalten hat, gelang es, die Mitgliederzahl auf fast 1000 zu erhöhen. Das zur Verfügung gestellte Kapital besteht teils in Anteilen, teils in Obligationen. Die Genossenschaft verfügt jetzt über $^3/_4$ Million M. Kapital.

Die Siedlungstätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo erstreckte sich auf die Kreise Ostrowo, Adelnau, Schildberg, Kempen, Hohensalza, Gostyn, Znin und Krotoschin-Koschmin. Es wurden insgesamt 300 Stellen begründet. Einige Ansiedler haben bereits so viel Ersparnisse gemacht, daß sie eine Bauernstelle übernehmen konnten. Jedoch ist nicht durchgesetzt worden, nur Rückwandrer anzusiedeln; es beträgt die Zahl der Rückwandrer nur 58 unter den angesetzten Ansiedlern. Ursprünglich wurde die Besiedlung in Verbindung mit der Generalkommission durchgeführt nach demselben Verfahren, wie bei den übrigen Ansiedlungsgesellschaften. Seit dem Jahre 1910 gewährt die preußische Regierung zum Zwecke der Ansiedlung ländlicher Arbeiter 1000 Mark für jede Stelle, die teilweise als zinslose Darlehen der Genossenschaft zur Verfügung stehen, teilweise aber auch zur Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse freigegeben und zu Eigentum überwiesen werden. Besonders zur Deckung des bei Verkauf der Rentenbriefe entstandenen Kursverlustes wurden diese Mittel benutzt.

Im Jahre 1910 wurde auch durch einen Ministerialerlaß die Kleinsiedlung in den Ansiedlungsprovinzen auf eine ganz neue Grundlage gestellt. Von nun an wird die Siedlungstätigkeit vollzogen im Einvernehmen mit der Ansiedlungskommission, und statt der Rentenbriefe wird das Kapital aus dem Ansiedlungsfonds in bar gegeben. Aber diesen Erleichterungen steht auch eine ungemeine Erschwerung der Siedlungstätigkeit gegenüber. Von nun an darf die Kleinsiedlungsgenossenschaft nur mehr in dem Kreise Ostrowo und den Nachbarkreisen Adelnau, Schildberg und Kempen besiedeln. Wenn auch dieses Arbeitsfeld nicht allzu klein ist, so ist dennoch die Genossenschaft sehr in Anspruch genommen worden durch die Auseinandersetzung mit den nunmehr von ihr gegründeten Tochtergenossenschaften für die Kreise Hohensalza, Gostyn, Znin und

Krotoschin. Bis zum Jahre 1913 hat die Ansiedlungstätigkeit durch diese Umwälzung noch nicht ihren früheren Umfang erreicht. Wie so oft innerhalb der neuesten Periode der inneren Kolonisation in Preußen, hat auch hier wiederum durch die bureaukratisch-juristische Regelung der Verhältnisse die Siedlungstätigkeit einen herben Stoß erlitten.

Uns interessiert ja nun hauptsächlich, wie es den von der Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo angesetzten Rückwandrern ergangen ist. Amtsrichter Heidenhain [1]) fällt in seinem Berichte über die Kleinsiedlungsgenossenschaft ein allzu herbes Urteil über die Rückwandrer, das, soweit ich persönlich die Verhältnisse kenne, durchaus nicht zutrifft. Er sagt: „Die Rückwandrer sind träge, die Außenarbeit zumal im fernen Westen ist bei ihnen in keiner Weise in Aufnahme gekommen.“ Ganz anders lautet schon das Urteil von Riechert[2]), der genau untersucht, woher die einzelnen Rückwandrer stammen, und zu dem Schlusse kommt, daß die Deutschen aus Russisch-Polen ein recht brauchbares Material sind und daß sie ihren Platz sehr wohl ausfüllen und keinen Anlaß zu Klagen geben.

Wenn auch der ursprüngliche Gedanke, Rückwandrer in großer Anzahl in den Ansiedlungsprovinzen als Landarbeiter anzusiedeln, keineswegs von der Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo durchgeführt wurde, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß schon eine Menge im Verhältnis zu der kurzen Zeit und vor allem auch gegenüber all den Hemmungen, die sich geltend machten, erreicht wurde. Freilich wird ja überhaupt zu untersuchen sein, ob die Ansiedlung von Landarbeitern am zweckmäßigsten durch Genossenschaften erfolgen soll. Ich bin geneigt, einer freien Selbstbesiedlung durch den Arbeiter das Wort zu reden.

c) Der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer.

Im Jahre 1909 wurde der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer von dem früheren landwirtschaftlichen Sachverständigen unserer diplomatischen und konsularischen Vertretung in Petersburg, Borchardt, gegründet. An seiner Gründung waren jedoch in erheblichem Maße Professor Fabarius und Pfarrer Rosenberg beteiligt. Im Grunde genommen ist der Fürsorgeverein eigentlich ein Kind dieser bereits bestehenden Rücksiedlungsbestrebungen. Auch er verfolgt vornehmlich den Zweck der Ersetzung der Wanderarbeiter durch deutsche Rückwandrer. Freilich ist die Rücksiedlung damit auf eine breitere Grundlage gestellt worden. Der Verein soll eine Vermittelungsstelle zwischen Rückwandrern als Landarbeitern und den deutschen Landwirten als Arbeitgebern sein. Die Mitglieder des Fürsorgevereins sind entsprechend diesem Gründungszwecke Landwirte oder landwirtschaftliche Organisationen. Die Einzelmitglieder

1) In Archiv für exakte Wirtschaftsforschung 15. Ergänzungsheft. Jena 1914, S. 94.

2) Die Kleinsiedlungen der Königlichen Generalkommission zu Bromberg, Berlin 1911.

zahlen einen Jahresbeitrag von 5 Mark, die korporativen Mitglieder einen solchen von 100 Mark. Durch die einmalige Zahlung des zehnfachen Jahresbeitrages wird die dauernde Mitgliedschaft erworben.

Nach dem ersten Gründungsjahre belief sich die Zahl der Mitglieder auf 180, davon waren 22 korporative Mitglieder und darunter 5 Landwirtschaftskammern und 5 Landkreise. 1911 war die Mitgliederzahl 305, davon 43 korporative Mitglieder und hierunter 8 Landwirtschaftskammern und 5 Landkreise. Am 31. März 1914 betrug die Mitgliederzahl 627, wovon 45 korporative Mitglieder waren, und zwar 9 Landwirtschaftskammern und 20 Landkreise. Unter den sonstigen korporativen Mitgliedern ist noch der deutsche Ostmarkenverein und die Hamburg-Amerika-Linie zu nennen.

Da der Verein ein kaufmännisch geleitetes Unternehmen ist, steht an der Spitze ein Aufsichtsrat, der von den Mitgliedern gewählt und von 10 Personen gebildet wird. Seit Gründung des Vereins ist Staatsminister v. Studt Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Die Geschäftsführung liegt in Händen des Vorstandes, der vom Aufsichtsrate bestellt ist; der Gründer des Vereins, Borchardt, ist der Vorsitzende des Vorstandes, und neben ihm sind Mitglieder des Vorstandes der Generalsekretär und ein Dezernent des preußischen Landwirtschafts-Oekonomiekollegiums.

Die Zentralstelle des Vereins ist Berlin, und hat die Zahl der Beamten ständig zugenommen. Zuletzt waren es 33, darunter befinden sich 4 landwirtschaftliche Hilfsarbeiter und ein Vereinsgeistlicher.

Vermittelungsstellen für Rückwandrer hat der Verein in Königsberg für Ostpreußen, in Stettin für Pommern, in Kiel für Schleswig-Holstein, in Güstrow für Mecklenburg-Schwerin und in Neu-Brandenburg für Mecklenburg-Strelitz. Die Rückwandrerstelle in Königsberg wird von dem Fürsorgeverein, der Landwirtschaftskammer und der Ostpreußischen Landgesellschaft unterhalten, während Stettin und Kiel Einrichtungen der dortigen Landwirtschaftskammern sind. Die beiden mecklenburgischen Rückwandrerstellen sind von den dortigen landwirtschaftlichen Vereinen geschaffen.

Außerdem hat der Fürsorgeverein 110 Vertrauensleute in Deutschland, die die Wünsche der Arbeitgeber und der Rückwandrer zu regeln haben. In Rußland selbst sind 106 Vertrauensleute, die die Rückwanderungsgebiete aufschließen.

Der Fürsorgeverein will das Angebot und die Nachfrage von Rückwandrern regeln. Auf Grund der Nachfragen der Arbeitgeber deckt er seinen Bedarf in den für die Rückwanderung erschlossenen Gebieten. Der Arbeitgeber hat dem Fürsorgeverein folgende Beschaffungskosten zu entrichten:

a) Für eine Arbeiterfamilie, die außer Mann und Frau noch weitere Arbeitskräfte stellen, beläuft sich die Gebühr für jede arbeitspflichtige Person von mindesten 15 und höchstens 50 Jahren auf 50 M.

Für die Ehefrau solcher Familien wird eine Gebühr von 25 M. erhoben, wenn ihre Mitarbeit vertraglich verlangt wird.

b) Für Arbeiterfamilien, die außer Mann und Frau keine weiteren Arbeitskräfte stellen, beträgt die Gebühr für die Familie 50 M., bei vertraglich freigestellter Mitarbeit der Hausfrau 25 M.

c) Für selbständige Einzelarbeiter belaufen sich die Beschaffungskosten für jede Person auf 25 M.

Außerdem hat der Arbeitgeber die Reisekosten der inländischen Eisenbahnfahrt und die Gepäckbeförderung zu tragen.

Die sämtlichen Beschaffungskosten erhöhen sich für Nichtmitglieder des Fürsorgevereins um je 5 M.

Zur Regelung des Angebotes von Rückwandrern hat der Fürsorgeverein in Rußland die bereits erwähnte Zahl von Vertrauensmännern. Ueberall dort, wo ein Deutscher zur Auswanderung bereit ist, suchen die Vertrauensmänner ihn für Deutschland zu gewinnen. Eine Agitation für Auswanderung ist in Rußland verboten. Deswegen hat der Fürsorgeverein auch noch keinerlei Konflikte mit der russischen Regierung gehabt.

Aus den Jahresberichten des Fürsorgevereins geht hervor, daß mit zunehmender Nachfrage nach Rückwandrern stets neue Quellen für die Rückwanderung in Rußland erschlossen werden mußten. Mit diesem Aufschluß neuer Zuflußgebiete ist öfters die Gefahr verknüpft, daß die Uebersicht über die Güte des Menschenmaterials abnimmt, aber bis jetzt ist noch der Fürsorgeverein derartiger Schwierigkeiten Herr geworden.

Zur besseren Eingewöhnung der Rückwandrer in die deutschen Verhältnisse wurden für Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg besondere Normalverträge geschaffen, die zwischen dem Rückwandrer und dem Arbeitgeber abgeschlossen werden. Es soll hierdurch dem allmählichen Uebergang zwischen den ortsüblichen Verträgen und den Forderungen der Rückwandrer, die vielfach von denen der deutschen Arbeiter abweichen, Rechnung getragen werden

Der Fürsorgeverein begnügt sich keineswegs mit einer Vermittlungstätigkeit zwischen Rückwandrer und Arbeitgeber, sondern sieht seine Arbeit vornehmlich erst nach der Ansetzung der Rückwandrer gekommen. Auf der einen Seite unterstützt er den Arbeitgeber mit Rat und Tat, damit die Rückwandrer richtig behandelt werden, auf der anderen Seite läßt er aber, wie schon der Name sagt, den Rückwandrern selbst Schutz und Fürsorge angedeihen, um so diese Menschen allmählich in die deutschen Verhältnisse einzuführen.

Entsprechend der großen Bedeutung der Religion im Leben des Rückwandrers sucht der Fürsorgeverein hierdurch seinen Schutzbefohlenen deutsches Wesen nahezubringen. Schon bei der Ansiedlungskommission hat sich ja ergeben, wie hier eigentlich der

ganze Kernpunkt für die Eingewöhnung der Rückwandrer in deutsche Verhältnisse liegt. Angesichts dieser Tatsache hat auch der Fürsorgeverein einen Vereinsgeistlichen angestellt, der den religiösen Bedürfnissen der Rückwandrer entgegenkommt und vor allem auch die deutschen Pfarrer für diese Rückwandrer interessieren soll. Hat es auch der Fürsorgeverein entsprechend der größeren Anzahl der evangelischen Deutschen in Rußland mit mehr evangelischen Rückwandrern zu tun, so hat er sich dennoch keineswegs eine konfessionelle Beschränkung auferlegt, sondern auch katholische Rückwandrer in Deutschland angesetzt. Hierzu bediente er sich der Vermittlung des Prälaten Werthmann, des Vorsitzenden des Caritas-Verbandes für das katholische Deutschland.

Der Kontrakt zwischen dem Arbeitgeber und dem Rückwandrer wird auf 2 Jahre abgeschlossen. Der Fürsorgeverein sucht selbstverständlich den Rückwandrer nach Ablauf dieser Zeit noch auf derselben Stelle zu halten. In den weitaus meisten Fällen ist auch der Kontrakt verlängert worden.

Das Bestreben des Fürsorgevereins geht vor allem dahin, die Seßhaftmachung der Rückwandrer im Deutschen Reiche durch Naturalisierung der Rückwandrer zu erreichen. Die deutschen Behörden haben die dazu unternommenen Schritte auch meist unterstützt.

Für kranke Rückwandrer hat der Fürsorgeverein einen besonderen Kranken-Unterstützungsfonds ins Leben gerufen. Es wurden aus den Reihen der Mitglieder namhafte Beträge gezeichnet und auf diese Weise ermöglicht, armen kranken Rückwandrern eine Krankenhaus- und Heilstättenbehandlung zugute kommen zu lassen.

Aehnlich der Vermittlung von Landarbeitern hat der Fürsorgeverein auch Rückwandrer, die die Waldarbeit verstehen, auf Waldarbeiterstellen untergebracht. Es sind hierzu mit den staatlichen Forstverwaltungen besondere Verträge geschlossen worden.

Wenn auch keineswegs das Hauptgewicht auf die Vermittlung von Ansiedlerstellen gelegt wurde, so suchte dennoch der Fürsorgeverein auch hierin die ganze Vermittlung in seine Hände zu bekommen. Es ist ihm dies nicht ganz gelungen und auch verständlich aus der Erwägung heraus, daß die Ansiedler in gewissem Sinne doch von der sie ansiedelnden Körperschaft abhängig werden und damit eine Tätigkeit des Fürsorgevereins nach der Ansetzung ausgeschlossen ist. Der Fürsorgeverein macht zwar ausdrücklich immer wieder in seinen Jahresberichten darauf aufmerksam, daß bei einer Ansetzung von Rückwandrern als Ansiedler seine Vermittlung angerufen werden soll, insbesondere von den Rückwandrern, die auf Vermittlung von Verwandten und Bekannten, vorzugsweise aber auch von Agenten, nach Deutschland kommen. Diese Rückwandrer sind leicht geneigt, größere Ankäufe zu machen, die für sie unvorteilhaft sind, da sie von Rußland her die Vorstellung einer extensiven Bewirtschaftung haben und die deutschen Verhältnisse nicht kennen.

Mit der Ostpreußischen Landgesellschaft hat der Fürsorgeverein zusammen gearbeitet und ihr reiches Ansiedlermaterial zur Verfügung gestellt. Aber dennoch nehmen die vom Fürsorgeverein übermittelten Rückwandrer nur $^1/_4$ der sämtlichen Rückwandrer der Ostpreußischen Landgesellschaft ein.

Die Tätigkeit des Fürsorgevereins in den Geschäftsjahren 1909 bis 1914 ergibt sich aus beiliegenden statistischen Nachweisungen. Aus umstehender Tabelle 1 ersieht man die Zunahme der Rückwandrerbewegung in den einzelnen Jahren. Waren es im ersten Geschäftsjahre nur 779 Personen, so im letzten von 1913—1914 5494.

Aus der zweiten Tabelle ersieht man die den einzelnen Provinzen bzw. Staaten von dem Fürsorgeverein in der Zeit von 1909—1914 zugeführten Rückwandrer. Im allgemeinen ergibt sich auch prozentual der gleiche Anteil der einzelnen Provinzen bzw. Staaten für die einzelnen Geschäftsjahre. Eine Ausnahme macht jedoch Schleswig-Holstein. Hierzu teilt mir die Rückwandrerstelle der dortigen Landwirtschaftskammer mit, daß „während in der Zeit vor Gründung der Rückwandrerstelle (1908—1911) insgesamt etwa 75 Familien bei 20 Arbeitgebern untergebracht wurden, seit 1911 durch die intensivere Arbeit der Rückwandrerstelle fortan alljährlich über 100 Rückwandrerfamilien in die Provinz kamen. Heute gibt es in Schleswig-Holstein über 400 Familien und ebensoviel Ledige mit über 2000 Personen bei 130 Arbeitgebern".

Inwieweit nun die Rückwandrer dem Deutschen Reiche erhalten wurden, ergibt sich aus dem Geschäftsbericht von 1912. Danach sind 95 Proz. der durch den Fürsorgeverein zugeführten Rückwandrer im Inland geblieben. 75 Proz. verblieben in der zuerst aufgesuchten Provinz.

Bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Fähigkeiten der Rückwandrer wird man durch die Nachweisungen über den Kontraktbruch an den Arbeitsstellen einige Auskunft erhalten. Im Jahre 1909 sind 382 Personen kontraktbrüchig geworden, im Jahre 1910 194. Nach den Geschäftsberichten hat eine Zunahme der Kontraktbrüche in der Folgezeit nicht stattgefunden.

Auskunft über die Eignung der Rückwandrer für die deutschen Verhältnisse ergibt das Urteil der Arbeitgeber, bei denen die Rückwandrer untergebracht wurden. Man wird ja zwar hier immer zu berücksichtigen haben, daß die Schuld auch öfters an den Arbeitgebern liegen kann und nicht nur an den Rückwandrern. Aber trotzdem wird man im allgemeinen wohl die Arbeitgeber als kompetent heranziehen können, insbesondere die Arbeitgeber, die mehrere Familien bei sich beschäftigt haben. So gibt es Gutsbesitzer, die über 20 Rückwandrerfamilien in Arbeit hatten. Leider liegen über die sämtlichen Rückwandrer keine Gutachten der Arbeitgeber vor, sondern nur aus Ostpreußen vom Jahre 1913 und aus Westpreußen und Pommern bis zum Jahre 1911 über sämtliche Rückwandrer.

Die mir aus Ostpreußen vorliegenden 100 Gutachten sprechen sich fast durchweg günstig über die Rückwandrer aus. Freilich

Statistische Nachweisung über die Rückwandrerbewegung in den Geschäftsjahren 1909—1913.

Geschäftsjahr	Personen überhaupt	Zahl der arbeitsfähigen Personen	Gesamtzahl der		Art der Unterbringung								Es besichtigten Güter		Es begaben sich zu bereits im Inland befindl. Verwandten		Es brachten sich selbst unter	
					Landarbeiter		Waldarbeiter		Handwerker		Ansiedler							
			Familien	Ledigen	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledige u. Vorläufer	Familien	Ledige	Familien	Ledige
1.1.—31.3.09	779	479	164	78	148	65	8	1	2	2	.	.	2	.	4	10	.	.
1909	4 074	2 398	835	256	514	158	83	10	19	15	31	.	30	3	87	66	71	4
1910	3 828	2 219	724	281	400	123	24	1	21	3	27	1	30	.	109	128	113	25
1911	4 748	2 669	877	319	517	117	12	.	37	8	43	.	44	3	117	78	107	113
1912	4 203	2 414	796	375	400	102	8	.	9	3	75	.	83	60	53	77	168	133
1913	5 494	3 217	950	555	556	177	4	.	2	.	69	1	85	136	51	66	183	175
zusammen	23 126	13 396	4346	1864	2535	742	139	12	90	31	245	2	274	202	421	425	642	450

Nachweisung
über die vom Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer in der Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. März 1914 den einzelnen Provinzen bzw. Staaten zugeführten Rückwandrer.

Provinz bzw. Staat	Landarbeiter		Waldarbeiter		Ansiedler		Handwerker u. Industriearbeiter		Gesamtzahl der		Zahl der arbeitsfähigen Personen	Personen überhaupt	davon im Geschäftsjahr 1913
	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledige	Familien	Ledigen			
1. Provinz Ostpreußen	832	187	12	.	189	2	4	3	1037	192	2 935	5 247	1556
2. „ Westpreußen	269	105	46	6	10	.	2	.	327	111	1 848	1 077	145
3. „ Posen	119	30	25	2	27	.	31	9	202	41	526	945	64
4. „ Schlesien	171	15	35	3	5	.	.	.	211	18	546	998	164
5. „ Brandenburg	258	61	12	.	3	.	15	3	288	64	884	1 568	122
6. „ Pommern	347	163	4	1	11	.	.	.	362	164	1 285	2 185	231
7. „ Schleswig-Holstein	395	159	.	.	.	.	.	.	395	159	1 201	2 118	928
8. „ Hannover	21	2	.	.	.	.	.	.	21	2	51	109	29
9. „ Sachsen	10	1	.	.	.	.	.	.	10	1	24	48	7
10. „ Westfalen	11	7	.	.	.	.	6	.	17	7	50	79	56
11. Rheinprovinz	3	.	.	.	.	.	28	14	31	14	104	126	.
12. Großherzogt. Meckl.-Schwerin	84	8	.	.	.	.	.	.	84	8	225	469	169
13. „ Meckl.-Strelitz	7	4	.	.	.	.	.	.	7	4	21	35	15
14. „ Sachsen-Weimar-Eisenach	3	.	.	.	.	.	.	.	3	.	7	11	6
15. Herzogtum Braunschweig	5	.	.	.	.	.	.	.	5	.	11	21	8
16. Königreich Bayern	.	.	.	.	.	.	1	.	1	.	2	4	.
17. „ Sachsen	.	.	5	.	.	.	3	2	8	2	18	49	.
	2535	742	139	12	245	2	90	31	3009	787	8 967	15 860	3500
Außerdem													
a) besichtigten Güter	.	.	.	.	.	.	.	.	274	202	872	1 483	544
b) begaben sich zu bereits im Inland befindlichen Verwandten	.	.	.	.	.	.	.	.	421	425	1 339	2 063	299
c) brachten sich selbst unter	.	.	.	.	.	.	.	.	642	450	2 218	3 720	1151
Zusammen	.	.	.	.	.	.	.	.	4346	1864	13 396	23 126	5494

wird von den Arbeitgebern hervorgehoben, daß die Rückwandrer sich erst allmählich in die deutschen Verhältnisse eingewöhnen mußten und daß es hierzu auch von ihrer Seite entsprechender Maßnahmen bedurft hätte.

Von den sämtlichen 100 Gutsbesitzern, die sich über die Rückwandrer als Landarbeiter äußern, verhält sich nur einer ablehnend diesen Deutschrussen gegenüber, aber auch er macht die Einschränkung, daß er vielleicht ganz besonderes Unglück bei der Auswahl gehabt hat. Von diesen Gutachten seien einige hier angeführt, die als typisch anzusehen sind:

„Die Rückwandrerfamilien haben sich hier eingelebt und gut bewährt. Ich kann diese Familienansetzung nur dringend empfehlen."

„Die bei mir beschäftigten zwei Rückwandrerfamilien haben sich durchaus bewährt, es sind solide gute Leute."

„Auf das Schreiben vom 4. v. Mts. berichte ich, daß mir das Wirtschaften mit russischen Rückwandrern gut gefällt. Sie sind zwar etwas ungeschickt, jedoch stille, bescheidene, nüchterne Menschen, die bei ruhiger Anleitung dieselbe Arbeit wie die hiesigen leisten."

„Wider Erwarten sind die Leute ohne Ausnahme treu, ehrlich und fleißig, wenn auch die Leistungen im Anfange nicht denen der Einheimischen gleichkommen, so sind sie doch stets mit gutem Willen bei der Sache und dürften mit der Zeit auch diesen gleich sein. Allerdings ist es den Leuten in der ersten Zeit schwer, weil ohne Barmittel hier angekommen, von dem Arbeitsverdienst und dem erhaltenen Vorschuß sich die Hauswirtschaft mit dem Notwendigsten einzurichten. Jedoch sieht man auch hier stets das Bestreben, mit den vorhandenen Mitteln hauszuhalten und selbst noch Ersparnisse zu machen. So hat es beispielsweise die Familie K., welche nach 8 Monaten von hier nach P. versetzt wurde, nach eigener Angabe auf 170 M. Ersparnis gebracht. In der ersten Zeit sind zwar die Leute von einer Art Heimweh befallen, doch durch wiederholtes Zureden werden dieselben auch hiervon befreit, zumal, wenn es gelingt, böses Einreden von falschen Leuten fernzuhalten. Es dürfte der gesamten Landwirtschaft zum großen Segen gereichen, wenn es gelingt, recht viele der deutschen Rückwandrer hier ansässig zu machen, denn die Mehrzahl der selbst strebsamen Landwirte wird durch die Arbeiterkalamität zum Verlassen der angeerbten Scholle gezwungen.

Fühle mich für Uebersendung der Rückwandrerfamilien gleichfalls zu besonderem Danke verpflichtet."

„Ich berichte, daß die ersten 2 Familien ihre hiesigen Stellen ohne jeden Grund schon nach 2 oder 3 Tagen bei Nacht und Nebel verlassen haben. Die mit diesen beiden angezogene Familie B. hat hier noch ca. 4 Wochen weiter gearbeitet. Trotzdem die Leistungen recht mäßig waren und die Leute dessen ungeachtet alle ihnen zustehenden Bezüge richtig und unverkürzt erhalten hatten haben auch diese die Arbeitsstelle bei Nacht uud Nebel verlassen.

Mitte Dezember sind 2 neue Familien hierher gesandt. Dieselben befinden sich noch hier und haben ihre aufgetragenen Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt. Besonders sind Leistungen und Betragen anzuerkennen von demjenigen Diener, der bisher in Mühlen beschäftigt war."

„Mit den beiden deutschen Rückwandrerfamilien bin ich im allgemeinen zufrieden. Es sind ruhige, ordentliche Leute, die zuerst unglücklich waren, jetzt aber recht zufrieden sind."

„Mit den seit August verigen Jahres hier ansässigen 3 Rückwandrerfamilien bin ich ganz zufrieden, ebenso scheinen sich auch die hergewanderten Leute ganz wohl hier zu fühlen, jedenfalls haben sie sich verhältnismäßig schnell in die neuen Lebensverhältnisse hineingelebt; in ihrem Betragen sind sie immer höflich und bescheiden. Mit den hiesigen Leuten leben sie in gutem Einvernehmen."

„An Rückwandrern sind hier, glaube ich, 5 Familien wohnhaft und habe ich besondere Klagen über dieselben von dem Arbeitgeber nicht wahrnehmen

können. Vielfach nur bestes Lob. Am Anfang der Ansetzung derselben kamen Klagen öfters vor, dieselben waren aber meiner Ansicht nach zum größten Teil durch Aufhetzereien der hiesigen Arbeiter entstanden, welche die Rückwandrer nicht gerade mit freundlichen Blicken betrachteten und sich in ihrem Arbeitsverdienst geschmälert glaubten."

„Seit 4 Jahren habe ich Rückwandrerfamilien bei mir angesetzt:

9 Familien aus Wolhynien,
3 „ „ dem Wolgagebiet.

Letztere waren gänzlich unbrauchbar, träge, arbeitsunlustig, widersetzlich. Sie verschwanden nach kurzer Zeit trotz aller ihnen erwiesener Wohltaten, zunächst gingen die Männer nach Rußland zurück, die Frauen und Kinder mußten ihnen durch das Arbeitsamt nachgeschickt werden, nachdem dieselben noch wochenlang vom Gute ernährt werden mußten.

Um so besser ist das Urteil über die wolhynischen Familien. Dieselben haben sich verhältnismäßig schnell eingelebt und es auch zu Ersparnissen gebracht. Von diesen 9 Familien sind 4 Familien noch hier, während 5 teils auf andere Güter der Umgegend, teils zu Verwandten weiter westlich, eine nach Amerika verzogen sind."

„Vor mehreren Jahren hatte ich 4 Familien Rückwandrer, die sich selbst gemeldet haben, mit diesen war ich zufrieden und konnte auch die Leute zufriedenstellen. Nach ca. $2^1/_3$ Jahren ihres Hierseins wollten sie sich verbessern, was ich schließlich den Leuten auch nicht verdenke. Sie wandten sich dann an den Fürsorgeverein, der sie weiter nach Ostpreußen schickte bei höheren Löhnen. Ob dieselben es dort besser haben, weiß ich nicht, eine Familie kam jedoch von diesen wieder zu mir."

Wir konnten zwar hier nur eine Auswahl sämtlicher Gutachten wiedergeben, aber die verschiedenen Gesichtspunkte wiederholen sich, wie sich auch bereits aus diesen angegebenen Urteilen ergibt, bei den einzelnen Arbeitgebern. Die Gutsbesitzer, die sich über das Verhältnis der Einheimischen zu den Rückwandrern äußern, sprechen sich teilweise zufriedenstellend aus, andererseits aber wird hervorgehoben, daß die Einheimischen in den Rückwandrern unwillkommene Gäste sehen. Das Urteil der Arbeitgeber über die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Rückwandrer als Landarbeiter ist bei fast sämtlichen Gutsbesitzern, wie aus einem Vergleiche der hier angegebenen Gutachten ersichtlich ist, mehr oder weniger einheitlich gehalten.

Zu beachten ist, daß, wenn es sich auch hier nur um ca. 100 Gutachten handelt, die Zahl der dabei einem Urteil unterzogenen Rückwandrerfamilien sich auf 500—600 beläuft. Von den Arbeitgebern in Ostpreußen, die Rückwandrer beschäftigen, haben damit wohl drei Viertel ihr Urteil abgegeben.

Aus Westpreußen liegen mir 64 Gutachten von Arbeitgebern aus dem Jahre 1911 vor. Es sind dies Urteile von allen Gutsbesitzern Westpreußens, die zu jener Zeit Rückwandrer beschäftigten. Die Eingewöhnung in die deutschen Verhältnisse wird auch in Westpreußen als schwierig empfunden, aber dann wird die Zufriedenheit über die Rückwandrer ausgesprochen. Unter diesen sämtlichen Gutsbesitzern sind nur zwei, die sich den Rückwandrern gegenüber ablehnend verhalten.

Die mir vom Deutschen Ostmarkenverein zur Verfügung gestellten 64 Gutachten aus Pommern vom Jahre 1911, die sich über

1892 Rückwandrer auslassen, bieten insofern Interessantes, als sich hier Arbeitgeber über die Rückwandrer mehr im einzelnen aussprechen.

Es sei hier das Urteil von dem bekannten Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Wangenheim angeführt:

„Ich habe hier einige Familien von der Wolga seit nunmehr 4 Jahren, habe auch in diesem Sommer wieder mehrere Familien aus Wolhynien bekommen und kann auch heute nur das günstige Urteil bestätigen, welches ich bisher über diese Leute gefällt habe. Die Wolgaleute mußten sich erst sehr stark einleben, sind aber dann nach kurzer Zeit tadellose Arbeiter geworden und die manierlichsten Leute, welche ich überhaupt habe. Die Wolhynier finden sich schneller in die Arbeit hinein, sind sonst als Menschen nicht von so guter Qualität wie die Wolgaleute, aber immerhin recht gute Arbeiter. Die Frage wird nun die sein, ob wir die Leute dauernd hier erhalten, da ein gewisser Trieb zur Veränderung namentlich in den Wolhyniern zu stecken scheint und sie außerdem den nicht unberechtigten Wunsch haben, einmal Eigentümer zu werden, wozu ich gern bereit bin, ihnen behilflich zu sein.

Ich mache immer wieder die Erfahrung, daß es bei allen diesen russischen Rückwandrern sehr wesentlich darauf ankommt, daß der Arbeitgeber den Leuten von Anfang an freundlich gegenübertritt und es sich nicht verdrießen läßt, besonders in den ersten Wochen und Monaten die Leute häufiger einmal zu sich kommen zu lassen, damit sie ihrem Herzen Luft machen, da sie zuerst immer glauben, daß sie bei dem geringen Barlohn schlecht gestellt sind, weil sie noch kein Urteil über die Höhe der Naturallöhne haben. Es ist ja ziemlich verständlich, daß die Leute in den ganz neuen Verhältnissen zunächst ängstlich sind: hier kann nur der Arbeitgeber durch ruhiges Verhalten helfen. Es ist ferner dringend erwünscht, daß in jeder Provinz der Arbeitsnachweis einen Beamten hat, der genau mit den Verhältnissen der Leute Bescheid weiß und sie namentlich in der ersten Zeit besucht, um mit ihnen alles durchzusprechen. Wo man in dieser Weise vorgeht, wird man nach meiner Erfahrung überwiegend guten Erfolg haben."

Im Jahre 1908 hatte sich bereits Freiherr v. Wangenheim sehr lobend über die Rückwandrer ausgesprochen. Es seien aus diesem Gutachten folgende Stellen hervorgehoben:

„Die Leute haben mir bei ihrer Ankunft selbst erklärt, daß sie unsere Art der Arbeit nicht kennen, aber den besten Willen hätten, sich einzuleben, und ich kann nur durchaus anerkennen, daß sie dieses Versprechen gehalten und sich sehr bald die nötige Fertigkeit angeeignet haben, so daß sie schon seit langer Zeit ohne jeden Unterschied mit den hiesigen Leuten zusammenarbeiten und auch jetzt beim Mähen vollkommen allen Anforderungen entsprochen haben.

Der persönliche Verkehr mit den Leuten ist mir in hohem Grade sympathisch; es läßt sich sehr sachlich und gut mit ihnen verhandeln, und ich kann nur sagen, daß sie ein überraschend gebildetes Verständnis auch für ihre schwere Situation gezeigt haben."

Ein anderer Rittergutsbesitzer in Pommern spricht sich über den Erfolg bei der Ansetzung von Rückwandrern folgendermaßen aus:

„Ich möchte aber hierzu bemerken, daß die doch immerhin guten Erfolge zum großen Teil auf ein andauerndes persönliches Bemühen um die Leute basieren; wo dasselbe nicht der Fall sein kann, wo seitens der Herrschaft nicht die Neigung und das Verständnis hierzu besteht, möchte ich von der Ansiedlung abraten, denn dann werden sie nicht seßhaft werden."

Das Urteil des Freiherrn v. Wangenheim über die bessere Qualität der Wolgaleute gegenüber den Wolhyniern wird von einem anderen Gutsbesitzer Pommerns im großen und ganzen bestätigt:

„Die Arbeitsleistung war nach vollzogener Eingewöhnung befriedigend; ein Mann ist außergewöhnlich fleißig. Die Leute aus dem Wolgagebiet haben sich stets tadellos geführt; unter den Wolhyniern sind einige zum Trunk neigende Männer. Im allgemeinen kann man jedoch die Leute als zuverlässig bezeichnen."

Im September 1915 hat mir Freiherr v. Wangenheim über die bei ihm beschäftigten Rückwandrer folgendes geschrieben:

„Meine früheren Urteile über die Wolgaleute sind Ihnen bekannt; ich war mit denselben außerordentlich zufrieden, leider sind die Familien, da sie hier eine Menge Geld verdient hatten, zum großen Teile noch einmal zurückgegangen, angeblich um die Auseinandersetzung wegen ihres russischen Besitzes herbeizuführen, mehr wohl aber aus dem unbestimmten Drang, den Leuten in der Heimat zu zeigen, was aus ihnen geworden war. Einige sind auch nach Amerika gegangen, verkommen werden sie wohl inzwischen alle sein.

Ich habe nun seit mehreren Jahren Leute aus Wolhynien, einige sehr gute, ein erheblicher Teil der Männer aber Trunkenbolde, Frauen und Kinder gut, so daß ich hoffe, die nächste Generation wird recht brauchbar sein. Die Leute sind aber lange nicht so manierlich, und ich möchte sagen, gebildet in ihrer Auffassung, wie es die Wolgaleute waren; spielen vielmehr teilweise gern die Russen und haben, solange sie glaubten, daß sie es könnten — gerade während des Krieges — zunächst versucht, alle möglichen Sachen durch Böswilligkkeit herauszudrücken. Seitdem sie sehen, daß das nicht geht, sind diese Bestrebungen erledigt, ein guter Sinn sitzt aber in den meisten Männern nicht drin."

Aus dem Gutachten des Freiherrn v. Wangenheim und einiger anderer Gutsbesitzer ist ersichtlich, daß gerade die Wolgaleute sich gut bewährt haben. Wenn man den Mangel an wirtschaftlichen Fähigkeiten dieser Deutschen in Rußland hervorhebt, wie wir es bei der Schilderung der Deutschen in Rußland getan haben, und auf der anderen Seite wiederum diese günstigen Urteile über die nach deutschem Boden verpflanzten Wolgadeutschen vernimmt, so scheint hier ein großer Widerspruch zu liegen. Doch glaube ich, daß dieser zu lösen ist.

In Rußland leben diese Deutschen durchaus in einer Umgebung, die alle guten Keime ersticken muß. Wie eine Pflanze aus schlechtem Erdboden, in dem sie nur kümmerlich gedieh, herausgehoben und in frische Humuserde versetzt, neue Triebe treibt und zu frischem Leben erwacht, so geht es auch diesen Deutschen in der Wolgagegend.

Es besteht immerhin doch die Möglichkeit, daß selbst die schlechten Elemente, die in der ersten Zeit in Rußland dort angesetzt wurden, im Laufe der Zeit durch die rauhe Schule des Lebens veredelt wurden. Sicherlich sind aber auch von Anfang an tüchtige Menschen in der Wolgagend angesetzt worden, wie sich aus dem bereits früher angeführten Berichte von Lane ergibt.

Ganz besonders ist zu erwägen, daß es bei den Wolgaleuten darauf ankommt, eine günstige Auswahl zu treffen. So schwierig die Durchführung einer derartigen Maßnahme ist, so hat sich dennoch gezeigt, daß der Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer hier eine glückliche Hand hatte.

Wenn auch Freiherr v. Wangenheim und ebenso noch einige Gutsbesitzer Pommerns mit den Wolhyniern schlechte Erfahrungen

gemacht haben, so ist dies doch keineswegs allgemein der Fall. Die vom Fürsorgeverein vermittelten Rückwandrer stammen zu etwa 60 Proz. aus Wolhynien und zu etwa 20 Proz. aus der Wolgagegend. Schon aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich, daß die überaus große Mehrzahl der günstigen Urteile über die Rückwandrer sich auch auf Leute beziehen, die aus Wolhynien gebürtig sind. Außerdem ist aber verschiedentlich von Arbeitgebern in Ostpreußen hervorgehoben worden — ein Urteil ist ja auch hier angeführt worden —, daß sich mit den Wolgaleuten erheblich schlechter wirtschaften läßt als mit den Wolhyniern.

Außer diesen als Landarbeiter untergebrachten Rückwandrern sind einige Rückwandrer, wie sich aus dem angeführten statistischen Nachweise ergibt, auf Waldarbeiterstellen untergekommen. Ich habe über die meisten als Waldarbeiter angesetzte Rückwandrer Gutachten, die fast ausnahmslos günstig lauten. Es handelt sich hier im allgemeinen um Wolhynier, die bereits die wolhynischen Wälder urbar gemacht hatten. Es seien hier zwei Urteile von königlichen Forstverwaltungen angeführt:

„Die im Frühjahr und Herbst hierher überwiesenen 10 Rückwandererfamilien haben sich ohne Schwierigkeiten eingewöhnt. Die Männer sind immer zufrieden gewesen, nur die Frauen konnten sich schwerer mit der meist abgelegenen Lage der Gehöfte abfinden. Bis auf zwei Arbeitskräfte sind alle Leute sehr tüchtig, die, wie ich annehme, etwas vor sich bringen werden."

„Die Leute sind bescheiden und arbeitswillig, sie arbeiten gut und geschickt und haben sich bisher als durchaus zuverlässig und ehrlich bewiesen. Dabei haben sie eine heitere, sympathische Gemütsart. Für die ihnen zuteil gewordene Unterstützung erzeigen sie sich dankbar, und ich habe den Eindruck, daß ihr Vertrauen zur Forstverwaltung sich mehr und mehr festigt."

Es ist ja nun immerhin bedauerlich, daß durch die mir zu Gesicht gekommenen Gutachten nur etwa die Hälfte sämtlicher von dem Fürsorgeverein vermittelten Rückwandrer in Betracht gezogen wurde. Einige Provinzen, wie insbesondere Schleswig-Holstein, wurden gar nicht von mir berücksichtigt. Der Fürsorgeverein hat mir zwar über die in dieser Provinz untergekommenen Rückwandrer einige Urteile zur Verfügung gestellt, doch glaubte ich auf diese günstigen Gutachten verzichten zu müssen, da sie im Verhältnis zu der Zahl der in Schleswig-Holstein arbeitenden Rückwandrer nicht in Betracht kommen können. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern mehr als die Hälfte sämtlicher vom Fürsorgeverein angesetzten Rückwandrer beschäftigt sind. Auf Ostpreußen allein kommen mehr als $^1/_3$ sämtlicher Rückwanderer. So haben denn diese Gutachten, die ich aus diesen drei Provinzen zur Einsicht hatte, doch eine gewisse Bedeutung.

Jedenfalls wird gezeigt, daß die Rückwandrer sich durchaus als Landarbeiter für die deutschen Verhältnisse eignen. Durch den Fürsorgeverein ist mancher Arbeitgeber davon befreit worden,

Wanderarbeiter zu nehmen. Damit ist überhaupt die deutsche Landwirtschaft darauf aufmerksam gemacht worden, wie die Wanderarbeiter verdrängt werden können. In diesem Sinne haben der Deutsche Landwirtschaftsrat und das Preußische Landesökonomiekollegium einstimmig den Beschluß gefaßt, „den Herrn Reichskanzler zum Ausbau der mit zunehmendem Erfolg angebahnten Rückwanderung, die als ein außerordentlich wichtiges Mittel zur Lösung der Landarbeiterfrage anzusehen ist, dadurch beitragen zu wollen, daß dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer zu Berlin aus Reichsmitteln namhafte finanzielle Beihilfen gewährt und seine Bestrebungen im In- und Auslande durch die Reichsbehörden gefördert werden“ [1]). Und damals hatte auch Freiherr v. Wangenheim darauf hingewiesen, daß wir „wie zur Zeit der Hohenzollernschen Kolonisation uns aus den großen Reservoiren rekrutieren möchten, welche heute im Auslande noch an Deutschen sind, welche aber dort wie die Vögel auf dem Aste sitzen. Es ist uns nachgewiesen worden, daß von der Wolga wieder eine intensive Abwanderung nach Amerika stattfindet, weil dort in verschiedenen Ländern den Deutschen Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Wenn heute die Hamburg-Amerika-Linie diese Transporte nach Amerika vermittelt, kann sie sie ebensogut über Hamburg nach Deutschland vermitteln“ [2]).

Es könnte vielleicht eingewendet werden, daß im Grunde genommen durch die Vermittlungstätigkeit des Fürsorgevereins für deutsche Rückwandrer keine inneren kolonisatorischen Aufgaben erfüllt wurden. Man legt dann den Hauptnachdruck auf die Ansiedlung von Landarbeitern, während doch der Fürsorgeverein sich in der Hauptsache darauf beschränkte, Rückwandrer als Gutsarbeiter unterzubringen. Ganz gewiß werden wir in Zukunft unsere Fürsorge der Schaffung eines freien Landarbeiterstandes zuwenden, der sich die Arbeit dort sucht, wo er will. Doch wie sich bereits aus dem früher Angeführten ergibt, wurde bisher noch nichts mit der Ansiedlung von Landarbeitern erreicht. Aus diesem Grunde konnte selbstverständlich auch der Fürsorgeverein nicht die Rückwandrer auf Landarbeiterstellen ansiedeln. Aber man darf doch nicht vergessen, daß wir neben dem freien Landarbeiter einen großen Stamm von Gutsarbeitern brauchen. Es ist ausgeschlossen, daß unsere Gutsbesitzer allein mit freien Landarbeitern wirtschaften können, auch der mittlere und größere Bauer kann das nicht. Sie alle haben zu ihrem Gedeihen unbedingt einen mit der Wirtschaft eng verbundenen Arbeiterstamm notwendig. Gerade weil diese Arbeiter fehlten, deshalb wurden Wanderarbeiter beschäftigt. Berücksichtigt man dies und betrachtet man die innere Kolonisation von ihrer bevölkerungspolitischen Seite, die darin besteht, das Landvolk zu mehren, so wird man auch die Bedeutung der vom Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer geleisteten Arbeit recht erkennen.

1) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats, Bd. 37, Berlin 1913, S. 92.
2) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats, Bd. 37, S. 85.

III. Die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege.

Durch diesen ungeheuren Weltkrieg hat eine Stärkung des Deutschbewußtseins überall da stattgefunden, wo Deutsche wohnen. Die Tat des deutschen Volkes spricht so deutlich zu jeder Seele, wie es niemals vorher im Frieden möglich war. Das Wort des Großen Kurfürsten: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist", hat nunmehr im deutschen Volke Eingang gefunden.

Im deutschen Volke, das sich innerhalb der Reichsgrenzen befindet, wird sicherlich das Nationalbewußtsein zu stärkerem Leben erwachen, als es vor dem Kriege der Fall war. Man wird deshalb auch nicht mehr gleichgültig dem Schicksale unserer deutschen Brüder zusehen, die sich im Auslande befinden und einen schweren Kampf um ihr Deutschtum kämpfen. „Man wird bei klarem Nachdenken zugeben müssen, daß eben dieser Nationalstaat, unser Deutsches Reich, als Nationalstaat erst dadurch wirkt, daß er, wie in der Reichsverfassung auch anerkannt ist, nicht nur für die Wohlfahrt der im Bundesgebiete vereinigten Deutschen, sondern des deutschen Volkes sorgt" [1]).

Aber auch ganz besonders gerade die Deutschen, die bisher für die Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche in Betracht kamen, werden jetzt um so mehr Anlehnung suchen an das erstarkte Deutsche Reich. So ist es sicher, daß die Rücksiedlung von Auslanddeutschen nach dem Deutschen Reiche noch in viel größerem Umfange stattfinden kann, als es bisher der Fall war.

Wir wollen nun nicht das Deutschtum in Uebersee betrachten, sondern uns lediglich auf die Auslanddeutschen beschränken, die bisher mit Erfolg rückgesiedelt wurden.

Das Deutschtum in Galizien hat durch diesen Krieg unendliches Leid erfahren müssen. Monatelang war Galizien im Besitz der russischen Horden, die alles verwüsteten. Die russischen Heere sind nunmehr aus Galizien verdrängt und der Wiederaufbau der deutschen Siedlungen steht in Frage. Es hat sich bereits ein Fürsorgeausschuß für die Deutschen in Galizien gebildet. Aber trotz alledem darf man vielleicht fragen, ob es nicht das Beste ist, wenn die deutschen Kolonisten aus Galizien zurückgezogen werden. Sie sind, wie bereits auseinandergesetzt wurde, in durchaus unzweckmäßiger Weise angesiedelt worden; es scheint mir, daß es nicht möglich ist, lebensfähige deutsche Kolonien in Galizien ins Leben zu rufen. Sollte man nun nicht die Entschädigungen, die den deutschen Bauern von der Regierung gewährt werden und aus der Hand von Privaten sicher in reichem Maße fließen werden, dazu benutzen, diesen deutschen Bauern in einer anderen Gegend eine neue Heimat zu schaffen?

Ich möchte keineswegs die Deutschen in Galizien allein für das Deutsche Reich in Anspruch nehmen. Das nationale Interesse ver-

1) Hermann Ullmann, Mehr Güter oder mehr Menschen in der Zeitschrift Deutsche Arbeit, 14. Jahrg., Prag 1914, S. 79.

langt von uns Deutschen im Reiche eine Stärkung der Deutschen in den bedrohten Gebieten Oesterreichs. Es sind bereits mehrere deutsche Schutzvereine in Oesterreich entstanden, die sich die Aufgabe gestellt haben, den Gegenden, wo die Deutschen in der Minderheit und der Gefahr des Aufgehens in ein fremdes Volkstum ausgesetzt sind, neues deutsches Blut zuzuführen. Es sei nur an die Tätigkeit des Vereins Südmark [1]) für Kärnten, Krain und die Küstenlande erinnert. Durch seine Ansiedlungen erhielten schwache deutsche Gemeinden eine Kräftigung. Daß diesen deutschen Schutzvereinen die deutschen Kolonisten in Galizien für ihre Zwecke zugute kommen sollen, ist selbstverständlich. Aber auf der anderen Seite darf man dennoch mit der Tatsache rechnen, daß viele Deutsche von diesen Vereinen nicht so schnell untergebracht werden können, wie sie es selbst wollen, auch viele Deutsche in Galizien haben bereits Verwandte in den Ansiedlungsprovinzen, und werden den Wunsch haben, dorthin überzusiedeln.

Was das Deutschtum in Ungarn anbetrifft, so wurde bereits ausgeführt, daß die ungarische Regierung ein neues Schulgesetz erlassen hat, wonach den Deutschen freiheitliche Entwicklung zugesagt wird. Man wird unter diesen Umständen davon absehen, die Deutschen in Ungarn nach dem Deutschen Reiche rückzusiedeln. Freilich darf man wohl die stille Voraussetzung machen, daß die ungarische Regierung sich endgültig von ihren bisherigen Bestrebungen abwendet, denn nur dann kann man auf eine Rücksiedlung der Deutschen Ungarns Verzicht leisten.

Daß das Deutschtum in Rußland durch diesen Krieg der vollständigen Vernichtung preisgegeben ist, sei in Kürze auseinandergesetzt. Die deutschen Bauern in Rußland haben die ungeheure Gewissenslast auf sich nehmen müssen, wider ihr angestammtes Vaterland zu kämpfen. Sie haben sich stets als treue Diener des russischen Reiches betrachtet. „Wie einst in grauen Zeiten der Sage Rüdiger von Bechlarn in furchtbaren Gewissenskämpfen damit rang, ob er die Blutsbande höher achten sollte, als den geschworenen Treueid, so haben auch die Deutschen, die wider das Deutsche Reich kämpfen, diese ungeheuere Gewissenslast tragen müssen. Was Tacitus von der Mannentreue der Germanen in seiner Germania schreibt, diese Mannenpflicht haben heute diese Deutschen erfüllt im Dienste fremder Völker wider ihr deutsches Vaterland“ [2]).

Zur Belohnung für diese ihre treuen Dienste hat der russische Ministerpräsident gleich zu Beginn des Krieges verkündet, daß Rußland nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen das gesamte Deutschtum Krieg führe. Haben die Kolonisten selbst in den Reihen des russischen Heeres gekämpft, so wurden inzwischen oft ihre Frauen und Kinder nach Sibirien verschleppt.

1) Siehe über die Tätigkeit des Vereins Südmark, „Deutsche Erde“, Jahrg. 1915, Januarheft: Wilhelm Heinz, Das Siedlungsgebiet des Vereins Südmark.

2) Hans Siegfried Weber, Deutsche in den Reihen unserer Gegner, in der Konservativen Monatsschrift, Berlin 1915, S. 790—796.

Aber diese Maßregeln sind noch harmlos gegen den Schlag, der durch Erlaß des Immobiliargesetzes[1]) vom 18. Februar 1915 gegen die deutschen Kolonien geführt wird. Es findet nach diesem Gesetze keine Enteignung der 100—150 Werst breiten Gebietsstreifen längs der deutsch-österreichischen und türkischen Grenze ansässigen Kolonisten statt, sondern diese russischen Staatsbürger deutscher Nationalität werden gezwungen, innerhalb 10 bzw. 16 Monaten ihren Landbesitz zu verkaufen. Bei einer Enteignung hätten sie wenigstens den Wert ihrer Stellen von der Agrarbank ersetzt bekommen, jetzt aber müssen sie bei den ungünstigen finanziellen Verhältnissen ihre Güter an den Mann bringen. Die staatliche Agrarbank gibt den Käufern dieser Grundstücke aber keinerlei Kredit. Aus diesem Grunde ist es selbstverständlich, daß diese bäuerlichen Stellen keine finanziell kräftigen Käufer finden werden, sie werden wahrscheinlich für den überhaupt geringstmöglichen Preis losgeschlagen werden müssen.

„Die deutschen Kolonisten haben in richtiger Erkenntnis ihrer Lage auf das Gesetz dadurch geantwortet, daß sie ihre Felder nicht mehr bestellen und ihr Vieh und Wirtschaftsgeräte zu verkaufen suchen. Wo etwa deutsche Felder noch bestellt sind, wird die Saat, wie wir in russischen Zeitungen lesen können, von den umwohnenden Bauern häufig mutwillig vernichtet“ [2]).

In dieser Schrift, die Pfarrer Althausen herausgegeben hat und die von deutschen Männern verfaßt ist, die in Rußland im Staatsdienst standen und ihrer deutschen Gesinnung wegen flüchten mußten, wird auch davon berichtet, wie die Deutschen Polens und Wolhyniens ausgewiesen wurden und in elendester Weise im Lande umhergetrieben werden und keine Stätte finden, wo sie ihr Haupt hinlegen können. Von dieser brutalen Ausrottungspolitik der russischen Regierung kann man sich kaum eine Vorstellung machen trotz aller Zeitungsnachrichten, die wir erhalten. Die russischen Staatsmänner betragen sich hier wie Tiere, aber nicht wie Menschen. Diese Gesetze gegen die deutschen Kolonisten atmen einen Geist, der jeder Menschlichkeit bar ist.

Daß noch ein neues Gesetz erlassen wurde, das den Kolonisten jeglichen Landerwerb in Rußland verbietet, sei nur noch erwähnt; es ist eigentlich auch aus dem bisherigen Gesetze als selbstverständlich anzunehmen. Das Deutschtum in Rußland soll eben mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, so will es der russische Zar und seine Helfershelfer.

Wie die russischen Bauern nun ihrerseits wider die verhaßten Deutschen wüten, darüber berichten uns zur Genüge die einzelnen Vorkommnisse, die wir in den Zeitungen tagtäglich lesen können.

---

1) Enthalten in den Materialien zum russischen Handelskrieg gegen Deutschland, Uebersetzung, Anmerkung und Erläuterung von Justizrat Klibanski, Heft 8 der handelspolitischen Flugschriften des Handelsvertragsvereins, Berlin 1915.

2) Die Lage der deutschen Kolonistenbauern in Rußland, herausgeg. von Pfarrer Althausen, Juli 1915. (Als Manuskript gedruckt.)

Selbst angenommen, daß alle diese Gesetze nach dem Kriege von der Regierung zurückgezogen werden, ist es ganz ausgeschlossen, daß jemals das Deutschtum in Rußland wieder zu der Stellung gelangt, die ihm gebührt. Die deutschen Bauern sind und bleiben dem russischen Volke verhaßt, sie sind ein Fremdkörper im russischen Staat, gegen den sich sowohl das Volk, als auch die Regierung ewig wenden wird. Es ist eine Unmöglichkeit, eine nationale Strömung, wie den Panslavismus, der das russische Volk ergriffen hat, beseitigen zu wollen. Auf einige Jahre hinaus ließe sich vielleicht die Ausrottung der deutschen Bauern aufhalten, aber dann würde sie um so wirksamer durchgeführt werden. Auch alle Einsprüche unsererseits werden letzten Endes dennoch nicht Erfolg haben können. Das Deutschtum in Rußland läßt sich eben vertilgen durch Maßregeln, denen schwer beizukommen ist, wie wir bereits bei der Schilderung der Verhältnisse der deutschen Bauern in Wolhynien gesehen haben.

Bei dieser Sachlage wird es Pflicht des Deutschen Reiches sein, beim Friedensschlusse dahin zu wirken, den deutschen Bauern die Auswanderung nach dem Deutschen Reiche zu ermöglichen. Wenn dann die Gelegenheit versäumt wird, so wird es heißen: „Was man von der Minute ausgeschlagen, gibt keine Ewigkeit zurück.“ Ja man wird vielleicht auch so weit gehen müssen, von der russischen Regierung zu verlangen, daß die Gesetzgebung in den Dienst der Schadloshaltung der deutschen Kolonisten gestellt wird. Wie dies geschehen könnte, darüber hat Freiherr v. Gayl[1]) in dem Archiv für innere Kolonisation bereits einige sehr beachtenswerte Winke gegeben. v. Gayl hat zwar lediglich die Absicht, die Rückwandrer dem schwer heimgesuchten Ostpreußen zuzuführen, dem ich jedoch nicht vollständig zustimme, wie noch später auseinandergesetzt werden soll.

Jedenfalls sind die v. Gaylschen Ansichten über die Ueberführung der deutschen Kolonisten nach dem Deutschen Reiche, durchaus für den Friedensvertrag mit Rußland ins Auge zu fassen. v. Gayl geht davon aus, daß nach dem Kriege ein Zusammenbruch des russischen Wirtschaftslebens wahrscheinlich ist, daß die Landpreise sinken und das Geld überaus knapp wird. Es werden dann auch Käufer mit nennenswerter barer Anzahlung sehr selten sein. Wenn es daher dem Rückwandrer nicht gelingt, einen angemessenen Kaufpreis für sein Land zu erzielen, so ist eine Ansiedlung in Deutschland sehr schwer durchzuführen. So schlägt v. Gayl vor, bei den deutschen Konsulaten in Rußland landwirtschaftliche Beiräte anzustellen, die die Meldungen auswanderungslustiger deutscher Kolonisten entgegennehmen. Außerdem meldet der deutsche Kolonist seine Verkaufsabsicht der zuständigen Agrarbank an. Unter Mitwirkung des Konsulatssachverständigen soll nun die Agrarbank eine Verkaufstaxe aufstellen und sofort das Grundstück käuflich für Rechnung der Bank erwerben. Der Kaufpreis ist durch die Bank in bar durch

1) Das Schicksal der deutschen Bauern in Rußland, im Archiv für innere Kolonisation, Bd. 7, Berlin 1915, S. 257/265.

Vermittlung des Konsulats einer vom preußischen Staat zu bestimmenden Bank zu überweisen. Ein angemessener Vorschuß zum ersten Lebensunterhalt und die zum jeweiligen Vierteljahrsersten fälligen Zinsen sind dem Eigentümer auszuzahlen. Ob man jedoch dieses letztere durchführen soll und dem Rückwandrer eine so große Beschränkung durch den preußischen Staat auferlegen kann, die noch größer wird dadurch, daß v. Gayl verlangt, daß 5 Proz. der hinterlegten Summe dem preußischen Staat verfallen, wenn der Rückwandrer sich nicht innerhalb Jahresfrist in Ostpreußen ankauft, scheint mir mehr als fraglich. Darin stimme ich jedoch v. Gayl unbedingt zu, daß der Kaufpreis von der russischen Agrarbank dem Kolonisten erstattet werden soll. Daß dies jedoch sofort in bar bei den schlechten finanziellen Verhältnissen Rußlands möglich ist, halte ich für ausgeschlossen. Es müßte meines Erachtens hier eine Vereinbarung getroffen werden, daß die Agrarbank im Laufe einer gewissen Zeit allmählich den Kaufpreis unter Anrechnung von Zinsen abzahlt. Man muß berücksichtigen, daß die Agrarbank erst innerhalb eines längeren Zeitraumes in der Lage ist, das von ihr gekaufte Gut wieder zu verkaufen. Jedenfalls ist es aber unbedingt notwendig, daß von der Agrarbank die Regelung der finanziellen Abfindung des Kolonisten in die Hand genommen wird. Infolge unserer Rentengutsgesetzgebung bedarf der Kolonist keineswegs einer übergroßen Anzahlung.

Aber es bleibt doch noch eine Frage zu erörtern, die von Gayl garnicht berührt worden ist. Trotz allem nationalen Mitgefühl, das wir mit den deutschen Bauern in Rußland haben, kann es uns nicht einerlei sein, welchen Menschenschlag wir nach dem Deutschen Reiche rücksiedeln. Wir müssen auch unter den deutschen Kolonisten eine gewisse Auswahl treffen können. Es ergab sich bereits aus unserer Schilderung der deutschen Kolonien in Rußland, daß es dort recht unliebsame Elemente gibt, deren Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche keineswegs wünschenswert ist. Was wir nun mit diesen Deutschen machen sollen, ob wir überhaupt eine Verpflichtung übernehmen sollen, rundweg jeden deutschen Bauern aus Rußland rückzusiedeln, diese Frage möchte ich vorläufig noch offen lassen. Jedenfalls ergeben sich hier gewisse Schwierigkeiten.

Es erhebt sich die Frage, inwieweit wir nach dem Deutschen Reiche bei seinem gegenwärtigen Umfange diese Rücksiedlnng vollziehen können. Um hierüber Klarheit zu erhalten, werden wir uns über die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland und dann über die Möglichkeit einer verstärkten inneren Kolonisation näher zu unterrichten haben.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat im Deutschen Reiche nicht nur relativ, sondern auch absolut seit dem Jahre 1882 abgenommen. Im Jahre 1882 betrug die landwirtschaftliche Bevölkerung unter 45 222 113 der Gesamtbevölkerung 19 225 455, im Jahre 1895 unter 51 770 284 der Gesamtbevölkerung 18 501 307, im Jahre 1907

unter 61 720 529 der Gesamtbevölkerung 17 681 176[1]). Diese Verschiebung hat aber keineswegs zu Ungunsten der Bauern stattgefunden. Die Großbetriebe über 100 ha haben abgenommen, auch die Betriebe von 20 ha bis unter 100 ha haben eine Abnahme zu verzeichnen, während die Betriebe von 5 bis 20 ha zugenommen haben. Ganz besonders haben aber die Landarbeiter abgenommen. Hatten wir im Jahre 1895 3 547 057 Landarbeiter, so 1907 3 171 866. Am stärksten ist die Abnahme der Arbeiter mit eigenem oder gepachtetem Lande. Betrug ihre Zahl 1895 382 872, so 1907 259 390.

Schon aus dieser statistischen Uebersicht ergibt sich die Notwendigkeit einer großzügigen inneren Kolonisation. Diese Notwendigkeit ist um so dringender, als wahrscheinlich gerade durch diesen Krieg die landwirtschaftliche Bevölkerung am meisten gelitten hat. Das Landvolk hatte im Frieden in weit größerem Maße als die Städte das Material an Soldaten gestellt. Im Jahre 1906 waren von 621 210 Militärpersonen 64,15 Proz. vom Lande gebürtig, trotzdem nur $^1/_3$ der Bevölkerung des Deutschen Reiches in der Landwirtschaft tätig war. Diese Zahlen geben bereits einen gewissen Anhaltspunkt für eine Uebersicht über die in diesem Kriege gefallenen Krieger, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß durch die sorgfältiger gehandhabte Aushebung die Stadtbevölkerung stärker herangezogen wurde, als bisher. Jedenfalls sind wohl prozentual bedeutend mehr in der Landwirtschaft beruflich Tätige den Heldentod fürs Vaterland gestorben, als solche, die in Gewerbebetrieben ihren Unterhalt fanden. Diese Einbuße, die das Landvolk erlitten hat, ist um so schlimmer, als die Landbevölkerung schon an und für sich zu wenig Menschen besaß.

Die Landwirtschaft soll einem Volke nicht nur Brot, sondern auch Blut geben. Das Land ist menschenerzeugend, die Stadt ist menschenverzehrend. Diese Weisheit ergibt sich schon aus einem Vergeiche der Geburtenziffer des Landes mit der der Stadt. Auch ist immer zu beachten, daß wir diese großartige industrielle Entwicklung nur dadurch unser nennen konnten, daß die Landbevölkerung der Industrie den notwendigen Menschenersatz lieferte. Wir werden auch fernerhin das Landvolk als den Jungbrunnen nicht entbehren können.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus wird schon eine unserer vornehmsten Aufgaben für die Zukunft eine verstärkte innere Kolonisation sein. Wir werden für die Folgezeit aber diese nur durchführen können, wenn gleichzeitig eine Rücksiedlung von Auslanddeutschen damit Hand in Hand geht. Betrachten wir vorerst die inneren kolonisatorischen Aufgaben nach dem Kriege, um daraus die Notwendigkeit der Rücksiedlung Auslanddeutscher zu erkennen.

Die innere Kolonisation wird einmal durchgeführt durch die Aufteilung von Großgrundbesitz in Bauerngüter. Diese Maßnahme

1) Die deutsche Landwirtschaft, bearbeitet im Kaiserl. Statist. Amt, Berlin 1913, S. 10.

soll selbstverständlich so gedacht werden, daß der preußische Junker nicht von seiner Scholle vertrieben wird. Er ist eine Notwendigkeit für den preußischen Staat, wie auch eine Notwendigkeit für den Bauern. Bereits Schmoller hat im Jahre 1887 bei der Inangriffnahme der neupreußischen Kolonisation trotz des Vorbehaltes, daß er noch vieles anders an dem preußischen Junker wünschen muß, gesagt: „Aber ebenso sind und bleiben sie einer der erheblichsten Teile an dem festen Knochengerüste des preußischen Staates. An sie die Axt anlegen, sie beseitigen zu wollen, heißt eines der ersten Elemente des preußischen Staates untergraben. Deswegen möchte ich hier ausdrücklich betonen: Diese ganze Maßregel kann nur gedacht werden unter Schonung des wesentlichen Bestandes dieser Güter“ [1]).

Auch an den Worten Roschers soll man nicht ungeachtet vorübergehen: „Speziell die großen Eigentümer sind, wenn sie aufgehört haben, die Knechtung ihrer Nachbarn zu wünschen, die natürlichen Stützpunkte der landwirtschaftlichen, überhaupt ländlichen Interessen gegen städtische Neuerungssucht und bureaukratischen Hochmut. Man sieht in der jüngsten Geschichte, wie wenig ein bloßes Bauerntum sich gegen das eine dieser Uebel wehren kann, ohne dem anderen zur Beute zu werden.“

Aber trotz alledem wird sich gerade aus den hier zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten heraus eine Aufteilung von vielen Großgütern in Bauerngüter empfehlen, und zwar überall da, wo der Grund und Boden nicht von führenden Landwirten bewirtschaftet wird, sondern ein Objekt bloßer Spekulation oder bloßen Vergnügens geworden ist. Der deutsche landwirtschaftlich benutzte Boden ist schon vielfach zu einem Lustobjekt reicher Herren geworden, die nicht wie der preußische Junker daran denken, den Boden selbst zu bewirtschaften, sondern ihn lediglich als Luxusgut für Jagdgelegenheit, und um die Vorteile des Großgrundbesitzes zu erhalten, ausnutzen. Bereits im Abgeordnetenhause ist ein Antrag von Dietrich Hahn und Dr. Engelbrecht, dem jetzigen bäuerlichen Mitgliede des preußischen Herrenhauses, eingebracht worden, der eine Statistik über den Umfang dieses, in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen Bauernlegens verlangt und um Abhilfe dagegen bittet. Geschehen ist aber noch nichts, trotzdem dieser Antrag seit einer Reihe von Jahren alljährlich erneuert wurde.

Sering [2]) hat in einem Vortrage in der Gesellschaft für innere Kolonisation davon berichtet, wie Großkapitalisten vom Rheine planmäßig überall Land aufkaufen und an Stelle des freien Bauern ein Pächter tritt. Die ökonomische Wucht zeigt sich in den ganz

1) Ueber innere Kolonisation mit Rücksicht auf die Erhaltung und Vermehrung des mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 33, Leipzig 1887, S. 99/100.

2) Das Gesetz über das Fideikommißwesen und die Interessen der inneren Kolonisation, Archiv für innere Kolonisation, Bd. 6, Berlin 1914, S. 269.

phantastischen Bodenpreisen, die weit über den gesteigerten Reinertrag hinaus angelegt werden.

Gegen diese Mißstände sollte das dem Landtage zur Beratung vorgelegte Fideikommißgesetz und das Grundteilungsgesetz vorgehen. Diese beiden Gesetzesentwürfe sind recht eigentlich hervorgegangen aus dem Gedankengange, die innere Kolonisation auf eine breitere Basis zu stellen. Trotz mancher Einwände, die man gegen den Entwurf des Grundteilungsgesetzes erheben kann, wird er doch, in rechter Weise abgeändert, in erweitertem Umfange Land für die innere Kolonisation verschaffen.

Es ist zu hoffen, daß das Grundteilungsgesetz auch bald nach dem Kriege Gesetzeskraft erlangt, da wir voraussichtlich dann mit einem Ueberangebot von Gütern zu rechnen haben. So viele Besitzer sind auf dem Felde der Ehre gefallen, ihre Witwen und Kinder verspüren keine Lust, die Last der Bewirtschaftung auf sich zu nehmen. Es ist hierbei keineswegs nur an Großgüter zu denken, sondern auch vielfach an Bauerngüter. Alles hängt davon ab, daß wir diese für die innere Kolonisation so überaus günstige Gelegenheit auch recht auszunützen verstehen. Die Vorbedingung hierfür ist aber eine richtige Organisation. Alle bisherigen Maßregeln, die sich mit der Aufteilung von Großgrundbesitz in Bauerngüter beschäftigen, atmen vielfach einen zu bureaukratischen Geist. Gewiß soll der Staat sich in die inneren kolonisatorischen Aufgaben einmischen, aber es dürfen nicht mit der Ausführung derartig schwieriger Probleme Leute betraut werden, die keine Ahnung von den landwirtschaftlichen Verhältnissen haben. Es wird allein schon aus diesem Grunde mit viel zu hohen Kosten gearbeitet, die letzten Endes eben die Ansiedler aufzubringen haben. Auch scheint es mir recht zweifelhaft zu sein, ob wir staatlichen Siedlungsunternehmen, in denen bürokratisches Wesen bisweilen stark vorherrscht, ein Vorrecht einräumen sollen. Es gilt, den richtigen Mittelweg zwischen staatlicher Initiative und privater Ausführung zu finden.

Ist aber dies auch so weit wünschenswert geordnet, so bleibt die Hauptfrage zu beantworten übrig, woher wir das Menschenmaterial für diese neuen Bauernstellen erhalten sollen. Bereits vor dem Kriege hat es sich gezeigt, daß wir in Deutschland keineswegs für neue Bauernstellen ein Zuviel an geeigneten Bewerbern haben, die nach Herkunft und Vermögen dafür in Betracht kommen [1]). Nach dem Kriege liegen die Verhältnisse noch erheblich ungünstiger, da so viele Landbewohner, die für die Bauernbesiedlung geeignet wären, gefallen sind oder als Kriegsinvalide zurückkehren. Es wird aber nun gerade nach dem Kriege, wie hier nochmals betont sei, darauf ankommen, die günstige Gelegenheit, die sich für die Aufteiluug von Großgütern in Bauernbesitz bietet, auch recht auszunützen. Wir werden aus diesem Grunde eine Menge Deutscher aus Rußland auf

1) Vgl. hierzu Jahresberichte der einzelnen Ansiedlungsgesellschaften. Gaede, Die Tätigkeit der Kgl, Ansiedlungskommission im Jahre 1913, Archiv für innere Kolonisation, Bd. 7, S. 51.

neuzugründenden Bauernstellen unterbringen können. Selbstverständlich gilt es hier vorsichtig zu Werke zu gehen. Eine Verdrängung der einheimischen Deutschen darf durch die Auslanddeutschen nicht stattfinden. Aber trotz dieses Vorbehaltes wird man auch, wie bisher, jetzt in noch größerer Anzahl diese Auslanddeutschen für unsere Bauernansiedlung verwenden können. Wir sind vor die Notwendigkeit gestellt, eine stärkere Bauernkolonisation durchzuführen, aber wir sind jetzt noch ungünstiger daran, in Deutschland selbst die notwendigen Ansiedler zu finden. Eine Rücksiedlung von Auslanddeutschen wird daher unbedingt Hand in Hand mit einer Aufteilung von Großgrundbesitz in Bauerngüter gehen müssen. An dieser Stelle sei übrigens ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bauernstellen nicht für das in Angriff zu nehmende Werk der Invalidenansiedlung in Betracht kommen, wie dies auch bereits Präsident Metz[1]) ausgeführt hat.

Aber viel wichtiger als diese Ansiedlung von Bauern ist die Schaffung eines freien Landarbeiterstandes. Wir haben bereits ausgeführt, wie viele Wanderarbeiter jährlich in der deutschen Landwirtschaft ihren Unterhalt suchen und welche ungeheuere Gefahr der deutschen Volkswirtschaft hieraus erwächst. Es ist bereits dargelegt worden, daß die bisherigen Bestrebungen, die auf eine Landarbeiteransiedlung hinzielten, vollständig mißglückt sind. Die Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedlung und Landarbeit, die unter dem Vorsitze des Oberpräsidenten v. Batocki und des Professors Richard Ehrenberg arbeitet, hat auf Grund genauer Untersuchungen Grundsätze entworfen, deren Verwirklichung uns einen leistungsfähigen Landarbeiterstand schaffen können. Hervorragende Wissenschafter und Praktiker, die sich in dieser Studienkommission zur Zusammenarbeit zusammengefunden haben, haben gezeigt, daß die bisherige Weise der Ansiedlung von Landarbeitern uns niemals Landarbeiter in erheblicher Anzahl bringen wird. Alle diese Leute, die bisher auf Landarbeiterstellen angesiedelt wurden, sind keine Landarbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern Handwerker, Beamte und kleine Gewerbetreibende. Dem Landarbeiter widerstrebt es, sich durch den Erwerb eines Hauses an eine bestimmte Stätte zu fesseln, er will frei sein. So kommen denn auch, wie Ehrenberg nachgewiesen hat, die Häusler in Mecklenburg, die vielfach dem preußischen Staate als Muster für eine zukünftige Landarbeiteransiedlung empfohlen wurden, für die eigentliche Landarbeit nicht in Betracht. Der Landarbeiter will Arbeitsgelegenheit, er will zur Miete wohnen und ein Stück Land zur Pacht haben. Aus dieser Erkenntnis heraus will die Studienkommission, daß hinreichende Mietswohnungen in Bauerndörfern geschaffen werden und genügendes Pachtland zur Verfügung steht. Der Landarbeiter soll auch grundsätzlich nur da angesiedelt werden, wo sich vielseitige Arbeitsgelegenheit bietet, er soll nicht auf einen Arbeitgeber allein

1) Ansiedlung von Kriegsinvaliden (Roter Tag, 1915, No. 92 und 93).

angewiesen sein. Ferner glaubt die Studienkommission, daß der Landarbeiter am besten in Bauerndörfern unterkommt, wo er bei seinesgleichen einen Anhalt findet.

Wenn diese für die Landarbeitervermehrung überaus wichtigen Gedankengänge durchgeführt werden, da werden wir aber von dem kostspieligen Verfahren, wie es bisher durch Landgesellschaften oder Landgenossenschaften durchgeführt wurde, ablassen müssen. Es kommt darauf an, die Kraft des einzelnen Mannes zu stärken und ihm die Gelegenheit zu geben, selbständig ohne die Hilfe von allen möglichen Organisationen, die ihm irgend etwas Fertiges vorsetzen, sich das rechte Unterkommen als Landarbeiter zu schaffen. Die Landbevölkerung selbst muß Hand anlegen, um das große Werk der Arbeiteransiedlung durchzuführen.

Aber ebenso wie für die Bauernansiedlung gilt es auch hier zu beachten, daß wir keineswegs in Deutschland das für die Zwecke der Schaffung eines freien Landarbeiterstandes notwendige Menschenmaterial haben. Wenn wir unsere Landwirtschaft nicht nur auf der bisherigen Stufe halten, sondern sie noch intensiver gestalten wollen, so haben wir dazu eine erhebliche Anzahl von Landarbeitern notwendig. Selbst wenn wir uns wirklich nur damit begnügen, den bisherigen Stand unserer Landwirtschaft zu erhalten, so mangelt es uns an allen Ecken und Enden an Landarbeitern. Wir haben bereits ausgeführt, wie die Landwirtschaft Wanderarbeiter notwendig hatte. Man macht sich aber eine ganz falsche Vorstellung, wenn man nun glaubt, durch diese Wanderarbeiter wäre unsere Landwirtschaft in genügenden Maße mit Arbeitern versorgt worden. Nicht einmal der Großgrundbesitz erhielt durch die Wanderarbeiter die genügende Anzahl von Arbeitskräften.

Ganz besonders aber hat der kleine und mittlere Bauer unter dem Leutemangel furchtbar zu leiden. Für Ostpreußen unterrichten uns darüber die Untersuchungen von Gerlach über die Arbeitsverhältnisse der bäuerlichen Betriebe in Ostpreußen um 1900[1]). Auf den Gütern über 100 ha ergab sich ein Arbeitermangel von 14 Proz., auf den bäuerlichen Besitzungen von 21 Proz., am höchsten stellte er sich in der Größenklasse von 21—28 ha mit 27 Proz., es folgte die Größenklasse von 14—20 ha mit 23 Proz. Es ist noch erwähnenswert, daß die Bedarfdeckung durch Polen eine ganz untergeordnete Rolle spielt und nur auf den Gütern über 100 ha mit 3 Proz. vorkam.

Wir werden nach dem Kriege aber voraussichtlich nicht mehr mit den Wanderarbeitern in dem bisherigen Umfange rechnen können. Ganz abgesehen davon, daß Rußland, das etwa die Hälfte sämtlicher nach Deutschland kommenden Wanderarbeiter stellte, keine Lust verspüren wird, uns Arbeitskräfte zu stellen, wird es auch wohl in der nächsten Zeit kaum mehr in der Lage dazu sein, da unter der männlichen Bevölkerung Rußlands dieser Krieg erheblich aufgeräumt hat.

1) Im Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, 15. Ergänzungsheft, S. 11 ff.

Oesterreich-Ungarn, das uns einen hohen Prozentsatz von den Wanderarbeitern lieferte, wird seine Leute für die eigene Volkswirtschaft nutzbringend verwenden können, insbesondere dann, wenn durch ein deutsch-österreichisch-ungarisches Zollbündnis der Menschenexport Oesterreichs aufhören wird.

Aus all diesem geht hervor, daß eine Rücksiedlung von Auslanddeutschen nach dem Deutschen Reiche in erheblichem Maße dazu verwandt werden kann, um unserer Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte zu liefern. Vielleicht wird es am zweckmäßigsten sein, wenn die Einrichtung des Fürsorgevereins für deutsche Rückwandrer ausgebaut wird, insbesondere nach der Richtung hin, daß die Rückwandrer als Landarbeiter angesetzt werden, wie es die Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedlung und Landarbeit vorschlägt. Neben die Bauernkolonisation und Ansiedlung von Landarbeitern tritt aber als weiteres die Kultivierung und Besiedlung der Moore und Oedländereien. Bisher haben wir uns ja noch nicht in genügendem Maße angelegen sein lassen, die Moorflächen der Kultur zu erschließen, trotzdem es infolge der fortschreitenden Wissenschaft heute kaum noch Oedland oder Moor gibt, die eine Kultivierung ausschließen.

Man hat bereits Kriegsgefangene dazu verwendet, Moore zu kultivieren. Fürst Hatzfeld[1]) macht in einer Denkschrift darauf aufmerksam, daß auf Moor- und Oedländereien mehr als 100000 Kriegsgefangene beschäftigt und etwa 75000 ha als Kulturboden erschlossen wurden. „Nach den von Prof. Albrecht gegebenen Zahlen werden wir im Frühjahr 1916 etwa 400000 ha kultiviertes, für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte geeignetes Moor- und Oedland haben“ [1]).

Aber noch immer haben wir ein Kulturwerk größten Stils in der Kultivierung sämtlicher Moore zu vollbringen. Fleischer[2]) berechnet, daß insgesamt auf dem Hochmoor 67375 Familien und auf dem Niederungsmoor mindestens 5320 Familien kleinerer und größerer Wirtschaften ihren Unterhalt finden können. Auf der Hochmoorfläche werden 3200 Bauernhöfe zu 80 ha und 64175 Siedlerstellen zu 10 ha angenommen. $^1/_9$ des Hochmoorareals soll als Weide ausgelegt werden, während eben $^2/_8$ zu Bauernhöfen und $^5/_8$ in Siedlerstellen von je 10 ha Größe umgewandelt werden sollen. Diese Annahme von Fleischer wird von dem Direktor der Preußischen Moorversuchsanstalt in Bremen, Prof. Dr. Tacke[3]), nach Lage der Dinge als sehr vorsichtig bezeichnet. Da die Moorböden sich insbesondere zur Viehzucht eignen, ist noch die Fleischersche Angabe von Interesse, daß über 8 Millionen Doppelzentner Marktvieh Lebendgewicht

1) Denkschrift betreffend die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten. Großes Hauptquartier, September 1915, S. 8.

2) Die Versorgung Deutschlands mit Fleisch und die Kultivierung unserer Moor und Haideböden, als Manuskript gedruckt, S. 5.

3) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats, 35. Jahrg., Berlin 1911, S. 498.

auf den unkultivierten Moorböden und moorartigen Böden erzeugt werden können.

Im allgemeinen hat Preußen den Weg, Rentengüter auf Heide und Moor zu gründen, noch wenig befolgt. Sehr erfolgreich sind jedoch die Besiedlungen von Mooren und Oedländereien im Großherzogtum Oldenburg [1]). Es handelt sich hier meist um die Aufteilung von unkultivierten Staatsländereien.

Auch Preußen muß den Weg, den die oldenburgische Regierung mit Erfolg beschritten hat, gehen. Um wirklich vorwärtszukommen, haben wir Moorkolonisten notwendig. In Deutschland selbst haben wir nicht die große Anzahl von Menschen zur Verfügung, die notwendig ist, einmal um die Moore zu kultivieren, dann aber auch, um diese kultivierten Flächen mit Ansiedlern zu besetzen. Die Frage der Moorkultivierung ist bis jetzt vornehmlich gescheitert an dem zur Verfügung stehenden Menschenmaterial. Wenn uns das Auslanddeutschtum neue Kräfte gibt, so werden wir die Moore und Oedländereien für die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere für die Versorgung Deutschlands mit Fleisch, nutzbringend verwenden können. Gewiß werden sich Schwierigkeiten ergeben, diese Auslanddeutschen, die von der Moorkultur keine Ahnung haben, in die ihnen ungewohnte Tätigkeit einzuführen. Doch glaube ich, daß Leute, deren Vorfahren ein großes Kulturwerk im russischen Staate durchgeführt haben, auch fähig sind, im Deutschen Reiche die Moorkultivierung vorzunehmen. Es müßten staatliche Besiedlungsbehörden geschaffen werden, die den einzelnen Moorkolonisten die für die Bewirtschaftung notwendige Aufklärung geben.

Neben diese bisher beschriebenen inneren kolonisatorischen Aufgaben tritt vor allem auch die Wiederbevölkerung Ostpreußens, die ebenfalls ein Werk der inneren Kolonisation sein wird.

Bereits Oberpräsident v. Batocki hat in der ersten Sitzung der Kriegshilfs-Kommission [2]) dies als die schwierigste und wichtigste Aufgabe für die Zukunft bezeichnet. Ohne die Wiederbevölkerung Ostpreußens ist der Wiederaufbau nicht erfolgverheißend. Batocki hat auch in seinem Vortrage in Berlin zugunsten der ostpreußischen Flüchtlinge immer wieder auf die Lösung dieses schwierigen Problems verwiesen.

Es handelt sich bei der Wiederbevölkerung Ostpreußens im Grunde genommen um zwei Aufgaben: einmal ist es von vornherein notwendig, Ostpreußen stärker zu bevölkern, als es vor dem Kriege war; dann aber sind auch die Menschen aus den bereits schwach bevölkerten Kreisen noch durch den Krieg vertrieben worden und werden nicht mehr alle nach Ostpreußen zurückkehren.

Die Provinz Ostpreußen ist 37002 qm groß und hat vor dem Kriege ca. 2 Millionen Einwohner gehabt. Auf 1 Quadratkilometer

1) Vgl. hierzu Glass, Die Besiedlung von Oedländereien im Großherzogtum Oldenburg. Im Archiv für innere Kolonisation, Bd. 1, Berlin 1909, S. 65—67.

2) Bericht über die erste Tagung der Kriegshilfs-Kommission für Ostpreußen. Königsberg 1914, S. 11.

kamen 1871 49,3 Einwohner, 1910 55,8. An dem Wachstum Preußens seit 1871 hat Ostpreußen prozentual kaum teilgenommen. Es wäre natürlich höchst verkehrt, eine Industrieprovinz, wie es die Rheinlande mit ihren 27000 qkm sind, mit Ostpreußen zu vergleichen. Aber zieht man eine Parallele z. B. mit Westpreußen, so erkennt man bereits das geringe Wachstum der ostpreußischen Bevölkerung. Westpreußen hatte 1871 auf 1 qkm 51,5 Einwohner und 1910 66,7. Absolut betrug die Bevölkerung von Ostpreußen 1871 1800000 und 1910 etwas über 2 Millionen.

Ostpreußen hat aber dies Stehenbleiben seiner Bevölkerung keineswegs einer geringen Geburtsziffer zu verdanken, sondern ganz im Gegenteil übertreffen die Geburten hier die durchschnittliche Geburtenzahl Preußens um ein Beträchtliches. 1912 kamen auf 1000 Einwohner 28,9 Lebendgeborene für Preußen und für Ostpreußen 31,1 [1]). Schon hieraus kann man das eigentliche natürliche Wachstum der Bevölkerung Ostpreußens erkennen, aber durch die Binnenwanderungen sind die in Ostpreußen geborenen Menschen nicht der Provinz zugute gekommen, sondern dem übrigen Deutschland.

Das durchgreifendste Mittel, die Landbevölkerung in Ostpreußen zu vermehren, ist eine stärkere Inangriffnahme der inneren Kolonisation. Hatte schon vor dem Kriege die Ostpreußische Landgesellschaft Hervorragendes auf diesem Gebiete geschaffen, so wird auch nach dem Kriege eine noch stärkere innere Kolonisation mit Fug und Recht einsetzen können. Durch die Verwüstungen des Krieges ist ein gutes Feld für die Durchführung der inneren Kolonisation geschaffen worden. Die Aufteilung von Großgrundbesitz in Bauerngüter ist stets nur unter großen Kosten und mit der Notwendigkeit von Wertvernichtungen von Gutsgebäuden verknüpft. Die Ansiedler müssen entsprechend hohe Siedlungszuschläge zahlen, ja man mußte des öfteren die Aufteilung eines bereits gekauften Gutes unterlassen, da diese Besiedungszuschläge infolge der Wertvernichtungen zu hoch waren. Dies fällt aber für die vom Kriege stark mitgenommenen Gebiete Ostpreußens fort, da hier schon durch die Kriegsfurie die Gutsgebäude zerstört sind. Ehe man die zerstörten Baulichkeiten wieder aufbaut, wird man zu untersuchen haben, ob das Gut sich zur Besiedlung eignet. Ist es hierzu geeignet, so kann die innere Kolonisation ganz erheblich billiger durchgeführt werden, als dies früher der Fall war. Freilich wird man sich allen radikalen Strömungen entgegenstellen müssen, die den Grundsatz Bauerngut an Bauerngut auf ihre Fahne geschrieben haben. Derartige Maßnahmen scheitern schon an der Bodengüte weiter Landstrecken Ostpreußens, die für den Großbetrieb allein die nötige Produktivität behalten.

Ostpreußen hat für diese Wiederbevölkerung im Wege der inneren Kolonisation die Rückwandrer notwendig, wie dies bereits auch von dem Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft v. Gayl

1) Nach dem Statistischen Jahrbuch 1914, S. 20.

im Archiv für innere Kolonisation [1]) ausgesprochen wird. Schon vor dem Kriege hatte die Ostpreußische Landgesellschaft unter ihren Ansiedlern eine erhebliche Anzahl von Deutschen aus Rußland, der Fürsorge-Verein für deutsche Rückwandrer hat eins seiner hauptsächlichsten Arbeitsgebiete in Ostpreußen gesehen; es wird also in der Hauptsache darauf ankommen, auf dem bisher Geschaffenen weiter aufzubauen.

Wir haben für die zukünftige Rücksiedlung nach dem Deutschen Reiche lediglich unser Vaterland mit seinen bisherigen Grenzen im Auge gehabt. Sollten wir aber im Osten Neuland erwerben, insbesondere die drei russischen Ostseeprovinzen, so könnten gerade dort die Deutschen Rußlands ein Unterkommen finden. Im Ostseegebiete Rußlands sind noch unendliche Kolonisationsmöglichkeiten vorhanden, die ausgenutzt werden müssen. Der deutsch-baltische Adel, dem der größte Teil des landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Bodens in den Ostseeprovinzen gehört, hat bereits vor dem Kriege begonnen, auf seinen Gütern eine rege innere Kolonisation durch Ansetzung von deutschen Bauernkolonisten Rußlands durchzuführen, um so in den baltischen Provinzen ein deutsches Bauerntum zu schaffen. Bis zum Ausbruch des Krieges waren etwa 15000 deutsche Bauernkolonisten in den Ostseeprovinzen angesiedelt. Diese Ansiedlungen wurden vor allem überaus günstig für die Kolonisten durchgeführt, da es durch Rodung der Wälder gelang, Ankaufsbedingungen zu geben, die den deutschen Bauer instand setzten, „drei- bis achtmal so viel Land zu erwerben, als er besessen hatte, und durch seine Arbeit es so im Wert zu steigern, daß er alle seine zahlreichen Kinder auch wieder mit Land ausstatten konnte, das Lebensziel jedes Kolonistenbauern“ [2]).

Sollten wir dieses neue Siedlungsland gewinnen, so könnten wir mit Erfolg den bisher von den baltischen Gutsbesitzern beschrittenen Weg weiter verfolgen und durch Rücksiedlung der deutschen Bauern in Rußland nach diesem uralten deutschen Kulturlande ein deutsches Bauerntum in diesen Ostseeprovinzen schaffen, die einst dem Deutschen Reiche im Mittelalter verloren gehen mußten, da den deutschen Ordensrittern die deutsche bäuerliche Unterschicht fehlte. (G. C.

1) a. a. O., S. 257—265.

2) S. Broedrich-Kurmahlen, Kolonisationsmöglichkeiten im Ostseegebiete Rußlands und in Litauen. Archiv für innere Kolonisation, 1915, S. 282.

Frommannsche Buchdruckerei (Hermann Pohle) in Jena.

Lebenslauf.

Ich, Hans Siegfried Weber, bin geboren am 7. Oktober 1889 zu Saarbrücken als Sohn des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Hugo Weber.

Ich bin evangelischer Konfession und preußischer Staatsangehörigkeit.

Nach Besuch des Königlichen Ludwigsgymnasiums meiner Vaterstadt, an dem ich Herbst 1911 das Reifezeugnis erhielt, studierte ich an den Universitäten Genf, München, Kiel, Berlin und Breslau Rechts- und Staatswissenschaften.

Als meine hauptsächlichen Lehrer, denen ich zu großem Danke verpflichtet bin, verehre ich die Herren Geheimen Ober-Regierungsrat Professor Dr. Gottfried Zoepfl, Professor Dr. Heinrich Dade und Professor Dr. Adolf Weber.

Von nachhaltigem Einfluß auf mein Leben und mein wissenschaftliches Streben war die Zeit, in der ich Assistent bei Herrn Geheimrat Zoepfl war.

Am 31. Juli 1915 bestand ich die mündliche Prüfung des doctor rerum politicarum vor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.

Es ist mir Bedürfnis, auch an dieser Stelle Herrn Professor Dr. Adolf Weber für die freundliche Unterstützung, die ich bei Abfassung dieser Arbeit gefunden habe, und für die reiche Anregung, die ich über die hier aufgeworfenen Probleme von ihm empfing, den wärmsten Dank auszusprechen.

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 05 18 05 017 1